Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. März 1981 Nr. 13 Preis 1 DM D 21060 C



Keine Nuklearwaffen in Europa!

Gewerkschaftsbewegung und Blockfreienbewegung haben ähnliche Forderungen

lup. Man dürfe nicht übersehen, daß die Diplomatie eine der Stärken des Zarismus sei, erklärte Friedrich Engels vor 90 Jahren in einer Schrift über die nach Weltherrschaft strebende Außenpolitik der zaristischen Großmacht. In dieser Hinsicht stützt sich die Führung der KPdSU tatsächlich auf jahrhundertelange Erfahrungen der alten Zaren. Ihre Politik vor allem während der letzten 2 Jahre bietet nun wirklich keine besonders glaubwürdige Basis für Entspannungsinitiativen. Und doch sind Breschnews Vorschläge auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU nicht ohne Wirkung geblieben. Unübersehbar ist, wie Breschnews Emissär Abatow in der vergangenen Woche in Bonn die Bundesregierung in Schwierigkeiten gebracht hat.

Der Moratoriumsvorschlag

Will die Sowjetunion die Bedingungen für einen Waffengang schaffen, der ihr die Herrschaft über Westeuropa bringt, muß sie den Pakt zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Ländern an einem oder einigen entscheidenden Punkten zu ihren Gunsten sprengen. Eben darauf zielt ihr Vorschlag eines Moratoriums, also eines zeitweiligen Aufschubs der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. US-Mittelstreckenraketen gefährdeten vor allem die Länder West-

lup. Man dürfe nicht übersehen, daß die Diplomatie eine der Stärken des Zarismus sei, erklärte Friedrich Engels vor 90 Jahren in einer Schrift über die nach Weltherrschaft strebende Außenpolitik der zaristischen Großmacht. In dieser Hinsicht stützt sich die Führung der KPdSU tatsächlich auf jahrhundertelange Erfahrungen der alten Zaren. Ihre Politik vor allem während der letzten 2 Jahre bietet nun wirklich keine besonders glaubwürdige Basis für Entspannungsinitiativen. Und doch sind Breschnews Vorschläge auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU nicht ohne Wirkung geblieben. Unübersehbar ist, wie Breschnews Emissär Abatow in der vergangenen Woche in Bonn die Bundesregierung in Schwierigkeiten gebracht hat.

Der Moratoriumsvorschlag

Will die Sowjetunion die Bedingungen für einen Waffengang schaffen, der ihr die Herrschaft über Westeuropa bringt, muß sie den Pakt zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Ländern an einem oder einigen entscheidenden Punkten zu ihren Gunsten sprengen. Eben darauf zielt ihr Vorschlag eines Moratoriums, also eines zeitweiligen Aufschubs der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. US-Mittelstreckenraketen gefährdeten vor allem die Länder West-europas, die sie stationierten, erklärte Breschnew. Werde der Dialog nicht aufgenommen, „werden wir es sehr bedauern, wenn wir dann noch vorhanden sind, um es zu bedauern", erklärte Abatow mit unüberhörbar drohendem Unterton in Bonn. Der unausgesprochene Verweis auf den fortgeschrittenen Stand der Sowjetunion bei der Entwicklung und Stationierung von SS-20-Mittelstreckenraketen richtet sich nicht nur an die *Regierungen* der westeuropäischen NATO-Länder. Er zielt auch direkt auf eine in der Friedensbewegung vorhandene *Furcht* vor der Sowjetunion. Die BRD werde bei Verwirklichung der NATO-Beschlüsse mit „vollständiger atomarer Vernichtung bedroht", heißt es in einem Aufruf zu einer Demonstration anläßlich der Tagung der nuklearen Planungsgruppe in Bonn am 4. April, der neben verschiedenen Unterorganisationen der DKP von Jusos über Jungdemokraten bis hin zu den Grünen unterzeichnet wurde. Die Jungdemokraten hatten bereits Breschnews Moratoriumsvorschlag unterstützt. Einheit über die Forderung „Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD" ist gut. Das reicht für gemeinsame Aktionen. Aber es nützt dem Kampf um Frieden nicht, wenn man sich aus Furcht vor den Hauptkriegstreibern deren Bedingungen diktieren läßt. Im Gegenteil. Moratorium bedeutet weder die Einstellung der Entwicklung noch dauerhaften Verzicht auf Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen. Selbst die Verlegung eines Teils der sowjetischen SS 20 hinter den Ural bedeutet nicht, daß sie nicht kurzfristig zurückverlegt werden können. Scheitern die dem Moratorium folgenden Verhand-

lungen zwischen den beiden Supermächten oder ihren Blöcken, haben die europäischen Völker dann in kürzester Frist alle Mittelstreckenraketen auf dem Hals, die USA und Sowjetunion inzwischen hergestellt haben, und eine rasante Verschärfung der Spannungen zwischen diesen beiden Mächten, der sie dann ausgeliefert sind.

Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!

Das ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung und der Völker der Welt. Der DGB hat sie auf seinem Bundeskongreß erneut bekräftigt. Auch die Blockfreienbewegung hat sie jüngst bekräftigt, und als Schritt dorthin das Verbot des Einsatzes oder die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Beide Supermächte lehnen das ab. Allein die VR China hat von sich aus, einseitig, die Verpflichtung abgegeben, niemals, in keinem Konflikt, als erste Atomwaffen einzusetzen.

Die Verwirklichung dieser Forderung würde die Kriegsgefahr nicht abschaffen. Diese entspringt nicht aus dem Rüstungswettlauf. Der Rüstungswettlauf selber entspringt wie die Kriegsgefahr aus den *Interessen* miteinander rivalisierender Mächte. Ein Verbot des Einsatzes von Nuklearwaffen würde aber die Gefahr eines *Nuklear*krieges einschränken. Auch nur einschränken, denn auch das gültige Verbot des Einsatzes chemischer und bakteriologischer Waffen durch das Genfer Protokoll von 1925 wurde von den USA in Vietnam und wird von der Sowjetunion in Afghanistan verletzt. Ein solches Verbot würde aber den Spiel-

inzwischen hergestellt haben, und eine rasante Verschärfung der Spannungen zwischen diesen beiden Mächten, der sie dann ausgeliefert sind.

Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!

Das ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung und der Völker der Welt. Der DGB hat sie auf seinem Bundeskongreß erneut bekräftigt. Auch die Blockfreienbewegung hat sie jüngst bekräftigt, und als Schritt dorthin das Verbot des Einsatzes oder die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Beide Supermächte lehnen das ab. Allein die VR China hat von sich aus, einseitig, die Verpflichtung abgegeben, niemals, in keinem Konflikt, als erste Atomwaffen einzusetzen.

Die Verwirklichung dieser Forderung würde die Kriegsgefahr nicht abschaffen. Diese entspringt nicht aus dem Rüstungswettlauf. Der Rüstungswettlauf selber entspringt wie die Kriegsgefahr aus den *Interessen* miteinander rivalisierender Mächte. Ein Verbot des Einsatzes von Nuklearwaffen würde aber die Gefahr eines *Nuklear*krieges einschränken. Auch nur einschränken, denn auch das gültige Verbot des Einsatzes chemischer und bakteriologischer Waffen durch das Genfer Protokoll von 1925 wurde von den USA in Vietnam und wird von der Sowjetunion in Afghanistan verletzt. Ein solches Verbot würde aber den Spiel-raum der beiden Supermächte und der imperialistischen Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, einschränken. Es würde den Spielraum aller Länder der 3. Welt, vor allem aber aller Völker, die durch die Drohung mit Nuklearwaffen durch die beiden Supermächte gelähmt und erpreßt werden sollen, erheblich vergrößern. Damit aber würde es die Kräfte des Friedens insgesamt stärken und die Kräfte des Krieges schwächen.

Gerade weil es darauf ankommt, die Initiative und die Souveränität der Völker gegenüber den beiden Supermächten zu stärken, ist der Aufruf der Russel-Peace-Foundation (siehe KVZ 9, S. 5) eine brauchbare Grundlage für den Kampf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Er enthält die Forderung, daß beide Supermächte sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abziehen. Diese Forderung entspricht den Initiativen verschiedener Ländergruppen der 3. Welt, die verlangen, daß als Schritt zu einem allgemeinen Verbot der Kernwaffen zunächst ihre Gebiete zu atomwaffenfreien Zonen erklärt werden. In Europa konzentrieren beide Supermächte, beide Militärblöcke ihre Waffenarsenale. Wird diese Forderung von den europäischen Völkern gegenüber ihren jeweiligen Regierungen und über diese gegenüber den beiden Supermächten durchgesetzt, wäre die Initiative der europäischen Völker bedeutend gestärkt, die Herrschaft der beiden Supermächte über Europa aber an einem wichtigen Punkt geschwächt.

Durch „Moratorien" oder Doppelbeschlüsse" aber werden die Völker bloß den diplomatischen Machenschaften und der nuklearen Aufrüstung der Supermächte ausgeliefert.



18. März 1871. Pariser Kommune – „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte". (Marx)

Tandler fordert Gummigeschosse – Vorstufe zum Schußwaffengebrauch

gkr. Die Debatte über Hausbesetzung und Demonstrationsrecht im Bundestag am vergangenen Donnerstag war angesetzt worden, da die CDU/CSU-Fraktion einen Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung des Rechts im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen beantragt hatte. Die Koalition wandte sich zwar erneut gegen die von der CDU/CSU geforderte Einführung von Gummigeschossen, gegen die Änderung des Demonstrationsrechts, d.h.

setzt, diese haben aber keine geringere Wirkung. „Augen, Gesichts- und Schädelknochen sowie das Gehirn sind durch diese Art von Munition besonders gefährdet", stellten die Ärzte fest. Insgesamt wurden 51 Kopftreffer registriert. 21 von Ihnen waren so schwer, daß Gesichts- oder Schädelknochen gebrochen wurden. Die Ärzte: „Wenn Gummigeschosse abgeschafft und die Soldaten nur mit normalen Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet



18. März 1871. Pariser Kommune – „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte". (Marx)

Tandler fordert Gummigeschosse – Vorstufe zum Schußwaffengebrauch

gkr. Die Debatte über Hausbesetzung und Demonstrationsrecht im Bundestag am vergangenen Donnerstag war angesetzt worden, da die CDU/CSU-Fraktion einen Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung des Rechts im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen beantragt hatte. Die Koalition wandte sich zwar erneut gegen die von der CDU/CSU geforderte Einführung von Gummigeschossen, gegen die Änderung des Demonstrationsrechts, d.h. vor allem gegen die Änderung des Paragraphen über Landfriedensbruch. Die Differenzen aber beziehen sich höchstens darauf, ob es *jetzt* klug ist, einen *demonstrativen* Schritt in der Verschärfung des Demonstrationsrechts zu machen. Wo doch die bisherigen Gesetze schon genug Handhabe gegen Teilnehmer von Demonstrationen bieten. Auf jeden Fall hätte die Debatte im Bundestag Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen gebracht, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine". Wernitz, SPD-Mitglied und Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, deutete Gesprächsbereitschaft über politische Konsequenzen nach den jüngsten Demonstrationen an, was immer das umfassen soll. Es dürfe keinen Rückzug vor der Gewalt geben, erklärte er. Am 6. Mai jedenfalls sollen die Innenminister der Länder darüber beraten, wie gegen die Hausbesetzungen vorgegangen, wie Demonstrationen zerschlagen werden können. Der Einsatz von Gummigeschossen steht auf der Tagesordnung.

Die Wirkungen der vom bayerischen Innenminister Tandler geforderten Gummigeschosse bei der Polizei (notfalls will er sie alleine in Bayern einsetzen) lassen sich in Zürich und in Nordirland sehen. In Zürich erlitten während der vergangenen Kämpfe 30 Personen schwere Rißquetschungen im Gesicht und drei Demonstranten verloren dadurch ein Auge. In Nordirland untersuchten 4 Ärzte die von Gummigeschossen herrührenden Verletzungen bei 90 Patienten: Einer starb an den Verletzungen, zwei erblindeten auf beiden Augen, sieben auf einem. Zwar werden die damals verwandten Geschosse mittlerweile durch andere er-

setzt, diese haben aber keine geringere Wirkung. „Augen, Gesichts- und Schädelknochen sowie das Gehirn sind durch diese Art von Munition besonders gefährdet", stellten die Ärzte fest. Insgesamt wurden 51 Kopftreffer registriert. 21 von Ihnen waren so schwer, daß Gesichts- oder Schädelknochen gebrochen wurden. Die Ärzte: „Wenn Gummigeschosse abgeschafft und die Soldaten nur mit normalen Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet wären, würde die Zahl der Toten und Verletzten wesentlich höher sein." Das aber ist offensichtlich genau das, was Tandler als Alternative, ja sogar als Ergänzung will: der direkte Schußwaffengebauch bei Demonstrationen. In Brokdorf hätten sich etliche Polizisten „in einer echten Notwehrsituation befunden", so Tandler. Und in einem solchen Fall sei Schußwaffengebrauch „durchaus gesetzlich vorgesehen". Mit Gummigeschossen könne der Einsatz von Schußwaffen vielleicht noch hinausgezögert werden, erklärte er. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Schirrmacher wandte sich entschieden gegen solche neuen Waffen.

In Nürnberg mußten die letzten der 141 nach einer Demonstration Festgenommenen nach 14 Tagen schließlich freigelassen werden, wobei dies noch lange nicht eine Verurteilung ausschließt. Es bestehe keine Fluchtgefahr mehr, erklärten die Justizbehörden scheinheilig. Das war so oder so von vornherein ein lächerlicher Vorwand, um in der Auseinandersetzung um die Hausbesetzungen ein Exempel zu statuieren. Inzwischen hatte sich auch die IG Metall gegen diese größte Massenverhaftung seit dem Ende der faschistischen Herrschaft gewandt: Loderer erklärte am Dienstag vergangener Woche, es sei ein „politischer Skandal", wenn der Protest gegen Mißstände im Wohnungsbau mit „willkürlichen Massenverhaftungen" beantwortet werde. Er wandte sich gleichzeitig gegen eine Einschränkung des Demonstrationsrechts. Loderer griff ebenfalls an, daß auf der einen Seiten abertausende von Familien keine Wohnung fänden und auf der anderen Seite massenweise vorhandener Wohnraum zu Spekulationsobjekten gemacht werde.

Positionskämpfe in der EG

frb. Die Gemeinsame Fischereipolitik ist zum Gegenstand geworden, an dem die Hauptmächte der EG ihre Kräfte messen. Sie steht auf der Tagesordnung beim Treffen der Staats- und Regierungschefs Montag und Dienstag in Maastricht (Niederlande) ganz oben.

Ist von der Fischereipolitik der EG die Rede, so ist praktisch nur von Frankreich, Großbritannien und der BRD die Rede. Sie machen die Auseinandersetzung unter sich aus, seit sechs Jahren. Da geht es einmal zwischen Frankreich und Großbritannien um „historische Fangrechte" Frankreichs in der britischen 12-Meilen-Zone. Großbritannien betrachtet als historisch, was vor 1973 war, für Frankreich ist historisch, was es heute fängt. Und hinter dieser unterschiedlichen Betrachtung steht eine 25% größere oder kleinere Fangmenge, denn um soviel hat Frankreich seine Fänge in der fraglichen Zone seit 1973 erhöht. Weiterhin fordert Frankreich ein definitives Ende jeglicher Vorrechte Großbritanniens in dessen 12-Meilen-Zone nach 1992, während Großbritannien diese Frage offen lassen will.

Die BRD ist darin mittelbar verwickelt. Sie will vor allem die Verträge mit Norwegen und Kanada von der Gemeinschaft abgesegnet haben, denn ohne diese Zustimmung können sie nicht in Kraft treten. Nicht etwa nur aus rechtlichen Gründen. Die BRD allein nämlich hätte Kanada gar keine

Karl Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich

Ist von der Fischereipolitik der EG die Rede, so ist praktisch nur von Frankreich, Großbritannien und der BRD die Rede. Sie machen die Auseinandersetzung unter sich aus, seit sechs Jahren. Da geht es einmal zwischen Frankreich und Großbritannien um „historische Fangrechte" Frankreichs in der britischen 12-Meilen-Zone. Großbritannien betrachtet als historisch, was vor 1973 war, für Frankreich ist historisch, was es heute fängt. Und hinter dieser unterschiedlichen Betrachtung steht eine 25% größere oder kleinere Fangmenge, denn um soviel hat Frankreich seine Fänge in der fraglichen Zone seit 1973 erhöht. Weiterhin fordert Frankreich ein definitives Ende jeglicher Vorrechte Großbritanniens in dessen 12-Meilen-Zone nach 1992, während Großbritannien diese Frage offen lassen will.

Die BRD ist darin mittelbar verwickelt. Sie will vor allem die Verträge mit Norwegen und Kanada von der Gemeinschaft abgesegnet haben, denn ohne diese Zustimmung können sie nicht in Kraft treten. Nicht etwa nur aus rechtlichen Gründen. Die BRD allein nämlich hätte Kanada gar keine

Karl Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich

ausreichende Gegenleistung für die Ausbeutung dessen Fischgewässer zu bieten. Was die BRD Kanada bietet, ist Öffnung des *EG-Marktes* für kanadischen Fisch. Dagegen wendet sich Großbritannien, das ohnehin schon die Fischimporte vom Kontinent am liebsten gestoppt sehen würde. So verweigert die britische Regierung die Zustimmung zu dem Vertrag mit Kanada, solange nicht die Gemeinsame Fischereipolitik insgesamt zusammengezimmert ist. Auch das Kalkül, die BRD werde, so unter Druck, Frankreich zum Nachgeben gegenüber Großbritannien drängen, mag eine Rolle spielen.

Vor dem Gipfel wurden starke Töne gespuckt. Die EG müsse leiden, erklärte die westdeutsche Regierung, wenn Mitgliedsländer versuchten, ihre Schwierigkeiten auf die Solidargemeinschaft abzuwälzen. Der Versuch, überalterte Stahlwerke durch Subventionen gegen die Konkurrenz der modernisierten westdeutschen Stahlwerke am Leben zu erhalten, sei gar eine Vertragsverletzung. Worauf Frankreich am Donnerstag eine 200-Mrd.-DM-Hilfe für seine Stahlindustrie beschloß.

Provokation hier, „Nichteinmischung“ dort

gek. Unmittelbar vor Beginn des Stabsmanövers des Warschauer Pakts in Polen – im Zuge derartiger Manöver waren im Mai 1968 die Vorbereitungen für die nachfolgende Invasion getroffen worden – versuchen örtliche Machthaber, entsprechend der Aufforderung des Moskauer Kommuniqués die Entwicklung im Land „umzukehren“. Es stinkt nach Provokation. In Bromberg waren führende Mitglieder der Arbeiter- und Bauern-„Solidarität“ zu einer Sitzung des Wojewodschaftsrats geladen. Bevor ihr Anliegen auf die Tagesordnung kam, wurde die Sitzung hastig beendet. Als sie sich weigerten sofort den Saal zu verlassen, erschienen Polizei und Zivilschläger. Der örtliche Vorsitzende von „Solidarność“ wurde in eine Ecke gezerrt und zusammengeschlagen. – In allen Fabriken der Stadt wurden am nächsten Tag um 11 Uhr die Sirenen betätigt, rot-weiße Fahenen aufgezogen, wurde 2 Stunden gestreikt. Der Landes-Koordinierungsrat der Gewerkschaft hat von einem Anschlag auf die Regierungspolitik der Verständigung gesprochen und Streik-Bereitschaft im ganzen Land verkündet. Die polnische Arbeiter-, Bauern-und Volksbewegung ist zu einem mächtigen organisierenden Faktor geworden. Gerade das treibt einige Leute zur Eile an.

Bei seinem gleichzeitigen Besuch in Warschau war Genscher „offensichtlich bestrebt, alles zu vermeiden, was seine bevorstehenden Gespräche mit der sowjetischen Regierung belasten könnte“, wie der FAZ-Korrespondent vermerkte. Eben hat die „Prawda“ noch einmal in großer Aufmachung die brachliegenden Kapitalien Westeuropas mit sibirischen Großprojekten gelockt. Jedes dritte Wort Genschers in Warschau hieß „Nicht-einmischung“. Wo die polnische Regierung in beschwörendem Ton von der Fortsetzung der Entspannung als wichtiger äußerer Bedingung des Erneuerungsprozesses in Polen sprach, sprach Genscher (nach der neuen Washingtoner Sprachregelung) nur noch von „Stabilität der Ost-West-Beziehungen“. Die dringenden polnischen Forderungen nach einem mehrjährigen Zahlungsaufschub, da die Fabriken wegen Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen stilliegen, hörte Genscher mit Pokermine an und sagte nichts zu. „Nicht-Einmischung“.

17.3.: Demonstration gegen die Sparpolitik der NRW-Landesregierung in Düsseldorf

viw. Ca. 11000 Beschäftigte aus den Öffentlichen Diensten sind dem Aufruf des DGB „Gegen Eingriffe in die Tarifautonomie – Gegen Sonderopfer für den Öffentlichen Dienst“ gefolgt und haben mit zahlreichen Transparenten ihre Empörung gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung zum Ausdruck gebracht.

Der Zorn richtet sich vor allem gegen Einschränkungen und Verschlechterungen im Bildungsbereich: ca. 30% des Landeshaushaltes fallen auf die Ressorts Kultur, also Schule, Wissenschaft und Forschung. Der Rotstift setzt hier erfolgreich an. Der Einstellungstermin für Referendare ist um ein halbes Jahr verschoben worden, für alle Landesdienststellen gilt Beförderungs- und Höhergruppierungsstopp für ein halbes Jahr zunächst und Stellenbesetzungsstopp für jede zweite freie und jede zweite frei werdende Stelle des Haushaltsjahres 81 für jeweils ein halbes Jahr ebenfalls zunächst. 50,8 Mio. DM soll allein der Minister für Wissenschaft und Forschung einsparen. Während eine Verschiebung für die Einstellung der Referendare auf die Forderungen der Lehrer nach Einführung der 40-Stunden-Woche, für kleinere Klassen und allgemein bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen drückt, wirkt die Stellenbesetzungssperre direkt als Wegrationalisierung von Lehrpersonal in den Hochschulen: durch die Zeitvertragspraxis für fast 90% aller Lehrenden außer den Professoren werden dauernd Stellen frei und können nicht besetzt werden. Über 120 Stellen z.B. werden im ersten Halbjahr an der Dortmunder Uni unter diese Besetzungssperre fallen, also ca. 60 verschwinden. Die Hochschulausbildung ist direkt gefährdet, Durchfallquoten, Abbrecher des Studiums werden zunehmen; teilweise können schon jetzt wegen Betreuermangel Praktika nicht durchgeführt werden.

Aber auch andere Dienststellen sind betroffen: Finanzämter, Justizvollzug, in denen z.B. aufs Jahr über 1 Mio. Überstunden gemacht werden müssen. Innenminister Schnoor hat gegenüber den Gemeinden und Kommunen angedroht, wenn sie nicht gleiche Sparmaßnahmen ergriffen, könnte es bei den Zuweisungen des Landes entsprechende Kürzungen geben.

Die drastischen Maßnahmen der Landesregierung haben zwei Seiten: einerseits setzen sie die Rationalisierungspolitik der Dienstherren im ÖD nur fort und verschärfen für die Beschäftigten eine Lage, gegen die sich schon seit Jahren gewehrt wird und nur teilweise Schranken gesetzt werden konnten. Andererseits ist die Wirkung dieser Maßnahmen direkt gegen die Volksmassen und die Arbeiterbewegung insgesamt gerichtet, weil sie für die Arbeiter und das Volk wichtige Reproduktionsbedingungen gefährdet und verschlechtert. Trotz aller Hetze gegen die Beschäftigten in den ÖD liegt darin auch die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Bewegung in den Öffentlichen Diensten mit der übrigen Arbeiterbewegung.

Daß die Kundgebung durch den DGB organisiert war, ist ein erstes Zeichen davon. Beides war auch vertreten auf der Kundgebung: „Keine Lohnpause“, „Gegen Eingriffe in die Tarifautonomie“, „Gegen Planstellenabbau“ waren Forderungen auf den Transparenten vor allem der ÖTV-Delegationen, „40-Stunden-Woche auch für Lehrer“, „Im Interesse der Kinder: Einstellung aller ausgebildeteten Lehrer, keine 18-Stundenverträge“, „Kleinere Klassen“ waren Forderungen, die vor allem die Lehrer und davon die Lehrer von Gesamtschulen, die durch zusätzliche Schulgesetze weiter geknebelt werden sollen, mitgebracht hatten. Sie bildeten auch den Kern der anschließenden Demonstration.

Einige Schwächen hat der Kampf nach wie vor: es hat sich keine Industriegewerkschaft zu Wort gemeldet, es gab keine Grußadressen aus Industriebetrieben. Ebensowenig nahmen die Gewerkschaftsredner (Bezirkssekretäre des DGB, der ÖTV, NWI und NWII, der GEW und der GDP) Bezug in ihren Reden auf die heftigen Kämpfe der Metallarbeiter z.B. und die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterbewegung. Waren manche Beiträge äußerst scharf gegen die Landesregierung gewendet, und wurden besonders diese mit starkem Beifall begrüßt, und jene nicht, die auf der Linie „keine Sonderopfer“ Bereitwilligkeit zum Sparen in der Krise, dann aber „für alle“, verkündeten, so war doch nicht gebrochen die Hoffnung auf die Sozialdemokratie, was sich in der Schlußresolution ausdrückte. Diese Schwächen zu beseitigen, wird die Aufgabe der Bewegung sein, will sie gegen die Sparmaßnahmen erfolgreich vorgehen.

März 1871
Proklamation der Pariser Kommune

ges. Am 18.3.1871 ergriff das Pariser Proletariat die politische Macht in Paris und rief die Kommune aus. „Die Proletarier von Paris“, sagte das Zentralkomitee der Nationalgarden in seinem Manifest, „inmitten der Niederlage und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eignen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“ Die Bedingungen waren äußerst schwierig. Aus einem gerechten Verteidigungskrieg war Deutschland nach der Kapitulation der französischen Hauptarmee in Sedan zu einem Angriffs- und Eroberungskrieg übergegangen. Die Pariser Proletarier hatten nach Sedan die Gelegenheit ergriffen und die Republik ausgerufen. Unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung stellten sich allerlei zwielichtige Gestalten an die Spitze der Republik und hatten doch nichts anderes im Sinn, als durch die Kapitulation vor den preußisch-deutschen Eroberungsarmeen den Rücken frei zu bekommen für die Niederschlagung des bewaffneten Proletariats, das die Republik aus-

Proletariat die politische Macht in Paris und rief die Kommune aus. „Die Proletarier von Paris“, sagte das Zentralkomitee der Nationalgarden in seinem Manifest, „inmitten der Niederlage und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eignen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“ Die Bedingungen waren äußerst schwierig. Aus einem gerechten Verteidigungskrieg war Deutschland nach der Kapitulation der französischen Hauptarmee in Sedan zu einem Angriffs- und Eroberungskrieg übergegangen. Die Pariser Proletarier hatten nach Sedan die Gelegenheit ergriffen und die Republik ausgerufen. Unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung stellten sich allerlei zwielichtige Gestalten an die Spitze der Republik und hatten doch nichts anderes im Sinn, als durch die Kapitulation vor den preußisch-deutschen Eroberungsarmeen den Rücken frei zu bekommen für die Niederschlagung des bewaffneten Proletariats, das die Republik aus-

gerufen hatte.

Das Pariser Proletariat hatte nicht die Torheit begangen, vor der Marx gewarnt hatte. Es hatte nicht versucht, „die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind schon an die Tore vor Paris pocht“. Die französischen Arbeiter hatten „ihre Pflicht als Bürger“ getan und Paris verteidigt. Hinter ihrem Rücken war Paris übergeben worden. Die erste Tat der Regierung nach der Kapitulation bestand in dem Versuch, die Nationalgarde zu entwaffnen. Trotz des doppelten Feindes, den äußeren Feind im Land und den inneren Feind an der Kehle, zögerte das Pariser Proletariat nicht, seine Verantwortung zu übernehmen für die „Wiedergeburt Frankreichs und für unsere gemeinsame Aufgabe – die Befreiung des Proletariats“ (Zweite Adresse des Generalrats). Die Situation hatte sich geändert: als erstes mußte die Herrschaft der Bourgeoisie jetzt beseitigt werden, um den äußeren Feind in seine Schranken zu weisen. Was der Pariser Kommune fehlte, um diese Aufgabe zu verwirklichen, war vor allem Zeit. Fieberhaft verhandelte die Regierung mit den preußischen Eroberern, um Truppen zurückzubekommen und Paris zu besatzen. Die Maßnahmen der Kommune brauchten Zeit, um im ganzen Land als Beispiel zu wirken. Paris aber war eingeschlossen und wurde bombardiert. Nur durch Verrat gelang den Söldnertruppen der Einmarsch in Paris. Tagelang verteidigte sich die Kommune Straße für Straße, Haus für Haus. Um so blutiger die Rache der Bourgeoisie, deren Vertreter aus siche-

und Paris verteidigt. Hinter ihrem Rücken war Paris übergeben worden. Die erste Tat der Regierung nach der Kapitulation bestand in dem Versuch, die Nationalgarde zu entwaffnen. Trotz des doppelten Feindes, den äußeren Feind im Land und den inneren Feind an der Kehle, zögerte das Pariser Proletariat nicht, seine Verantwortung zu übernehmen für die „Wiedergeburt Frankreichs und für unsere gemeinsame Aufgabe – die Befreiung des Proletariats“ (Zweite Adresse des Generalrats). Die Situation hatte sich geändert: als erstes mußte die Herrschaft der Bourgeoisie jetzt beseitigt werden, um den äußeren Feind in seine Schranken zu weisen. Was der Pariser Kommune fehlte, um diese Aufgabe zu verwirklichen, war vor allem Zeit. Fieberhaft verhandelte die Regierung mit den preußischen Eroberern, um Truppen zurückzubekommen und Paris zu besatzen. Die Maßnahmen der Kommune brauchten Zeit, um im ganzen Land als Beispiel zu wirken. Paris aber war eingeschlossen und wurde bombardiert. Nur durch Verrat gelang den Söldnertruppen der Einmarsch in Paris. Tagelang verteidigte sich die Kommune Straße für Straße, Haus für Haus. Um so blutiger die Rache der Bourgeoisie, deren Vertreter aus siche-

rer Ferne das Gemetzel beobachteten. Keine drei Monate hatte die Kommune. Und doch konnte Engels 1891 sagen: „Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ In „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ hat Karl Marx ihre Erfahrungen ausgewertet für die Zukunft.

SPD will Koalition mit der FDP fortsetzen

SPD eröffnet Wahlkampf: „... dorthin gehen, wo die Arbeiterbewegung groß geworden ist“

hae. Westberlin. „Der Ausgang des Rennens ist wieder offen“, überschreibt die Berliner Stimme, das Parteiblatt der Westberliner SPD, den Bericht über die erste große Wahlkampfveranstaltung der SPD, auf der sich am letzten Montag ca. 3000 in der Neuen Welt, einem in der Arbeiterbewegung ziemlich traditionsreichen Versammlungsgebäude, einfanden. Die SPD macht in Optimismus, weil es ihr gelungen ist, der CDU an einigen Punkten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und Vogel als Regierender Bürgermeister hat Richard v. Weizsäcker, den Spitzenkandidaten der CDU, in den Schatten gestellt. Die CDU hat bis jetzt noch nicht einmal ein Wahlprogramm vorgestellt, und eine absolute Mehrheit ist überhaupt nicht gesichert. Sowohl SPD als auch FDP haben sich eindeutig auf die Fortsetzung der Koalition miteinander festgelegt, in scharfer Abgrenzung zur Alternativen Liste. Das Kalkül dabei ist, daß die AL keine Abgeordneten ins Parlament hineinbe-

renden außer den Professoren werden dauernd Stellen frei und können nicht besetzt werden. Über 120 Stellen z.B. werden im ersten Halbjahr an der
Daß die Kundgebung durch den DGB organisiert war, ist ein erstes Zeichen davon. Beides war auch vertreten auf der Kundgebung: „Keine Lohn-
tion ausdrückte. Diese Schwächen zu beseitigen, wird die Aufgabe der Bewegung sein, will sie gegen die Sparmaßnahmen erfolgreich vorgehen.

SPD will Koalition mit der FDP fortsetzen

SPD eröffnet Wahlkampf: „... dorthin gehen, wo die Arbeiterbewegung groß geworden ist“

hae. Westberlin. „Der Ausgang des Rennens ist wieder offen“, überschreibt die Berliner Stimme, das Parteiblatt der Westberliner SPD, den Bericht über die erste große Wahlkampfveranstaltung der SPD, auf der sich am letzten Montag ca. 3000 in der Neuen Welt, einem in der Arbeiterbewegung ziemlich traditionsreichen Versammlungsgebäude, einfanden. Die SPD macht in Optimismus, weil es ihr gelungen ist, der CDU an einigen Punkten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und Vogel als Regierender Bürgermeister hat Richard v. Weizsäcker, den Spitzenkandidaten der CDU, in den Schatten gestellt. Die CDU hat bis jetzt noch nicht einmal ein Wahlprogramm vorgestellt, und eine absolute Mehrheit ist überhaupt nicht gesichert. Sowohl SPD als auch FDP haben sich eindeutig auf die Fortsetzung der Koalition miteinander festgelegt, in scharfer Abgrenzung zur Alternativen Liste. Das Kalkül dabei ist, daß die AL keine Abgeordneten ins Parlament hineinbe-

kommen darf, weil sonst die Koalition keine Aussicht hat, eine Parlamentsmehrheit gegen die CDU zustande zu bekommen. Und gegen eine große Koalition hat sich Vogel festgelegt. Die SPD würde das kaum so überstehen.

Das rührt daher, daß die SPD, um ihr ramponiertes Ansehen aufzubessern, ihren Wahlkampf stark auf die Gewinnung der traditionellen Wählerschichten der SPD konzentrieren muß und dazu die Widersprüche zwischen dem Regierungsflügel und dem Gewerkschaftsflügel der SPD glätten muß. Daher das gescheiterte Konzept, den IGM-Bevollmächtigten Wagner in den Landesvorstand hineinzuwählen. Auch bei der Nominierung der Kandidaten für die Abgeordnetenhauslisten ist dieses Konzept nicht durchgesetzt, Gewerkschafter haben höchstens hintere Plätze.

Im Wahlprogramm der SPD hat sich dieser „Integrationsversuch“ in wenigen Punkten niedergeschlagen, wie z. B. bei der Forderung „die Vergabe öffentlicher Mittel zur Wirtschaftsförderung muß an die nachweisbare Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt gebunden werden“. Es wird auch die Privatisierung von Eigenbetrieben und die Abschaffung des Eigenbetriebsgesetzes,

sern, ihren Wahlkampf stark auf die Gewinnung der traditionellen Wählerschichten der SPD konzentrieren muß und dazu die Widersprüche zwischen dem Regierungsflügel und dem Gewerkschaftsflügel der SPD glätten muß. Daher das gescheiterte Konzept, den IGM-Bevollmächtigten Wagner in den Landesvorstand hineinzuwählen. Auch bei der Nominierung der Kandidaten für die Abgeordnetenhauslisten ist dieses Konzept nicht durchgesetzt, Gewerkschafter haben höchstens hintere Plätze.

Im Wahlprogramm der SPD hat sich dieser „Integrationsversuch“ in wenigen Punkten niedergeschlagen, wie z. B. bei der Forderung „die Vergabe öffentlicher Mittel zur Wirtschaftsförderung muß an die nachweisbare Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt gebunden werden“. Es wird auch die Privatisierung von Eigenbetrieben und die Abschaffung des Eigenbetriebsgesetzes,

das den Gewerkschaften weitgehende Rechte einräumt, abgelehnt.

Ein Zusammengehen mit der AL hat Vogel ausgeschlossen, obwohl das Wahlprogramm der SPD und der AL einige Berührungspunkte haben. Gerade aber in der Friedenspolitik gibt es prinzipielle Widersprüche zwischen dem AL-Programm und dem der SPD: Während die AL für Blockfreiheit und Abzug der fremden Truppen, für Auflösung der Militärbündnisse eintritt, heißt es im Wahlprogramm der SPD: „Wir bleiben an der Seite der westlichen Verbündeten“. Die Mittelstreckenraketenbeschlüsse bleiben im SPD-Programm unerwähnt, weil sie sich auch schlecht mit dem Eintreten für Verstärkung der Abrüstung vertragen.

Nachdem das „Integrationskonzept“ in der SPD auf halbem Wege steckengeblieben ist, klingt es ziemlich hohl, wenn Brandt auf der Veranstaltung sagt: „Die Sozialdemokratie braucht keine perfekten Tagungsmaschinerien, sondern sie sollte dorthin gehen, wo die Arbeiterbewegung groß geworden ist“. (Dabei sieht er geflissentlich über die Tagungsmaschinerie ICC hinweg, die mehr als 1 Mrd. Steuergelder verschlingen wird, dessen Bau von der Sozialdemokratie betrieben wurde unter Täuschung der Öffentlichkeit über die wirklichen Kosten). Er täuscht darüber hinweg, daß die SPD

Während die AL für Blockfreiheit und Abzug der fremden Truppen, für Auflösung der Militärbündnisse eintritt, heißt es im Wahlprogramm der SPD: „Wir bleiben an der Seite der westlichen Verbündeten“. Die Mittelstreckenraketenbeschlüsse bleiben im SPD-Programm unerwähnt, weil sie sich auch schlecht mit dem Eintreten für Verstärkung der Abrüstung vertragen.

Nachdem das „Integrationskonzept“ in der SPD auf halbem Wege steckengeblieben ist, klingt es ziemlich hohl, wenn Brandt auf der Veranstaltung sagt: „Die Sozialdemokratie braucht keine perfekten Tagungsmaschinerien, sondern sie sollte dorthin gehen, wo die Arbeiterbewegung groß geworden ist“. (Dabei sieht er geflissentlich über die Tagungsmaschinerie ICC hinweg, die mehr als 1 Mrd. Steuergelder verschlingen wird, dessen Bau von der Sozialdemokratie betrieben wurde unter Täuschung der Öffentlichkeit über die wirklichen Kosten). Er täuscht darüber hinweg, daß die SPD

sich nicht auf die Traditionen der Arbeiterbewegung zurückbesonnen hat, wie auch, daß das wahltaktische Kalkül der SPD/FDP-Koalition sich kaum durchsetzen lassen wird: jedenfalls die Meinungsforscher haben einen gleichbleibenden Anteil der AL an den Wählerstimmen von 10% festgestellt, und damit ist mit dieser Koalition essig.

IG Druck gegen Angriffe auf Brokdorf-Demonstration

gkr. Die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverein Hamburg, wandte sich am 16.3. gegen die Angriffe der Polizei auf die Brokdorf-Demonstration: „Wir mißbilligen das Demonstrationsverbot des Landrats Brümmer und der Gerichte, weil dies ein Versuch ist, unseren berechtigten Protest zu kriminalisieren ... Jeder Versuch, das Demonstrationsrecht zu verschärfen, wird von uns auf das schärfste verurteilt und bekämpf werden ... Wir protestieren gegen die offensichtlich geplante Kriminalisierung von Demonstranten und fordern die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Atomkraftwerksgegner. Sollte es dennoch zu Anklagen gegen die betroffenen Kollegen kommen, fordern wir den DGB auf, ihnen jede mögliche Unterstützung, vor allem Rechtsschutz zu gewähren.“

Karlsruhe: 130 a Berufungsprozeß verschoben

erb. „Nicht flennen, Schulen sollen brennen“, konnte anläßlich eines Schüleraktionstages im Juni 79 in der Schülerschrift „Zoff“ gelesen werden. 120 Exemplare wurden nach einer Hausdurchsuchung bei der Schülerin Ute Schönthal beschlagnahmt. 40 Stunden Arbeitsauflage war danach das erste bundesweite Urteil nach dem § 130a (Anleitung zu Straftaten) letztes Jahr. Man könnte auch wegen „Verstoß gegen das Waffengesetz“ verurteilen, sollte der §130a nichts mehr hergeben, war Berufungsgrund der Staatsanwaltschaft. Aufgehoben wurde die Berufungsverhandlung vergangenen Mittwoch, bis im Bundestag eine endgültige Regelung zum §130a erfolgt ist, eine Einstellung des Verfahrens erörterte Richter Gut nicht. Nach der mehrheitlichen Entscheidung des Bundestags nach Streichung der Paragraphen 88 a und 130 a wegen „Wirkungslosigkeit“ hat nun vorletzte Woche die CDU/CSU im Bundesrat durchgesetzt, daß der Vermittlungsausschuß angerufen wird.

Bremer Schwerbehinderte erringen Teilerfolg

gür. Bremen. Im Zuge der Sparmaßnahmen hatte der Bremer Senat den Schwerbehinderten, die nicht öffentliche Verkehrsmittel benutzen können, die Freifahrtscheine gestrichen und stattdessen die Kosten dafür auf 150 – 220 DM pro Monat beschränkt. Die Behinderten reagierten mit Aktionen auf der Straße und in der Bürgerschaft. Jetzt mußte die Stadtbürgerschaft ihren Beschluß zurücknehmen, „am Ende eines schmerzlichen Prozesses“, wie Sozialsenator Scherf sagte. Zukünftig sind 26 Fahrten pro Quartal frei und zusätzlicher Sonderbedarf kann geltend gemacht werden.

Kein Ersatz für Räumung des Bauplatzes Grohnde

gkr. Das Verwaltungsgericht Hannover hat entschieden, daß die angeklagten ca. 200 Demonstranten nicht die Kosten des Polizeieinsatzes zahlen müssen, die die Räumung des Bauplatzes im Juni 1977 verursacht hat. Die Begründung, die *Räumung* sei rechtswidrig gewesen, da den Bewohnern keine Chance für einen vorläufigen Rechtsschutz eingeräumt worden sei, läßt allerdings für andere, ähnliche Verfahren, alles offen: Die Forderungen der Bezirksregierung über 200000 DM für den Polizeieinsatz bei der Grohnde-Demonstration im März 1977 waren in erster Instanz anerkannt worden. Beide Verfahren sind in der Berufung. Die Grohnde-Pozesse haben gleichzeitig Testcharakter für die von der schleswig-holsteinischen Regierung angestrebten Verfahren nach der Brokdorf-Demonstration.

Bauern fordern Erhöhung der Erzeugerpreise

frb. Am 27. März, Freitag dieser Woche, werden die Bauern nach Bonn marschieren, um mehr Druck auf die derzeit laufenden Verhandlungen der EG zur Erhöhung der Agrarpreise zu machen. 20000 Demonstranten erwartet der Bauernverband und kündigt eine „härtere Gangart“ an. Für die Landwirtschaft sei eine Anhebung der Agrarpreise um mindestens 9% notwendig. Die echten Erzeugerpreise der Landwirte würden selbst dann nur um 4% steigen. Die Brüsseler Vorschläge seien eine Zumutung. Zwar behaupte die EG-Kommission, ihre Vorschläge brächten eine Preiserhöhung für die Bauern zwischen 6 und 12%, in Wirklichkeit aber würden bei Verwirklichung dieser Pläne die Realeinkommen weiter sinken, wie schon seit mehreren Jahren.

Demonstration von Zivildienstleistenden am 21.3.

mah./svr. Darmstadt. Ca. 2000 Zivildienstleistende (ZDL) und andere, überwiegend Jugendliche, forderten: keine Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, keine Stationierung der US-Mittelstreckenraketen u.a.m. Die Demonstration und Kundgebung wurde von einer Darmstädter Initiative auf Grundlage des „Krefelder Appells“ organisiert. Auf der Kundgebung sprach auch ein Vertreter der Selbstorganisation der ZDL und griff die geplanten Verschärfungen des Zivildienstes an. Ein Vertreter der Gruppe „Kollektiver gewaltfreier Widerstand“ betonte in einer Rede, daß sich die Friedensbewegung gegen *beide* Supermächte und ihre Militärpolitik richten müsse. Weiterhin fand ein Programm mit Liedern von H. D. Hüsch statt, der einige ZDLer auf ein Gedicht Wolfgang Borcherts gegen den Krieg „vereidigte“.

Kein Abriß des Schwarzwaldhofs in Freiburg!

chs.Freiburg. Die demokratischen Zusammenschlüsse und Initiativen haben mit den Massenprotesten der vergangenen 2 Wochen gezeigt, daß sie frontal zu den Auffassungen des Freiburger Gemeinderates stehen.

Der Demonstration nackter Polizeigewalt begegneten sie zu 20000 und erhoben Forderungen *gegen die Stadtsanierung* (seit 1977 wurden 746 Wohnungen in Freiburg zerstört), *gegen das Spekulantentum* (3000 qm vom Schwarzwaldhof gehören der Immobilienfirma INSTAG, in der CDU-Biedenkopf im Vorstand sitzt), sie fordern *billigen Wohnraum und ein alternatives Kulturzentrum – den Schwarzwaldhof.*

Nach 10 Tagen Polizeibesetzung in Freiburg war ihr offen provokatives Auftreten mit willkürlichen Prügelszenen, wo immer sich Menschen sammelten, nicht mehr zu halten.

Es gab bis zum 12.3. (6 Tage nach Beginn der Demonstrationen) eine Leserbriefkampagne in der Badischen Zeitung, in der sich das politische Kräfteverhältnis in Freiburg so ausdrückte: Von 111 Leserzuschriften unterstützten direkt die Kämpfe und Demonstrationen 71 Zuschriften, für den Polizeieinsatz sprachen sich 18 Briefe aus und ein abwägendes Urteil hatten 22.

In der vergangenen Woche hat sich der Angriff auf die wachsweiche und teilblinde Berichterstattung in der Badischen Zeitung fortgesetzt. In der Gewerkschaft sind bis heute eine Erklärung des Vertrauensleutekörpers Universität und der Vertrauensleute Soziale Arbeit bekannt. Sie wenden sich gegen die Wohnraumpolitik und gegen die Polizeieinsätze, die genauso gegen streikende Metallarbeiter in Lübeck gemacht wurden. Abschließend wird gefordert, daß der Schwarzwaldhof als Wohnraum und Kulturzentrum freigegeben werden muß.

Im Gemeinderat wird jetzt der Kurs nach ,,Gesprächsbereitschaft'' und ,,Kompromißlösung'' gefahren. Die Gemeinderatsitzung mußte nach tumultartigen Szenen abgebrochen werden, als OB Keidel (SPD) dem Bunten Stadtrat nicht die gleiche Redezeit wie den Fraktionen gewähren wollte und sich Stadtrat Nimietz für seine Rechte einsetzte. Die CDU, FDP und FWV sprachen sich nach wie vor gegen eine Veränderungssperre aus, die von den Grünen, Bunten und der SPD gefordert wurde. Damit könnte erreicht werden, daß an den momentanen Gebäuden kein Abriß erfolgen dürfe.

Zwei Mieterinitiativen haben den Polizeieinsatz verurteilt. In Haslach-Weingarten protestiert eine Initiative gegen Mietsteigerungen für 1555 Wohnungen um jetzt 14% und 1982 um die gleiche Höhe. Grundlage der Erhöhung ist eine Verordnung der Landesregierung, die jährliche Erhöhungen um 1 DM / pro m² möglich macht.

In der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiative wird von Mitgliedern der Polizeieinsatz so gewertet, daß er als Bürgerkriegsmanöver zur taktischen und politischen Machtdemonstration der Landesregierung dient. Aber die Forderung steht: Wyhl wird nicht gebaut!

Die Mietsteigerung und die Wohnungsnot sind ein Punkt, an der sich die demokratischen Bewegungen sammeln. In Freiburg ist die Aktionseinheit, in der sich ca. 50 Organisationen und Zusammenschlüsse das erste Mal in dieser Breite in Freiburg vereinheitlicht haben, dafür ein Ausdruck.



Polizeieinsatz sprachen sich 18 Briefe aus und ein abwägendes Urteil hatten 22.

In der vergangenen Woche hat sich der Angriff auf die wachsweiche und teilblinde Berichterstattung in der Badischen Zeitung fortgesetzt. In der Gewerkschaft sind bis heute eine Erklärung des Vertrauensleutekörpers Universität und der Vertrauensleute Soziale Arbeit bekannt. Sie wenden sich gegen die Wohnraumpolitik und gegen die Polizeieinsätze, die genauso gegen streikende Metallarbeiter in Lübeck ge-

initiative wird von Mitgliedern der Polizeieinsatz so gewertet, daß er als Bürgerkriegsmanöver zur taktischen und politischen Machtdemonstration der Landesregierung dient. Aber die Forderung steht: Wyhl wird nicht gebaut!

Die Mietsteigerung und die Wohnungsnot sind ein Punkt, an der sich die demokratischen Bewegungen sammeln. In Freiburg ist die Aktionseinheit, in der sich ca. 50 Organisationen und Zusammenschlüsse das erste Mal in dieser Breite in Freiburg vereinheitlicht haben, dafür ein Ausdruck.



Pressespiegel

Staatsanzeiger, 7.3.: (redigierte Pressekonferenz von Späth am 4.3.) ,,Nicht zufrieden, daß ... die Auseinandersetzungen und Demonstrationen der letzten Wochen relativ glimpflich verlaufen. Als besonders besorgniserregend, daß Demonstrationen – wie gegenwärtig in Berlin – ... aus opportunistischen Gründen nicht mehr geahndet werden ..., Bevölkerung verunsichert und zugleich zu weiteren Rechtsverstößen ermuntert ... Gerade die Energiepolitik biete ein Musterbeispiel, wie durch politisches Taktieren ... die Bevölkerung verunsichert ... Der publizistischen Aufarbeitung und Darstellung (kommt) eine besondere Verantwortung und Bedeutung (zu).''

FAZ, 9.3.: Die Gewalt geht um ... die herausfordernden Programme, mit denen die Hausbesetzerorganisationen ihre Gewalt begleiten, passen auch auf bewohnte Häuser.

Die Welt, 11.3.: CDU: Nur bei höheren Mieten werden mehr Wohnungen gebaut ... Interessante Steuervergünstigungen ... Anhebung der Billigmieten auf Marktniveau ... befristete Mietverträge als Mittel gegen Hausbesetzungen.

FAZ, 11.3.: Warum die CDU guter Dinge ist. Ihre Warnungen aus der Zeit vor der Wahl bestätigt, ... weil die Regierenden in eine Lage geraten, in der sie tun, was sich mit dem Wort ,,versagen'' am besten kennzeichnen läßt ... Also wird Strauß jene Taktik im Bundesrat wohl mitmachen: ein Laufenlassen aller schmerzhaften Maßnahmen, zu denen sich die Regierung und ihre Koalition gezwungen sehen.

Badische Zeitung, 14.3.: ... Um der jedoch feststellbaren gewissen Entspannung Stabilität zu verleihen, müssen nun auch die politisch Verantwortlichen Zeichen setzen und konkrete Taten anbieten. Daß es sich dabei nicht um die Rückgabe des Schwarzwaldhofs handeln kann, wird jeder sehen, der nicht realitätsblind ist.

Badische Zeitung, 18.3.: Der DGB-Landesbezirk Bayern hat am Dienstag angesichts der ,,besorgniserregenden Entwicklung'' auf dem Wohnungsmarkt nach Möglichkeiten gerufen, ,,gemeinwohlschädigende Wohnungsspekulation unter Strafe zu stellen''. In einer ... Erklärung heißt es, Rechtsbrecher seien ... ebenso Hausbesitzer, ,,die sich der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums entziehen'' und ,,ihr Eigentum mit Blick auf lockende Profite planmäßig verkommen lassen''.

Badische Zeitung, 17.3.: Schmude (SPD) lehnte am Montag eine am Wochenende von der CDU/CSU angekündigte Vorlage für eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes ab ... Ein sogenanntes Vermummungsverbot sei nicht praktikabel.

Badische Zeitung, 17.3.: In Freiburg gibt es keine wirkliche Wohnungsnot. Mit dieser Feststellung traten der Bauoberbürgermeister und der Stadtkämmerer im Namen der Verwaltungsspitze den Vorwürfen entgegen.

Chronik

Juni 1980: Das Dreisameck, ein Gebäudekomplex am Ende der Freiburger Hauptgeschäftsstraße, wird von 1500 Polizisten geräumt. Ursprünglich teils besetzt, teils legalisiert und dann wieder besetzt, war in den vorangegangenen 3 Jahren in diesem Komplex ein Zentrum politischer und kultureller Veranstaltungen entstanden. Nach der Pleite des Zwischenhändlers und Spekulanten Selz brachte die ursprüngliche Eignerin, die Dresdner Bank, einen Kaufvertrag mit dem Züricher Versicherungsverein (Vita-Lebensversicherung) unter Dach und Fach. Gegen die Räumung, den Abriß und die 5tägige Polizeibelagerung gingen in einer Woche in mehreren Demonstrationen bis zu 10000 auf die Straße (Bild 1: Kundgebung vor den abgerissenen Häusern). Während der letzten Demonstration wird der Schwarzwaldhof, ein großflächiger und leerstehender Gebäudekomplex an der Randzone des Innenstadtbereichs besetzt.



Juni 1980 – Februar 1981: Der Schwarzwaldhof wird hergerichtet: ca. 100 finden Wohnraum, Initiativen und Gruppenveranstaltungs- und Übungsraummöglichkeiten. Aktionen zu Pro Familia, El Salvador (Demonstration mit über 200 Teilnehmern) und gegen die Fahrpreiserhöhungen werden hier vorbereitet. Die Stadt erklärt verbal Verhandlungsbereitschaft. Diese erweist sich praktisch als Farce: Im November lehnt der Gemeinderat per Mehrheit der CDU/FWV/FDP eine Veränderungssperre und einen Bebauungsplan ab. Die Devise lautet: ,,goldener Boden verlangt goldene Bebauung''. 1300 DM verlangen die Grundeigentümer, die Banken haben den Boden schon mit 20 Mio. DM ,,valutiert'', der Spekulant Jankovsky geht darüber Pleite. In der Presse wird gleichzeitig eine Hetz- und Kriminalisierungskampagne gegen die ,,gewalttätigen'' Besetzer entfaltet. Polizeichef Maier macht einen Dunstkreis der Terroristen aus, CDU-Stadtrat Leimgruber (Kripo) faselt von einer Achse Schwarzwaldhof-Wyhl. Eine Razzia wird durchgezogen.



März 1981: 4.3. Späth erneuert auf einer Pressekonferenz seine Ankündigung vom November, gegen den ,,drohenden Autoritätsverfall des Staates'' jede Hausbesetzung ,,kompromißlos'' niederzuschlagen. Zur selben Stunde räumen mehrere Hundertschaften das am Vortag besetzte und von einer Wohnungsgesellschaft demolierte Haus in der Moltkestraße. Weitere Hundertschaften werden am Nachmittag auf die Reise geschickt. Unter dem – mittlerweile amtlichen – Vorwand zerbrochener Scheiben bei Banken und Kaufhäusern übernimmt Späths Staatssekretär Ruder das Kommando. Die Landesregierung beschließt in Absprache mit Baum (FDP) ,,notfalls monatelange Polizeibesetzung, um den Abriß sicherzustellen''.





weist sich praktisch als Farce: Im November lehnt der Gemeinderat per Mehrheit der CDU/FWV/FDP eine Veränderungssperre und einen Bebauungsplan ab. Die Devise lautet: ,,goldener Boden verlangt goldene Bebauung''. 1300 DM verlangen die Grundeigentümer, die Banken haben den Boden schon mit 20 Mio. DM ,,valutiert'', der Spekulant Jankovsky geht darüber Pleite. In der Presse wird gleichzeitig eine Hetz- und Kriminalisierungskampagne gegen die ,,gewalttätigen'' Besetzer entfaltet. Polizeichef Maier macht einen Dunstkreis der Terroristen aus, CDU-Stadtrat Leimgruber (Kripo) faselt von einer Achse Schwarzwaldhof-Wyhl. Eine Razzia wird durchgezogen.

März 1981: 4.3. Späth erneuert auf einer Pressekonferenz seine Ankündigung vom November, gegen den ,,drohenden Autoritätsverfall des Staates'' jede Hausbesetzung ,,kompromißlos'' niederzuschlagen. Zur selben Stunde räumen mehrere Hundertschaften das am Vortag besetzte und von einer Wohnungsgesellschaft demolierte Haus in der Moltkestraße. Weitere Hundertschaften werden am Nachmittag auf die Reise geschickt. Unter dem – mittlerweile amtlichen – Vorwand zerbrochener Scheiben bei Banken und Kaufhäusern übernimmt Späths Staatssekretär Ruder das Kommando. Die Landesregierung beschließt in Absprache mit Baum (FDP) ,,notfalls monatelange Polizeibesetzung, um den Abriß sicherzustellen''.



Der Schwarzwaldhof wird zur Polizeifestung, teils mit gepanzerten Spähwagen (Bild 2, Hintergrund) ausgebaut. Die Taktik der Reaktion, gestützt auf eine mehrtausendköpfige Polizeistreitmacht, die mit Überfällen auf Demonstrationen, Abriegelung ganzer Stadtviertel, Verhaftungen und Razzien operiert, jeglichen Widerstand zu zerreiben (Bild 3) und gleichzeitig mit einer Kampagne des regionalen Pressemonopols eine Massenstimmung und -bewegung für den Schutz von Privateigentum, Recht und Ordnung zu erzeugen, mißlingt. Täglich demonstrieren Tausende trotz Polizeiterror mit über 200 Festnahmen und 150 Verletzten (Bild 4). Am Dienstag schwillt die Demonstration auf 8 – 10000 an. Die Polizeitaktik wird geändert: ,,weniger zeigen, aber dabeibleiben''. Die Pressehetze gerät ins Stocken. Eine breite Aktionseinheit bildet sich, die für Freitag erneut zu Aktionen am Freitag aufruft. 20000 folgen diesem Aufruf in Freiburg (Bild 6), weitere Zehntausende in der BRD. Stadt und Presse schlagen danach einen neuen Kurs ein: Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft im Dutzend billiger. Aber: ,,kein Rückweg'' in den Schwarzwaldhof. Dies wie eine Danksagung an Polizei und Landesregierung soll durch den Gemeinderat abgesegnet werden – die Abrißbagger im Hintergrund. Bis zu 2000, die das Rathaus belagern und die Reden von OB und Gemeinderatsmehrheit mit Pfiffen quittieren, erleben, wie es über diese Farce zum Eklat kommt: Die Sitzung muß abgebrochen werden, als Keidel der Bunte-Stadtrat das Rederecht verwehrt.





Zum Artikel ,,Gemeinsam leben, lieben, arbeiten kämpfen!" in KVZ 11/1981

Bücklinge nutzen weder der Bewegung noch dem KBW

In letzter Zeit findet man in der KVZ immer häufiger Artikel, in denen man diese eifrigen Beteuerungen findet, daß der KBW auch in Anti-Atom-Gruppen, bei der Häuserkampfbewegung usw. mitarbeiten könnte und zur Klärung beitragen könne, nur zu, dafür bin ich auch. Aber dann bin ich auch dafür, daß man das tut und nicht nur beteuert und darüber nicht einen ganzseitigen Artikel schreibt, der für die Leser, die in solchen Kämpfen verwickelt sind, kaum etwas nützliches an Informationen besitzt. So hätte sich es in diesem Fall für besser gefunden, wenn geklärt würde, welche Gesetze benutzt werden können, um einen Häuserabriß aufzuhalten oder zu verhindern, oder wieviel Geld reingesteckt wird bei einer Instandbesetzung, welche Auseinandersetzungen mit der Stadt laufen, dort sich das Geld wiederzuholen, wie die Lebensbedingungen sind in einem besetzten Haus, wie eine Hausbesetzung organisiert wird, welche Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird, dies hätte man auch in der Reportage leisten können und sollen. Unbestritten, daß aufgrund des ökonomistischen Kurses des KBW diese Lebensbereiche kaum oder gar nicht beachtet wurden, kein Wunder also, wenn sich die Genossen des KBW in Göttingen sich als erstes mal von den Journalisten des Sterns distanzieren, die genausowenig in der Bewegung drin sind. Diese Beteuerungen sind nichts anderes als Bücklinge gegenüber diesen Bewegungen, sie nutzen weder der Bewegung noch dem KBW, mehr als eine Peinlichkeit kommt da nicht heraus.

J.K., Rheydt

abgestempelt wurden, anstatt die richtigen Vorstellungen zu fördern und die falschen richtig zu kritisieren.

(...)

Bei der Debatte um Alternativen der Energiegewinnung muß man auch unterscheiden zwischen den Forschungsergebnissen und ihrer Anwendung. Angesichts der Tatsache, daß die Energiegewinnung durch Kernspaltung nicht gelöst ist und die Bourgeoisie weitere Kernkraftwerke bauen will, muß z.B. die Kohlehydrierung nicht gleich reaktionär sein, weil die Kohlehydrierung Teil von Hitlers Kriegsvorbereitungen waren. Der Kampf gegen weitere Autobahnen usw. wird heute auch nicht geführt, weil der Bau von Autobahnen ein Teil der Kriegsvorbereitung von Hilter gewesen ist, sondern weil der Bau von weiteren Autobahnen die Ruinierung der betroffenen Landwirte, insbesondere der kleinen, beschleunigt, die Natur zerstört wird und sich die Reproduktionsbedingungen der betroffenen Volksmassen verschlechtern. (...)

hal., Borken

Zum Artikel ,,Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD" in KVZ 8/81

,,Austritt aus der NATO" und Kampf gegen die Kriegsgefahr

In einer Reihe von Artikeln, u.a. ,,Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD" (KVZ Nr. 8/16.2.81), behandelte die KVZ die politischen Forderungen, die den Kampf für die Erhaltung des Friedens weder ins Schlepptau der USA (K. Voigt) noch der SU (Krefelder Appell) bringen und die Souveränität der europäischen Völker nicht einschränken, sondern ermöglichen und damit die Bedingungen für die soziale Revolution verbessern.

Wir haben im Februar eine Beratung über den Kampf gegen die Kriegsgefahr im Anschluß an eine Veranstaltung über die 3-Welten-Theorie durchgeführt, auf der unsere bisherigen Forderungen und deren politische Begründung Zustimmung fanden, aber auch ein bisher noch ungelöstes Probleme gesehen wurde:

Die Forderung ,,Austritt aus der NATO", im Zusammenhang mit der Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, nach einem Friedensvertrag und der Volksbewaffnung erhoben, erscheint vielen Menschen nicht als realistisch, sie sehen einen Widerspruch zwischen dem Ziel der Friedenssicherung und der realen Entwicklung der Kräfteverhältnisse, die sich aus einem NATO-Austritt ergäbe. Als Resultat wäre eine Kräfteverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion anzunehmen und damit die erhöhte Gefahr ihrer Intervention, da man nicht von einer parallelen Durchsetzung von NATO-Austritt, Friedensvertrag und Volksbewaffnung ausgehen kann und muß bzw. trotz Volksbewaffnung einen größeren Schutz in einer Verteidigungsgemeinschaft erblicken kann.

Daß der Austritt aus der NATO wegen der Unterordnung unter die Hegemonialpolitik der USA und der Einschränkung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit notwendig ist, ist die eine Sache. Eine andere Sache ist, mit welcher Politik danach der beste Schutz vor der Bedrohung durch die aggressivere Supermacht erreicht werden kann.

Uns fehlen genauere Kenntnisse und Beurteilungen der Politik der antifaschistischen Allianz im 2. Weltkrieg, aber soviel erscheint uns als sinnvoll: ein Zusammenschluß der für den Frieden eintretenden Länder und Völker gegen den Hauptkriegstreiber. Dies ist keineswegs mit einer Stärkung der Position der westdeutschen Imperialisten gleichzusetzen, sondern würde wie andere demokratische Forderungen bedeuten, ihnen Handlungen im Interesse der Volksmassen aufzuzwingen und gegen ein Umbiegen dieser Interessen wachsam zu sein.

Die Form dieses Zusammenschlusses blieb für uns allerdings noch ein ungelöstes Problem, das aber einer Antwort bedarf. Auf unserer Beratung gab es verschiedene Vorschläge: Umwandlung der NATO in ein Verteidigungsbündnis ohne Hegemonie der USA, ohne Souveränitätseinschränkung und fremde Truppenstationierung; Verteidigungsgemeinschaft der heutigen NATO-Mitglieder mit einem Status, wie ihn Frankreich hat; neuer Beistandspakt vor allem der europäischen Länder, unter Einschluß blockfreier Länder gegen jede militärische Aggression der Supermächte. Letztere Konzeption erscheint uns als beste Lösung. Wir erhoffen uns jedoch von der Veröffentlichung dieses Leserbriefes eine weitere Klärung des Problems.

jüd., Zelle Landshut-Regensburg

Möglichkeiten in den vorhandenen Produktivkräften werden nicht gesehen

1. Antworten zu den konkreten Fragen:
Können Kernkraftwerke beim gegenwärtigen Stand der Kenntnis und der Technik sicher betrieben werden?
Dazu folgende Tatsachen:
Der Druckwasserreaktor hat in Westdeutschland eine Zeitverfügbarkeit von ca. 70 bis 80%. Der Siedewasserreaktor von 30 bis 50%. Im Kernkraftwerk Brunsbüttel ist es zu dem schweren Unfall erst gekommen, weil der Reaktor nicht runtergefahren wurde, weil man ein Wiederhochfahren verhindern wollte.

Reparaturarbeiten werden heute von mehreren zig Arbeitern im 3 Minutentakt wegen der Strahlung vorgenommen. Ein Großteil dieser Arbeiten kann beim heutigen Stand der Kenntnis sicher mit einigem Aufwand durch automatische Überwachungsanlagen und Roboter ausgeführt werden.

Materialprobleme können meist gemeistert werden. In Biblis B kam es, nur weil billigeres Material genommen wurde, zu Rissen.

Kenntnis und Stand der Technik sind heute so, daß die Sicherheitsprobleme gemeistert werden können meiner Ansicht nach. Was fehlt, sind genauere Sicherheitsvorschriften, die Möglichkeit sorgfältig zu arbeiten, Arbeitssicherheitsvorschriften, die z.B. verbieten, unter den oben beschriebenen Bedingungen zu arbeiten. Das verbunden mit geeigneter Standortwahl und einer gesellschaftlichen Organisation, die bei immer möglichen Unfällen sofort das nötige tut, würde die Gefährdung sehr klein machen.

Was die Sicherheit der Kernkraftwerke angeht, ist m.E. die Frage der Kenntnis und des Standes der Technik gar nicht mehr das Hauptproblem.
Ist die Entsorgung der radioaktiven Brennstoffe gesichert?
Das ist sie nicht. Aber das ist sie weniger der Möglichkeit nach nicht, als in dem Sinne, wie z.B. die Entsorgung der Salzsäure nicht gesichert ist, die Hoechst in den Main geleitet hat.

Sicher ist, daß im Moment in Westdeutschland die Mengen an radioaktivem Abfall nicht entsorgt und schon gar (nicht) gefahrlos entsorgt werden können. Dazu ist sozusagen auch fast gar nichts (im Verhältnis zur Entwicklung der Reaktortechnologie) untersucht worden. Meines Erachtens ist das Entsorgungsproblem gelöst, wenn die Radioaktivität entweder in kontrollierter kurzer Zeit abklingt oder die langlebigen Isotope durch Transmutation in kurzlebige Isotope umgewandelt werden können. Transmutation ist Stand der Kenntnis, aber nicht Stand der Technik.

2. Wenn frb sich schon konkrete Fragen stellt, dann soll er sie auch konkret beantworten. Und nicht mitteilen (oder verkünden): ,,... sondern es geht darum, daß die Nutzung überhaupt gegenwärtig nicht beherrschbar und die Möglichkeit ihrer Beherrschung unbekannt ist." Den weiteren Gang der Argumentation kann man sich dann schenken. Wer will schon etwas dagegen sagen, daß es tatsächlich objektive Grenzen der Naturerkenntnis gibt, die aber immer wieder überwunden werden, und daß es tatsächlich Grenzen in der Nutzung der Natur gibt, wenn man nämlich den Naturgesetzen zuwiderhandelt. Es hat im KBW auch die Auffassung gegeben, mit menschlichem Willen ginge alles.

(...)

Die in den tatsächlich schon vorhandenen Produktivkräften entwickelten Möglichkeiten nicht sehen zu wollen, ist wenig vernünftig, weil es einem gleichzeitig den Blick vernebelt, wie eng die Produktionsverhältnisse schon geworden sind und in welch schreiendem Widerspruch sie zu den Produktivkräften geraten sind.

3. Recht hat frb. m.E. darin, daß man den Kampf für das Verbot der Anwendung der Kerntechnologie jetzt nicht so einfach im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm aufheben kann. Die Lage, wie ich sie in 1. geschildert habe, genügt, um das Verbot zu rechtfertigen.

aml., Frankfurt

Über den Gang der naturwissenschaftlichen Erkenntnis aufklären

Früher und auch heute sag(t)en einige Genossen im KBW:
(a) ,,Englischer Whisky wird dann alkoholfrei, wenn ein Sozialist ihn trinkt." Das ist offensichtlich so blöde wie es falsch ist.
Heute gibt es Genossen, die sagen:
(b) ,,Bier ist Bier und Schnaps ist Schnaps, egal, ob in Frankreich oder in China gebraut bzw. getrunken." Das ist offensichtlich richtig, aber m.W. nur der erste Schritt auf dem Weg zur Korrektur der falschen Aussage von (a).

Die Genossen weg/maw bezeichnen zu Recht ,,Spekulationen, ob die Herrschaft der Arbeiterklasse eine Voraussetzung für den sicheren Betrieb von KKWs ist", als ,,idealistisch". Richtig, deswegen bin ich auch gegen Spekulationen. Aber m.E. schwingen sich die Genossen zu dieser Idealismuskritik nur auf, indem sie dem Leser eine andere idealistische Spekulation nahelegen: nämlich eine ,,Diskussion darüber, ob die Methode der Kernspaltung zur Energiegewinnung auf Dauer (!) verworfen werden muß".

Idealismus und nicht Materialismus sind dann auch m.E. Grundlage zweier falscher Aussagen in dem Artikel von frb:

1. ,,Man muß unterscheiden zwischen den unmittelbaren Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Produktionsmethoden und objektive Grenzen der Naturerkenntnis". Es gibt keine ,,objektiven Grenzen der Naturerkenntnis", sondern nur subjektive.
2. ,,Man kann heute nicht sagen, ob die Nutzung der Kernenergie noch unter der Herrschaft der Bourgeoisie ... möglich wird." Doch, kann man, weil sie bereits möglich ist: Strom aus KKWs wird bereits produziert.

Als ich vor ca. 3 Jahren in einer BI gegen Atomkraftwerke arbeitete, gab es zu Anfang Schwierigkeiten. Einige Leute sagten: Wer im KBW ist, kann bei uns nicht mitarbeiten, weil der KBW nicht ,,grundsätzlich" gegen Kernenergie ist. Damals habe ich den Standpunkt vertreten: Es entzieht sich meiner jetzigen Einsicht, zu welchen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen die Menschheit noch kommen wird. Ich bin gegen den Bau und Betrieb von KKWs heute hier. Das weiß ich, dafür kann ich eintreten und kämpfen.

Diese Anschauung hat überhaupt nichts zu tun damit, an den ,,Stolz der Produzenten zu appellieren". Wohl aber meine ich, daß wir als Kommunisten gegenüber der spontanen Bewegung schon etwas ,,weiter" gehen müßten, indem wir z.B. über den Gang der naturwissenschaftlichen Erkenntnis aufklären.

Das ist m.E. auch der ,,Bruch" in dem Artikel von frb, wo zwar allgemein eine Befreiung der Produktivkräfte durch Revolution ,,zugestanden" wird, die wissenschaftliche Erkenntnis bzw. die Methoden davon aber unberührt bleiben (Man kann heute nicht sagen, ob ...").

B.v.D., Boppard

Erschöpfung der fossilen Energieträger unbewiesen

Die Zelle TU/KBW RV Westberlin fordert das ZK auf, durch geeignete Kontrolle sicherzustellen, daß nicht weiterhin mit solchen Artikeln wie ,,Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut" (KVZ Nr. 7/81, S. 8) der KBW in der demokratischen und revolutionären Bewegung lächerlich gemacht wird.

1. Der Artikel entwickelt neuartige Auffassungen, ohne zu sagen, ohne mitzuteilen, warum unsere bisherigen Auffassungen falsch gewesen sei (siehe Artikel von anm. KVZ Nr. 48/80, S. 16), so als hätten wir nicht mit bestimmten Argumenten bisher andere Auffassungen vertreten.

2. In dem Artikel werden die politischen Schwerpunkte des Energieprogramms der westdeutschen Imperialisten nicht untersucht. Zwischen einem Siedewasserreaktor und einem schnellen Brüter ist doch nicht der Hauptunterschied, daß der eine im Störfall in 3 – 5 Sekunden überhitzt, der andere in 3 – 5 Minuten, sondern daß der letztere den Brennstoff für den ersteren produziert. Zum Beispiel.

3. 3 Wochen vor Brokdorf einen solch prinzipienlosen (weil unkritisch gegenüber unserer eigenen Entwicklung) Artikel in die Welt zu setzen, schadet nur und trägt uns den Vorwurf des Opportunismus ein. Wir würden uns ja notfalls davon überzeugen lassen, ,,daß sich die Grenzen der fossilen Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Teersand deutlich abzeichnen", wenn – bitte schön – die Autoren dazu Fakten vorlegen. Im fraglichen Artikel davon keine Spur. Einfach hingerotzt als sei's ein Pamphlet des ,Club of Rome'.

4. Daß sich an Kernkraftwerken, die Frankreich nach China (exportiert), materiell nichts ändert, während des Transports dorthin und beim Aufbau, möchte schon sein. Die Unterschiede in den Betreibungsvorschriften zwischen Frankreich und China würden den interessierten Leser der KVZ schon eher kennen wollen als die platte Behauptung, da sei kein Unterschied. Die VR China muß ja nicht gleich das Paradies sein: aber auch die Standortfrage wäre von gewissem Interesse.

Zelle TU, Westberlin

Die Zelle TU/KBW RV Westberlin fordert das ZK auf, durch geeignete Kontrolle sicherzustellen, daß nicht weiterhin mit sol-

Zu den Artikeln zur Kernenergie (KVZ 8/81 und 11/81)
Kernenergie technologisch gelöst

ermöglichen und damit die Bedingungen für die soziale Revolution verbessern.

Wir haben im Februar eine Beratung über den Kampf gegen die Kriegsgefahr im Anschluß an eine Veranstaltung über die 3-Welten-Theorie durchgeführt, auf der unsere bisherigen Forderungen und deren politische Begründung Zustimmung fanden, aber auch ein bisher noch ungelöstes Probleme gesehen wurde:

Die Forderung ,,Austritt aus der NATO", im Zusammenhang mit der Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, nach einem Friedensvertrag und der Volksbewaffnung erhoben, erscheint vielen Menschen nicht als realistisch, sie sehen einen Widerspruch zwischen dem Ziel der Friedenssicherung und der realen Entwicklung der Kräfteverhältnisse, die sich aus einem NATO-Austritt ergäbe. Als Resultat wäre eine Kräfteverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion anzunehmen und damit die erhöhte Gefahr ihrer Intervention, da man nicht von einer parallelen Durchsetzung von NATO-Austritt, Friedensvertrag und Volksbewaffnung ausgehen kann und muß bzw. trotz Volksbewaffnung einen größeren Schutz in einer Verteidigungsgemeinschaft erblicken kann.

Daß der Austritt aus der NATO wegen der Unterordnung unter die Hegemonialpo-

schen Allianz im 2. Weltkrieg, aber soviel erscheint uns als sinnvoll: ein Zusammenschluß der für den Frieden eintretenden Länder und Völker gegen den Hauptkriegstreiber. Dies ist keineswegs mit einer Stärkung der Position der westdeutschen Imperialisten gleichzusetzen, sondern würde wie andere demokratische Forderungen bedeuten, ihnen Handlungen im Interesse der Volksmassen aufzuzwingen und gegen ein Umbiegen dieser Interessen wachsam zu sein.

Die Form dieses Zusammenschlusses blieb für uns allerdings noch ein ungelöstes Problem, das aber einer Antwort bedarf. Auf unserer Beratung gab es verschiedene Vorschläge: Umwandlung der NATO in ein Verteidigungsbündnis ohne Hegemonie der USA, ohne Souveränitätseinschränkung und fremde Truppenstationierung; Verteidigungsgemeinschaft der heutigen NATO-Mitglieder mit einem Status, wie ihn Frankreich hat; neuer Beistandspakt vor allem der europäischen Länder, unter Einschluß blockfreier Länder gegen jede militärische Aggression der Supermächte. Letztere Konzeption erscheint uns als beste Lösung. Wir erhoffen uns jedoch von der Veröffentlichung dieses Leserbriefes eine weitere Klärung des Problems.
jüd., Zelle Landshut-Regensburg

stert werden. In Biblis B kam es, nur weil billigeres Material genommen wurde, zu Rissen.

Kenntnis und Stand der Technik sind heute so, daß die Sicherheitsprobleme gemeistert werden können meiner Ansicht nach. Was fehlt, sind genauere Sicherheitsvorschriften, die Möglichkeit sorgfältig zu arbeiten, Arbeitssicherheitsvorschriften, die z.B. verbieten, unter den oben beschriebenen Bedingungen zu arbeiten. Das verbunden mit geeigneter Standortwahl und einer gesellschaftlichen Organisation, die bei immer möglichen Unfällen sofort das nötige tut, würde die Gefährdung sehr klein machen.

Was die Sicherheit der Kernkraftwerke angeht, ist m.E. die Frage der Kenntnis und des Standes der Technik gar nicht mehr das Hauptproblem.
Ist die Entsorgung der radioaktiven Brennstoffe gesichert?
Das ist sie nicht. Aber das ist sie weniger der Möglichkeit nach nicht, als in dem Sinne, wie z.B. die Entsorgung der Salzsäure nicht gesichert ist, die Hoechst in den Main geleitet hat.

Erschöpfung der fossilen Energieträger unbewiesen

dann schenken. Wer will schon etwas dagegen sagen, daß es tatsächlich objektive Grenzen der Naturerkenntnis gibt, die aber immer wieder überwunden werden, und daß es tatsächlich Grenzen in der Nutzung der Natur gibt, wenn man nämlich den Naturgesetzen zuwiderhandelt. Es hat im KBW auch die Auffassung gegeben, mit menschlichem Willen ginge alles.
(...)

Die in den tatsächlich schon vorhandenen Produktivkräften entwickelten Möglichkeiten nicht sehen zu wollen, ist wenig vernünftig, weil es einem gleichzeitig den Blick vernebelt, wie eng die Produktionsverhältnisse schon geworden sind und in welch schreiendem Widerspruch sie zu den Produktivkräften geraten sind.

3. Recht hat frb. m.E. darin, daß man den Kampf für das Verbot der Anwendung der Kerntechnologie jetzt nicht so einfach im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm aufheben kann. Die Lage, wie ich sie in 1. geschildert habe, genügt, um das Verbot zu rechtfertigen.
aml., Frankfurt

schon eher kennen wollen als die platte Behauptung, da sei kein Unterschied. Die VR China muß ja nicht gleich das Paradies sein: aber auch die Standortfrage wäre von gewissem Interesse.
Zelle TU, Westberlin

Nutzung der Kernenergie noch unter der Herrschaft der Bourgeoisie ... möglich wird." Doch, kann man, weil sie bereits möglich ist: Strom aus KKWs wird bereits produziert.

Als ich vor ca. 3 Jahren in einer BI gegen Atomkraftwerke arbeitete, gab es zu Anfang Schwierigkeiten. Einige Leute sagten: Wer im KBW ist, kann bei uns nicht mitarbeiten, weil der KBW nicht ,,grundsätzlich" gegen Kernenergie ist. Damals habe ich den Standpunkt vertreten: Es entzieht sich meiner jetzigen Einsicht, zu welchen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen die Menschheit noch kommen wird. Ich bin gegen den Bau und Betrieb von KKWs heute hier. Das weiß ich, dafür kann ich eintreten und kämpfen.

Diese Anschauung hat überhaupt nichts zu tun damit, an den ,,Stolz der Produzenten zu appellieren". Wohl aber meine ich, daß wir als Kommunisten gegenüber der spontanen Bewegung schon etwas ,,weiter" gehen müßten, indem wir z.B. über den Gang der naturwissenschaftlichen Erkenntnis aufklären.

Das ist m.E. auch der ,,Bruch" in dem Artikel von frb, wo zwar allgemein eine Befreiung der Produktivkräfte durch Revolution ,,zugestanden" wird, die wissenschaftliche Erkenntnis bzw. die Methoden davon aber unberührt bleiben (Man kann heute nicht sagen, ob ...").
B.v.D., Boppard

Zu den Artikeln zur Kernenergie (KVZ 8/81 und 11/81)

Kernenergie technologisch gelöst

In dem Artikel der Genossen aus Münster ,,Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut!" (KVZ Nr. 7/81) werden meines Erachtens Auffassungen zu Recht kritisiert, die lange Zeit im KBW vorgeherrscht haben und heute noch existieren. Es sind dies folgende Auffassungen.

1. ,,Nicht in den Kernkraftwerken liegt die Bedrohung, sondern in der herrschenden Bourgeoisie, die sie besitzt. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse können Kernkraftwerke zu einem mächtigen Instrument der Bewältigung der Natur werden. Unter der Herrschaft der Bourgeoisie kann das Volk Kernkraftwerke nicht zulassen." (KVZ 49/76) Angesichts der Tatsache, daß heute die Energiegewinnung durch Kernspaltung technologisch weder vom Betrieb, der Zwischenlagerung noch von der Endlagerung gelöst ist, ist es allerdings idealistisch zu behaupten, daß Kernkraftwerke unter der Herrschaft der Arbeiterklasse sicher sein können. Wir sind nicht von Tatsachen ausgegangen, sondern vom Ideal, daß unter der Herrschaft der Arbeiterklasse die Energiegewinnung durch Kernspaltung beherrschbar ist. Dies ist heute jedenfalls auch im Sozialismus noch nicht der Fall und die Geschichte muß den Beweis dafür noch erst erbringen, wobei es aber überhaupt nicht ausgeschlossen ist, daß unter der Herrschaft der Bourgeoisie die oben genannten Probleme der Energiegewinnung durch Kernspaltung gelöst werden können. Der KBW ist zurecht von Mitgliedern aus den Bürgerinitiativen und einem großen Teil der Bewegung gegn das Kernenergieprogramm wegen dieser idealistischen Auffassung kritisiert worden. Anstatt in dieser Kritik richtiges und falsches zu unterscheiden, denn häufig lag dieser Kritik eine Mystifizierung der Naturkräfte zugrunde, und sich auf schlichte Tatsachen zu beziehen, haben wir unsere Kritiker angegriffen und als Arbeiterfeinde etiketiert: ,,Auch sprachen sie der Arbeiterklasse grundsätzlich die Fähigkeit ab, auch die Atomenergie zu beherrschen, wenn sie Herren der Produktion ist." (Bezirksausgabe Nr. 6/77)

2. Die Genossen schreiben in ihrem KVZ-Artikel, daß ,,eine Diskussion ... über Alternativen der Energiegewinnung (regenerierbare Energie, Kernfusion) sinnvoll und drängend ist, weil sich die Grenzen der fossilen Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Teersand deutlich abzeichnen." Wenn es sich in Zukunft herausstellen sollte, daß die Möglichkeit der Energiegewinnung der Kernspaltung verworfen werden muß, dann wird sich die Arbeiterklasse spätestens unter ihrer Herrschaft Gedanken machen müssen über die Energiegewinnung und um eventuelle Alternativen. Bei der Feststellung der Grenzen der Energieträger (fossilen) sicherlich vorhanden ist, diese Grenze aber heute überhaupt nicht bekannt ist. Man muß die Aussagen der Genossen dahin relativieren, daß die Nutzbarmachung der Energie zeigt, Ressourcen von Erdöl, Erdgas und Kohle, die heute als Primärenergie genutzt werden, sind noch nicht alle erschlossen wegen der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Entwicklung der Produktivkräfte. Desweiteren beweist die Geschichte der Energiegewinnung, daß der Ausnutzungsgrad einer bestimmten Energieform sich ständig erhöhen kann, ganz zu schweigen davon, daß die Entdeckung von natürlichen Ressourcen zur Energiegewinnung heute schon abgeschlossen ist.

Meines Erachtens ist es richtig, die Debatte um die Alternativen der Energiegewinnung zu führen und zwar nicht so wie es lange Zeit der Fall war, indem die ,,Alternativen" als Fortschrittsfeinde und Spinner

Weitere Enthüllungen über den Umfang des Putschversuchs in Spanien

chm. Die Debatte um den Geheimbericht des spanischen Verteidigungsministeriums über den Ablauf des Putschversuchs vom 24./25.2. fand vergangene Woche hinter verschlossenen Türen im spanischen Parlament statt. Die Sozialistische Partei, PSOE, und die Kommunistische Partei hatten sich gegen diese Geheimhaltung gewandt, aber ohne Erfolg. Die Geheimhaltung begründete die Regierung damit, daß der Gegenstand des Berichts zugleich ein Verhandlungsgegenstand vor einem Militärgericht sei und deswegen Öffentlichkeit eine Beeinflussung des Gerichtes darstellen würde. Der eigentliche Grund jedoch scheint die Angst der Regierung vor der Armee zu sein, die auf diese Geheimhaltung gepocht hat. Der Bericht ist durch die Veröffentlichung in der Zeitung El Pais bekannt geworden. Die Zeitung gab ebenfalls bekannt, daß das Verteidigungsministerium versucht habe, sie an der Veröffentlichung zu hindern.

Im Bericht werden 29 Zivilisten erwähnt, allerdings ohne Namensnennung, die schon vor der Untersuchungsbehörde erschienen sind, wegen Beteiligung am Putschversuch. Gegen weitere 114 Personen wird ermittelt. Unter den Zivilisten sind sowohl Journalisten, wie z.B. der Chefredakteur der faschistischen Zeitung Alcazar, die seit Monaten zum Umsturz aufruft, als auch Unternehmer, die den Putsch finanzieren wollten. In der Debatte weigerte sich der Heeresminister, weitere Namen von Offizieren zu nennen, die an dem Putsch beteiligt waren, und ließ den Verteidigungsminister mit seiner Behauptung, es hätten sich noch mehrere Angehörige der Armee daran beteiligt, auflaufen.

Der Putsch soll ursprünglich für März geplant gewesen sein, aber auf einer breiteren Grundlage. Mindestens drei Militärregionen, Valencia, Madrid und Malaga, wollten sich daran beteiligen. Warum er dennoch früher stattgefunden hat, ist nicht ausreichend geklärt worden. Offensichtlich scheint General Armada den Putschisten versichert zu haben, daß der König mit dem Putsch einverstanden sei. Fest steht, daß schon die Regierung Suarez, die Ende Januar zurückgetreten ist, Kenntnis hatte von einem bevorstehenden Putsch. Aber insgesamt hat der Geheimdienst, in Kumpanei mit den Streitkräften, etwaige Informationen für sich behalten.

US-Außenminister Haig will als erstes europäisches Land am 8./9.4. Spanien besuchen. Mehrere Putschgeneräle hatten sich schon im November mit Beratern Reagans getroffen und von ihnen die Zusicherung erhalten, daß sich die USA nicht gegen einen Putsch „nach türkischem Muster" wenden würden. Sie würden ihn nicht offen unterstützen, sondern als „innere Angelegenheit Spaniens" betrachten.

In einer ersten Stellungnahme zum Putsch hatte Haig wortwörtlich diese Auffassung der US-Regierung und damit starken Protest in Spanien hervorgerufen.

Khieu Samphan: Gespräche mit Sihanouk waren erfolgreich

lup. Nach seiner Rückkehr aus Pjöngjang erklärte der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan in Beijing gegenüber chinesischen Journalisten, die ersten Verhandlungen mit Sihanouk seien erfolgreich gewesen. Es sei zunächst nicht um die Unterzeichnung einer Vereinbarung, sondern um den Austausch von Meinungen gegangen. In einigen Fragen gäbe es bereits gemeinsame Auffassungen, andere Fragen, die noch nicht gelöst worden seien, würden weiter diskutiert. „Wir erwarten jetzt die Vorbereitungen eines politischen Minimalprogramms, als Basis unseres gemeinsamen Fortschritts auf militärischem, politischem und diplomatischen Gebiet." Zu den Punkten, über die Einheit erzielt wurde, gehöre das Recht auf Bildung politischer Parteien und die Verwirklichung eines parlamentarischen Systems in Kampuchea. Sihanouk habe ferner den Vorschlag gemacht, daß alle Streitkräfte das Recht haben sollten, ihre eigene Stärke zu sichern. Sie sollten unabhängig bleiben und gleichzeitig in geeigneter Form zusammenarbeiten, um Konflikte zu vermeiden. Auch darüber habe es Übereinstimmung gegeben.

Sihanouk habe zugestimmt, daß der bewaffnete Kampf gegen den vietnamesischen Aggressor intensiviert werden solle, denn dies sei die wirksamste Form des Widerstandes. „Wenn wir nicht zurückschlagen, werden die vietnamesischen Aggressoren sich niemals von dem geliebten Territorium Kampucheas zurückziehen." Diesbezüglich hatte Sihanouk vor den Gesprächen mit Khieu Samphan andere Auffassungen geäußert und erklärt, er glaube nicht an einen militärischen Sieg über Vietnam. Auch hinsichtlich des diplomatischen Kampfes vertrat Sihanouk andere Positionen als in vorherigen Interviews. „Auf diplomatischem Gebiet", erklärte Khieu Samphan, „stimmen wir darin überein, daß der legale Status des Demokratischen Kampuchea verteidigt werden soll. Denn es ist ein unabhängiges, souveränes Land, das Demokratische Kampuchea, das die Unterstützung der Mehrheit der Länder der Welt genießt und das ein Mitglied der Vereinten Nationen ist. Deswegen sollten wir auf dieser Grundlage gegen unsere Feinde angehen, rechtlich, politisch und moralisch ... Sihanouk stimmte auch damit überein, daß es auf diplomatischem Gebiet erforderlich ist, sich an die Resolutionen über die kampucheanische Frage zu halten, die von der 34. und 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, sowie an die entsprechenden Resolutionen der Außenministerkonferenz der Blockfreien in Neu Delhi." (nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua)

VR China: Drastische Maßnahmen gegen Haushaltsdefizite und Inflation

Ständiger Ausschuß des Nationalen Volkskongreß revidiert Haushaltsplan 1981

jon.Beijing. Die staatliche Wirtschaftsplanung für 1981, die der Nationale Volkskongreß der VR China (NVK) im September vorigen Jahres beschlossen hat, wird umgestoßen. Statt eines Haushaltsdefizits von 5 Mrd. Yuan RMB wird ein ausgeglichener Staatshaushalt angestrebt. Dazu werden die vorgesehenen Ausgaben um ein Fünftel (von 120,46 Mrd. auf 97,6 Mrd. Yuan) und die geschätzten Einnahmen um 15% (von 115,46 Mrd. auf ebenfalls 97,6 Mrd. Yuan) gekürzt. Diesen drastischen Beschluß faßte der Ständige Ausschuß des NVK auf seiner jüngsten Sitzung Anfang März auf Antrag des Staatsrats, der Regierung der VR China. Gleichzeitig wurde die Auflage einer Staatsanleihe in Höhe von 4 bis 5 Mrd. Yuan mit einem Zinssatz von 4% und einer Laufzeit von 8 bis 9 Jahren gebilligt, die staatliche und kollektive Betriebe, staatliche regionale Wirtschaftsverwaltungen und wohlhabende Volkskomunen werden zeichnen *müssen*. Einzelne Bürger werden Staatsschuldscheine freiwillig erwerben können.

In seiner Resolution schreibt der Ständige Ausschuß des NVK in Anlehnung an die Erklärung von Vizeministerpräsident Yao Yilin bei der Vorlage des Antrags, die gegenwärtige Wirtschaftslage in China sei gut. 1979 und 1980 seien bei der Neuordnung der Volkswirtschaft bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden. Allerdings gingen „potentielle Gefahren für die Wirtschaft" von den „gegenwärtigen wirtschaftlichen Hauptproblemen Chinas" aus: Den „großen Haushaltsdefiziten der letzten beiden Jahre, der übermäßigen Ausgabe von Geld und steigenden Preisen bei einer Reihe von Waren". Die Wirtschaftsregulierung verlange „Schritte zurück auf einigen Gebieten und Fortschritt auf anderen". Vor allem Investbau- und Verteidigungs- und Verwaltungsausgaben müßten eingeschränkt werden.

Wir haben schon in KVZ 7/81 dargestellt, daß die chinesische Staats- und Parteiführung einen Zusammenhang zwischen den hohen Ausgaben für Investitionen vor allem in der Schwerindustrie, die einen der Hauptausgabeposten im Staatshaushalt ausmachen, und der Inflation sieht.

Das erste Mal ist ein bedeutendes Defizit im chinesischen Staatshaushalt 1979 aufgetreten, dem ersten Jahr, in dem die Beschlüsse des ZK der KPCh zur Wirtschaftsregulierung vom Dezember 1978 wirksam wurden. Nach den vom NVK im September 1980 bekanntgegebenen Zahlen sanken die staatlichen Einnahmen gegenüber dem Plan für einen ausgeglichenen Haushalt in Höhe von 112 Mrd. Yuan auf 110,33 Mrd., während die Ausgaben auf 127,39 Mrd. Yuan stiegen. Als Gründe für dieses Defizit führte Finanzminister Wang Bingqian u.a. an: die Erhöhung der Aufkaufpreise in der Landwirtschaft; Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Lohnerhöhungen und die Einführung von Prämien in der staatlichen Industrie; Stärkung der Finanzkraft der örtlichen Staatsorgane und Betriebe; Erhöhung der Investitionen in Landwirtschaft und Leichtindustrie; erhöhte Verteidigungsausgaben, wohl vor allem wegen der Vergeltungsaktion gegen Vietnam; Entschädigungs- und Lohnnachzahlungen für rehabilitierte Opfer der Kulturrevolution und der Viererbandenherrschaft.

Das Defizit wurde z.T. durch den Rückgriff auf staatliche Finanzreserven, z.T. durch Auslandskredite und z.T. durch Geldaufnahme bei der Bank von China, also mit der Notenpresse, finanziert. Dennoch hoffte Wang Bingqian, daß die dadurch ausgelöste Inflation unter Kontrolle gehalten werden könne. Erstens weil dank der Reformmaßnahmen zugunsten von Landwirtschaft und Leichtindustrie der größeren Geldmenge auch ein größeres Warenangebot entgegenstehe, zweitens weil die Sparguthaben der Bevölkerung wüchsen, ein großer Teil des vorhandenen Geldes also nicht ausgegeben würde, und drittens weil auch die Reservefonds der örtlichen Behörden und Betriebe sich erhöhten. Insofern sich doch nachteilige, nämlich inflationäre Folgen aus dem Haushaltsdefizit ergäben, das noch mindestens zwei Jahre beigehalten werden müsse, sei das „der Preis, den wir für die ergriffenen Maßnahmen zahlen müssen", sagte Wang Bingqian.

Hier scheint sich aber seit September letzten Jahres eine andere Auffassung durchgesetzt zu haben. Die Leser werden sich erinnern, daß es das Ziel der Wirtschaftsregulierung in China ist, über die starke Förderung von Landwirtschaft und Leichtindustrie und die vorübergehende Verlangsamung des Wachstums der Schwerindustrie ein ausgeglichenes Wachstum der Volkswirtschaft zu erreichen. Der schwerindustrielle Sektor soll nicht mehr auf Kosten vor allem der Landwirtschaft immer weiter aufgebläht werden, ohne auf die Bedürfnisse der Massen und der übrigen Wirtschaftszweige ausgerichtet zu sein, während Landwirtschaft und Leichtindustrie zurückbleiben.

Bei der Finanzplanung, wie sie der NVK im September beschlossen hat, gewinnt man aber den Eindruck, daß Landwirtschaft und Leichtindustrie vor allem durch erhöhte finanzielle Zuwendungen gefördert werden sollen, unter anderem durch Mehrausgabe von Geld, während konkrete Maßnahmen zur Einschränkung der Investitionen in der Schwerindustrie, zur besseren Nutzung der Finanzmittel und gegen bürokratische Verschwendung zwar gefordert, aber nicht ergriffen wurden. So wurden zwar die vorgesehenen Ausgaben für Investbau auf der Ebene der Zentralregierung im Haushaltsplan 1980 um 14,1 Mrd. Yuan gesenkt, zugleich war aber vorgesehen, daß die Regionalregierungen eine entsprechend höhere Summe ausgaben, sodaß die staatlichen Investitionen auch 1980, und nach der erst jetzt umgestoßenen Planung auch 1981, bei über 50 Mrd. Yuan blieben, höher als je zuvor in der Geschichte der Volksrepublik.

Im Zentrum der jetzt beschlossenen Änderung der Haushalts- und Wirtschaftsplanung für 1981 steht deshalb die Kürzung der gesamten staatlichen Ausgaben für Investbau auf 30 Mrd. Yuan. Davon sind auch zahlreiche importierte Betriebe und Anlagen betroffen. Schon bestehende Betriebe sollen umgestellt oder geschlossen werden, wenn sie nicht wirtschaftlich arbeiten. Das ursprüngliche Planziel für die Stahlproduktion wird von 35 Mio. t auf 33 Mio. t gesenkt, „um Energie und Transportkapazität für die Leichtindustrie zu sparen". Selbst für Kohle und Erdöl werden die geplanten Fördermengen leicht gekürzt, während die Maßnahmen zur besseren Nutzung der Energiequellen und zur Einsparung von Energie intensiviert werden. Daneben sind Kürzungen der Verteidigungs- und Verwaltungsausgaben vorgesehen.

Von der Leichtindustrie wird dagegen eine Produktionssteigerung von *mindestens* 8% erwartet, und ebenso eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die weitere Reform der Kollektivwirtschaft mit größerer Selbständigkeit der Kollektive.

Ingesamt wird die Kontrolle über die Durchführung der zentralen Wirtschaftspolitik in dieser Phase der Regulierung verstärkt. Dem dient ja auch die beschlossene Staatsanleihe, durch die ein Teil der in den Regionen dank der Wirtschaftsreform angehäuften Finanzmittel vorübergehend und leihweise wieder in den Händen der Zentralregierung zusammengefaßt wird.

Yao Yilin sagte in seiner Rede vor dem Ständigen Ausschuß des NVK, die Wirtschaftslage in China sei gut. Damit bezog er sich auf eine trotz Unwetterkatastrophen ziemlich gute Ernte und gestiegene Einkommen der Bauern; ein Wachstum der Leichtindustrieproduktion von 17,4% und der gesamten Industrie von 8,4% im vorigen Jahr und gestiegene Löhne der Industriearbeiter. Das Volumen der Einzelhandelsumsätze sei, bei Berücksichtigung der Preissteigerungen, 1980 um 11% gestiegen. Ein bedeutender Erfolg ist, daß es gelang, das Außenhandelsdefizit von 1,87 Mrd. US$ 1979 auf 570 Mio. $ zu reduzieren.

Die anhaltende Inflation zehrt aber nicht nur die erreichten Verbesserungen im Lebensstandard der Bauern und eines Teils der städtischen Bevölkerung auf, sie läuft auch direkt dem Ziel der ausgeglichenen Wirtschaftsentwicklung zuwider, weil sie die Preisschere zwischen Industrie- und Landwirtschaftsprodukten wieder aufreißt. Die nun vorgenommenen drastischen Ausgabenkürzungen werden Widersprüche in den betroffenen Betrieben und Abteilungen des Partei- und Staatsapparates hervorrufen und verstärken. Vermutlich wegen dieser Widersprüche konnte bisher die für notwendig gehaltene Reduzierung des Investbaus nicht durchgesetzt werden. Es ist nur konsequent, wenn sie zu personellen Änderungen in Partei und Regierung führen. So hat der Ständige Ausschuß des NVK auf seiner jüngsten Tagung neben der Haushalts- und Wirtschaftsplanänderung auch eine Umbildung der Regierung beschlossen.

UNO-Soldaten im Südlibanon erschossen

chm. Drei nigerianische Soldaten der UNO-Friedenstruppe im Südlibanon sind von den rechten Milizen des Majors Haddad im Südlibanon erschossen worden. Der Generalkommandeur der Friedenstruppe forderte den sofortigen Abzug der Haddad-Milizen aus den vier Stützpunkten, die sie in diesem Gebiet besetzt halten, und volle Bewegungsfreiheit für die UN-Truppen. Israel wies diese Forderung zurück, weil sonst eine „effektive Kontrolle der palästinensischen Stellungen" nicht möglich sei. Daraufhin forderte der Generalkommandeur Israel auf, alle Überfälle gegen Südlibanon einzustellen und Haddad ihre Hilfe zu entziehen.

Putschversuch in Mauretanien

chm. Am Dienstag vergangener Woche brach Mauretanien die Beziehungen zu Marokko ab. Es beschuldigte Marokko, hinter dem mißglückten Putschversuch gegen die Regierung, der von zwei Offizieren der mauretanischen Armee geführt wurde, zu stecken. Beide Offiziere lebten schon seit einiger Zeit in Marokko und sollen die Putschvorbereitungen von dort aus betrieben haben. Einer der Putschisten ist ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Militärrates, der 1978 den mit Marokko verbündeten Präsidenten Ould Dada gestürzt hatte. Nach dem Sturz von Ould Dada hatte die neue Regierung die mauretanischen Truppen aus der Demokratisch Arabischen Republik Sahara zurückgezogen und Beziehungen zur FPOLISARIO aufgenommen. Die marokkanische Regierung hat die Beschuldigungen zurückgewiesen und ihrerseits Mauretanien beschuldigt, daß es „Terroristen", nämlich den Kämpfern der FPOLISARIO, Unterschlupf biete.

Reagan bereitet Krankenhäuser auf Krieg vor

lup. Das Verteidigungsministerium der USA hat die zivilen Krankenhäuser aufgefordert, 50000 Betten bereitzustellen, die die Opfer aufnehmen sollen, die in den ersten Monaten eines größeren Krieges erwartet werden. Eine solche Planung sei vor allem für die ersten Monate eines solchen Krieges notwendig, weil die Militärlazarette durch die dann erwartete Zahl an Verwundeten überfordert wären. 58 zivile Krankenhäuser haben sich inzwischen bereit erklärt, 4200 Betten bereitzustellen. Das amerikanische Verteidigungsministerium vergaß nicht, bei seiner Ankündigung zu versichern, diese Planungen hätten nichts mit einer aktuellen Spannung zu tun. Sie sei vielmehr Teil einer langfristigen Planung, um sich bereits in Friedenszeiten auf einen Krieg vorzubereiten.

Kämpfe in El Salvador dauern an

chm. Nach Berichten der „Neuen Züricher Zeitung" vom 19.3. sind erneut Kämpfe zwischen Einheiten der Militärjunta und der FMLN nördlich der Hauptstadt El Salvadors, San Salvador, ausgebrochen. In der nordöstlichen Provinz Mozaran, wo die Befreiungsbewegung ihre meisten Stützpunkte hat, wird ebenfalls gekämpft. Die USA haben inzwischen erklärt, daß sie die Zahl ihrer Militärberater weiter erhöhen werden und Militärgüter in Höhe von 35 Mio $ nach El Salvador schicken würden. Duarte hatte seinerseits erklärt, daß die Junta einen zentralen Wahlrat einsetzen werde, der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung bis 1982 vorbereiten soll.

Neue Überfälle Südafrikas auf Angola und Mozambique

lup. Auf die Ausweisung von sechs amerikanischen Diplomaten hin hat die US-Regierung einen Mozambique zugesagten Kredit von 5 Mio $ storniert, mit dem der Kauf von 15700 Tonnen Weizen und 3800 Tonnen Reis finanziert werden sollte. Mozambique hatte den amerikanischen Botschaftsangehörigen Spionagetätigkeiten im Zusammenhang mit dem südafrikanischen Überfall vor einigen Wochen vorgeworfen. Während die USA nun Mozambique auszuhungern suchen, setzt das südafrikanische Regime, dessen Chef nun auch eine Einladung in die USA erhalten hat, seine Angriffe fort. Mit aus der Luft herangeführten Truppen griff Südafrika ein Lager in der Nähe der angolanischen Stadt Lubango an. Über den Angriff in Mozambique erklärte das südafrikanische Regime, „unabsichtlich" seien Soldaten auf mozambikanisches Territorium gelangt.

Reagan jetzt offiziell für Unterstützung der UNITA

lup. Die Regierung Reagan hat jetzt offiziell vom amerikanischen Kongreß verlangt, das 1975 erlassene Gesetz aufzuheben, das der Regierung die Unterstützung der angolanischen UNITA untersagte. Staatssekretär Buckley erklärte dazu, dieses Gesetz stelle eine „einmalige und ungewöhnliche Beschränkung" für die Regierung gegenüber einem Land dar. Es geht Reagan offenbar darum, unbeschränkt intervenieren zu können. 1975 hatten die USA eine südafrikanische Intervention und die UNITA, die damals mit Südafrika kooperierte, unterstützt, beides hatte der Sowjetunion den willkommenen Vorwand für ihre Intervention mit kubanischen Söldnern geliefert. Der zimbabwische Ministerpräsident Mugabe erklärte letzte Woche erneut, eine amerikanische Unterstützung der UNITA wäre äußerst widerwärtig und würde die Beziehung Afrikas zu den USA schwer schädigen.

Debatte um die Wirtschaftsverfassung Polens

Gesetzentwürfe über die staatlichen Unternehmen und die Selbstverwaltung der Belegschaft

hku. Der Unterausschuß 10 der von der polnischen Regierung berufenen Wirtschaftsreformkommission hat am 11. und 12. März seine Ergebnisse in Form zweier Gesetzesentwürfe veröffentlicht. Nach Vorstellung der Kommission sollen sie bis zum 15. April in der Öffentlichkeit diskutiert werden, um dann überarbeitet dem Sejm vorgelegt zu werden. Zu wichtigen Punkten hat der Ausschuß kontroverse Standpunkte bereits als Varianten formuliert. Auch der Zeitplan ist umstritten.

Auch die Tätigkeit der Wirtschaftsreformkommission ist der Streikbewegung des letzten Jahres geschuldet, die die vielfältigen Reformbestrebungen freigesetzt und die PVAP zu längst fälligen Veränderungen gezwungen hat. Das Abkommen von Gdansk legte im Punkt 6 fest: ,,Wir halten es für geboten, die Arbeiten an einer Wirtschaftsreform erheblich zu beschleunigen. ... Die Wirtschaftsrefom sollte sich auf eine grundlegend größere Selbständigkeit der Betriebe und auf eine echte Teilnahme der Arbeiterselbstverwaltung an der Leitungsarbeit stützen.'' Regierung wie Gewerkschaftsbewegung gehen heute davon aus, daß ohne gründliche Änderungen in der Wirtschaftsverfassung Polens die tiefe ökonomische und politische Krise nicht zu überwinden ist. Parallel zu den langfristigen Ausarbeitungen der Kommission hat die Regierung daher schon zum 1.1.81 in einer ,,Kleinen Reform'' die Zahl der den Betrieben vorgegebenen Kennziffern drastisch reduziert.

Die Reformkommission hat im Januar ihre Zielvorstellungen in allgemeiner und vager Form dargelegt. Dazu gehören u.a.: Konzentration der staatlichen Organe auf die *strategische* Planung unter demokratischer Mitwirkung, sowie auf Kontrollaufgaben; größere Rolle der lokalen Staatsorgane; Selbständigkeit der Betriebe, die nach dem Prinzip der Effektivität arbeiten müssen und dazu wesentlich durch ökonomische Hebel angehalten werden; das Preissystem muß die tatsächliche Wertschöpfung und die Kosten wiedergeben, daher Aufgabe der Subventionspreise, Angleichung an den Weltmarkt, entsprechende Änderungen im Lohn; Konvertierbarkeit des Zloty, wenn das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt ist; progressive Einkommensbesteuerung. Die beiden jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe sind die ersten konkreten Ausarbeitungen; sie beziehen sich nur auf das Verhältnis der staatlichen Unternehmen zu den Staatsorganen wie auf die Entscheidungsstrukturen im Unternehmen. Fragen der Preisgestaltung, Steuern, Materialwirtschaft usw. werden noch ausgeklammert.

Zum Gesetz ,,Über die staatlichen Unternehmen'': damit würde die rechtliche Stellung der Unternehmen zum ersten Mal in Polen exakt geregelt. Es existiert lediglich ein sehr allgemein gehaltenes Dekret von 1950. Die Staatsorgane hatten sich in der damaligen Phase der Verstaatlichung und der forcierten Industrialisierung *alle* Rechte genommen, und für die ganze Periode danach waren beliebige, willkürliche Eingriffe der Staatsorgane in die Tätigkeit der Betriebe, im Großen bis ins Einzelne, das herrschende Gesetz. Die Unternehmen antworteten meist mit ebenso willkürlichen und planwidrigen Maßnahmen: die besondere Anarchie dieser staatskapitalistischen Produktionsweise. Dagegen führt der Gesetzentwurf den Hauptstoß, und hier wird die Kommission sich auch einig gewesen sein: ohne Selbständigkeit der Betriebe ist jede Form von Arbeiterselbstverwaltung ein Witz.

Der Gesetzentwurf ,,Über die Selbstverwaltung der Belegschaften'' würde das Gesetz ,,Über die Arbeiterselbstverwaltung'' von 1958 ablösen. Mit diesem Gesetz hatte Gomulka die Zerschlagung der Rätebewegung von 1956 vollendet – an die die gegenwärtige Debatte wiederum anknüpfen kann (vgl. die Dokumente von 1956 in: Koenen u.a., ,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot'', S. 118 f.). Gomulka setzte an die Stelle von Arbeiterräten ,,Konferenzen der Arbeiterselbstverwaltung'', die aus – keineswegs frei gewählten – Vertretern der Belegschaft, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der PVAP-Betriebszelle bestehen. Diese ,,Arbeiterselbstverwaltung'' war praktisch nichts als eine weitere Auswucherung des Staats- und Parteiapparates und sank daher schnell zur Bedeutungslosigkeit herab.

In Polen wird davon gesprochen, die Reformvorstellungen lägen ,,zwischen Ungarn und Jugoslawien''. Damit sind wohl auch die verschiedenen Kräfte in der Reformbewegung gemeint. Aber man tut sicher gut daran, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Umwälzungen in der Wirtschaftsverfassung nicht nur unter dem aktuellen Gesichtspunkt des Klassenkampfes in Polen zu verfolgen. Sie sind auch für die Frage von Bedeutung, wie denn die produzierende Klasse die gesellschaftliche Produktion leiten und organisieren soll. Man kann ja nicht sagen, daß sie rundweg gelöst wäre.

Über das staatliche Unternehmen

Ein staatliches Unternehmen ist eine organisatorische Grundeinheit der Volkswirtschaft. Als selbständige Organisation, die eine juristische Person darstellt, umfaßt sie ein organisiertes Kollektiv von Werktätigen und einen zugeteilten Teil des gesamtnationalen Vermögens.

Staatliche Unternehmen werden von zentralen oder lokalen Organen der Staatsverwaltung gebildet (dem ,,Gründungsorgan''). Das Unternehmen arbeitet nach einem Statut, das die innere Organisation, das System der innerbetrieblichen Kontrolle und die Rechtsbeziehungen zwischen den Einheiten des Betriebes festlegt. Das Statut wird vom Belegschaftsrat (dazu unten) beschlossen und vom Gründungsorgan bestätigt. *Variante:* Keine Bestätigung notwendig.

Der Zweck eines staatlichen Unternehmens sind herstellende oder dienstleistende Aktivitäten zum Zweck der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Grundlegende Bedingung dafür ist wirtschaftliche Effektivität. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, wird das Unternehmen in rechtlich geregelter Form nach Prüfung einer gemischten Kommission vom Gründungsorgan aufgelöst. Es kann auch zusammengelegt oder geteilt werden.

Der Direktor des Unternehmens trifft seine Entscheidungen selbständig und unter persönlicher Verantwortung. Sein Verantwortungsbereich umfaßt die gesamte Tätigkeit des Unternehmens. Der Direktor wird vom Gründungsorgan berufen und abberufen. *Varianten:* Das Gründungsorgan beruft nach Konsultation mit dem Belegschaftsrat; *oder* das Gründungsorgan beruft auf Antrag des Belegschaftsrates; *oder* der Belegschaftsrat beruft auf Antrag des Gründungsorganes *oder* der Belegschaftsrat beruft nach Ausschreibung der Stelle.

Das Gründungsorgan stattet das Unternehmen mit Vermögen aus. Das Unternehmen wirtschaftet damit, ist verpflichtet, es zu schützen und effektiv zu nutzen. Das Gründungsorgan hat kein Recht, dem Unternehmen Mittel zu entziehen, die Teil des anvertrauten Vermögens sind. Ausnahme: notorisch mangelhafte Bewirtschaftung.

Das Unternehmen übt seine Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Zielen des ökonomischen und gesellschaftlichen Volksplanes aus. Es wirkt auf Grundlage eines Planes, der vom Belegschaftsrat beschlossen wird. Der Plan muß berücksichtigen: die Bedürfnisse der Gesellschaft für die Produkte, den gesellschaftlichen Gesamtplan, die Regeln der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Planauflagen für die Landesverteidigung, die Exportverpflichtungen und in bezug auf grundlegende Rohstoffe müssen respektiert werden.

Über die Selbstverwaltung der Belegschaft

Die verfassungsmäßig garantierte Beteiligung der Belegschaft an der Verwaltung der Unternehmen ist ein Recht der Belegschaft und kann nicht auf politische Organisationen oder Gewerkschaften bezogen werden.

Die Belegschaft beteiligt sich *direkt* durch die Vollversammlung des Unternehmens oder dessen Organsationseinheiten (Werkstatt, Labor, Abteilung etc.). Die Vollversammlung kann die Organe der Selbstverwaltung ganz oder teilweise abberufen. – Die Belegschaft beteiligt sich *indirekt* durch den Belegschaftsrat (im folgenden BR). Der BR wird von den Werktätigen in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Er hat 25 Mitglieder. Die Wahlperiode dauert 2 Jahre. – Jeder Werktätige hat aktives Wahlrecht, jeder kann Kandidaten vorschlagen. Alle, die zwei Jahre im Betrieb sind, haben passives Wahlrecht, ausgenommen der Direkter und seine Stellvertreter, die Abteilungsleiter und der Hauptbuchhalter. – Ohne Zustimmung des BR kann kein Mitglied des BR entlassen werden.

Das Statut des BR wird von der gesamten Belegschaft in einem Referendum bestätigt. Der BR wählt einen Vorsitzenden und Stellvertreter. Beschäftigte, die in Gewerkschaft oder Parteien führende Stellungen haben, können nicht Vorsitzender werden. – Der BR kann Kommissionen bilden, in die er auch Experten von außerhalb des Unternehmens berufen kann.

Der BR beschließt über: den Jahresplan und mehrjährige Pläne des Unternehmens; die Annahme der Jahresbilanz; Investitionen aus eigenen Mitteln; Statut des Unternehmens; Bildung von Kultureinrichtungen.

Der BR muß zustimmen zu: Berufung des Direktors (Varianten s.o.); Änderungen der Richtung der Tätigkeit des Unternehmens; Verteilung von Mitteln auf Sozialfond, Entwicklungsfond und Reservefond; die Prinzipien der Nutzung dieser Fonds.

Der BR hat das Recht, dem Direktor in allen Fragen des Unternehmens Anträge zu unterbreiten. Der Direktor ist binnen zwei Wochen zur Stellungnahme verpflichtet. *Variante:* keine Frist.

Der BR ist auf Anforderung des Direktors verpflichtet, Stellung zu nehmen zu: Vertragsschließungen mit anderen Unternehmen; Fragen des Schutzes der Umwelt und der Konsumenteninteressen; der Investitionen; der Verteilung der Mittel für soziale Leistungen; der Wohnungszuteilung.

Der BR hat das uneingeschränkte Recht auf Kontrolle der Tätigkeit des Direktors, Kontrolle der Material- und Finanzwirtschaft, der Plandurchführung, der Einhaltung der Lohndisziplin und der Arbeitsnormen. Bei mangelnder Konsultation mit dem BR sind Entscheidungen des Direktors von vornherein nichtig.

Der Direktor ist Vollstrecker der Beschlüsse des Belegschaftsrates. Der Direktor hat das Recht, die Ausführung von Beschlüssen des BR zu unterbinden, wenn sie rechtswidrig sind oder gegen gesamtgesellschaftliche Interessen verstoßen. Der BR kann zur Klärung eine Schiedsstelle mit neutralem Schlichter anrufen. *Varianten:* staatliche Schiedsstelle, *oder*: Gründungsorgan hat das Recht, Entscheidungen des BR aufzuheben.

Der BR arbeitet mit den Gewerkschaften zusammen in Sachen der Betriebsordnung, des Wettbewerbes, der Einhaltung der Arbeitsnormen und in sozialen Fragen.



Die Organe der Streikbewegung hatten in vielem Rätecharakter (Lenin-Werft).

chm. Die erfolgreiche Entführung eines pakistanischen Flugzeugs hat die
Opposition formiert sich in Pakistan
ner und vager Form dargelegt. Dazu gehören u.a.: Konzentration der staatlichen Organe auf die strategische Planung unter demokratischer Mitwirkung, sowie auf Kontrollaufgaben; größere Rolle der lokalen Staatsorgane; Selbständigkeit der Betriebe, die nach dem Prinzip der Effektivität arbeiten müssen und dazu wesentlich durch ökonomische Hebel angehalten werden; das Preissystem muß die tatsächliche Wertschöpfung und die Kosten wiedergeben, daher Aufgabe der Subventionspreise, Angleichung an den Weltmarkt, entsprechende Änderungen im Lohn; Konvertierbarkeit des Zloty, wenn das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt ist; progressive Einkommensbesteuerung. Die beiden jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe sind die ersten konkreten Ausarbeitungen; sie beziehen sich nur auf das Verhältnis der staatlichen Unternehmen zu den Staatsorganen wie auf die Entscheidungsstrukturen im Unternehmen. Fragen der Preisgestaltung, Steuern, Materialwirtschaft usw. werden noch ausgeklammert.
Zum Gesetz ,,Über die staatlichen Unternehmen'': damit würde die rechtliche Stellung der Unternehmen zum ersten Mal in Polen exakt geregelt. Es existiert lediglich ein sehr allge-
tung und der PVAP-Betriebszelle bestehen. Diese ,,Arbeiterselbstverwaltung'' war praktisch nichts als eine weitere Auswucherung des Staats- und Parteiapparates und sank daher schnell zur Bedeutungslosigkeit herab.
In Polen wird davon gesprochen, die Reformvorstellungen lägen ,,zwischen Ungarn und Jugoslawien''. Damit sind wohl auch die verschiedenen Kräfte in der Reformbewegung gemeint. Aber man tut sicher gut daran, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Umwälzungen in der Wirtschaftsverfassung nicht nur unter dem aktuellen Gesichtspunkt des Klassenkampfes in Polen zu verfolgen. Sie sind auch für die Frage von Bedeutung, wie denn die produzierende Klasse die gesellschaftliche Produktion leiten und organisieren soll. Man kann ja nicht sagen, daß sie rundweg gelöst wäre.
Über das staatliche Unternehmen
Ein staatliches Unternehmen ist eine organisatorische Grundeinheit der Volkswirtschaft. Als selbständige Organisation, die eine juristische Person darstellt, umfaßt sie ein organisiertes Kollektiv von Werktätigen und einen zugeteilten Teil des gesamtnationalen Vermögens.
legschaftsrat; oder das Gründungsorgan beruft auf Antrag des Belegschaftsrates; oder der Belegschaftsrat beruft auf Antrag des Gründungsorganes oder der Belegschaftsrat beruft nach Ausschreibung der Stelle.
Das Gründungsorgan stattet das Unternehmen mit Vermögen aus. Das Un-
nehmens oder dessen Organsationseinheiten (Werkstatt, Labor, Abteilung etc.). Die Vollversammlung kann die Organe der Selbstverwaltung ganz oder teilweise abberufen. – Die Belegschaft beteiligt sich indirekt durch den Belegschaftsrat (im folgenden BR). Der BR wird von den Werktätigen in allgemei-
die aus der Außenverschuldung aufgelaufenen Zinsen mühsam zu tilgen. Der
rektors verpflichtet, Stellung zu nehmen zu: Vertragsschließungen mit anderen Unternehmen; Fragen des Schutzes der Umwelt und der Konsumenteninteressen; der Investitionen; der Verteilung der Mittel für soziale Leistungen; der Wohnungszuteilung.
Der BR hat das uneingeschränkte Recht auf Kontrolle der Tätigkeit des Direktors, Kontrolle der Material- und Finanzwirtschaft, der Plandurchführung, der Einhaltung der Lohndisziplin und der Arbeitsnormen. Bei mangelnder Konsultation mit dem BR sind Entscheidungen des Direktors von vornherein nichtig.
Der Direktor ist Vollstrecker der Beschlüsse des Belegschaftsrates. Der Direktor hat das Recht, die Ausführung von Beschlüssen des BR zu unterbinden, wenn sie rechtswidrig sind oder gegen gesamtgesellschaftliche Interessen verstoßen. Der BR kann zur Klärung eine Schiedsstelle mit neutralem Schlichter anrufen. Varianten: staatliche Schiedsstelle, oder: Gründungsorgan hat das Recht, Entscheidungen des BR aufzuheben.
Der BR arbeitet mit den Gewerkschaften zusammen in Sachen der Betriebsordnung, des Wettbewerbes, der Einhaltung der Arbeitsnormen und in sozialen Fragen.
Die Organe der Streikbewegung hatten in vielem Rätecharakter (Lenin-Werft).

Opposition formiert sich in Pakistan

Demonstrationen der Studenten, Lehrer und Juristen / Oppositionsparteien schließen Bündnis

chm. Die erfolgreiche Entführung eines pakistanischen Flugzeugs hat die Aufmerksamkeit auf die innenpolitischen Verhältnisse in Pakistan gelenkt. Die Entführer gaben an, einer Organisation anzugehören, die Alam-i-Zulfikar heißt, also das Banner Zulfikars. Zulfikar ist der Vorname des ehemaligen pakistanischen Ministerpräsidenten Bhutto, der 1979 von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist. Seit seiner Hinrichtung scheint die von ihm gegründete Partei, Pakistan's People's Party, PPP, die nun von seiner Frau Nusrat geführt wird, an Boden gewonnen zu haben. Boden, den sie bei den Wahlen von 1977, kurz vor dem Militärputsch unter Führung von Zia ul Haq, verloren hatte.

Zwei Söhne Bhuttos leben seit 1979 in Afghanistan und haben gute Beziehungen zur Regierung Karmal. Einer von ihnen, Murtaza, trat als Führer der Organisation Alam-i-Zulfikar auf, die er als Nachfolgeorganisation der von ihm im April 1979, einen Monat nach der Hinrichtung seines Vaters gegründeten PLA (Pakistan Liberation Army) deklarierte. In Pakistan selbst hat die PPP Anfang Februar zusammen mit anderen acht Parteien, die ebenfalls verboten sind, eine Front zur Wiederherstellung der Demokratie gegründet. Sie fordern die Beendigung des Ausnahmezustands, die Aufhebung des Kriegsrechts und der Pressezensur und freie Wahlen innerhalb von 3 Monaten. Für diese Zeit bis zu den Wahlen soll eine Übergangsregierung gebildet werden aus Vertretern der neun an der Front beteiligten Parteien. Die Regierung Zia ul Haq fordern sie zum Rücktritt auf. Für den 23.3., dem Nationalfeiertag Pakistans, rufen sie zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams auf und zum Generalstreik.

Unterstützung scheint diese Front unter den Studenten und den kleinbürgerlichen Schichten in den Städten zu haben. Sie könnte auch einen gewissen Anhang unter den nationalen Minderheiten wie z.B. in Belutschistan und Paschtunistan gewinnen, den zwei Provinzen, die am stärksten unter den Zentralisierungsmaßnahmen der Militärregierung zu leiden hatten. Unklar ist noch, inwieweit unter den pakistanischen Arbeitern diese Front eine Basis gewinnen kann. Bisher hat sich nur die größte Gewerkschaft geäußert, die Gewerkschaft der Eisenbahner. Ohne sich direkt auf die Front zu beziehen hat sie allgemeine und freie Wahlen, die Aufhebung des Kriegsrechts und das Streikrecht gefordert.

Dieser Versuch der Vereinheitlichung unter den politischen Parteien findet statt unter den Bedingungen einer starken Massenbewegung gegen die Regierung Zia ul Haqs, die sich aus verschiedenen Kanälen speist. Besonders stark ist sie an den Universitäten. Die Studentendemonstrationen begannen Anfang Januar in Multan, im Pandjab. Danach folgten Demonstrationen in Karatschi, Lahore, Peschawar und schließlich in Rawalpindi vor den Toren der Hauptstadt Islamabad. All diese Universitäten sind inzwischen von der Regierung auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Versammlungen von mehr als 5 Personen sind verboten.

Von den Studenten der Universität Rawalpindi gibt es Erklärungen, die die Front zur Wiederherstellung der Demokratie unterstützen. Bei den Wahlen zum Studentenparlament im vergangenen November hatten gerade in Peschawar und Rawalpindi Mitglieder und Sympathisanten der PPP die Studentenvertreter der Jamaat-i-Islam, der reaktionären islamischen Staatspartei, geschlagen. Diese forderte daraufhin die Regierung auf, ,,antiislamische Propaganda'' an den Universitäten zu verbieten, und schickte ihre Milizorganisation ,,Donnerbataillon'' gegen die Studenten vor.

Empörung über die Militärherrschaft Zia ul Haqs herrscht aber nicht nur unter den Studenten. Seit dem 1.1.1981 streiken die Lehrer einen Tag in der Woche, um gegen ein neues Personalgesetz zu protestieren, das der Regierung erlaubt, willkürlich, gerade an den Universitäten, Lehrer einzustellen oder zu entlassen, sie jederzeit zu versetzen, ohne ihnen irgendwelche Berufungsmöglichkeiten zu gewähren.

Auch die Juristen sind unzufrieden. Die Vorherrschaft der Militärgerichte hindert sie daran, ihren Beruf richtig auszuüben. (Inzwischen werden auch Strafsachen wie Mord, Diebstahl und der nach islamischen Recht zu bestrafende Ehebruch vor den Militärgerichten verhandelt.) Der erste große Streik der Rechtsanwälte fand schon im vergangenen Juni statt. Am 2.3., also an demselben Tag, an dem das Flugzeug der pakistanischen Fluggesellschaft entführt wurde, riefen die Rechtsanwälte gemeinsam mit den Richtern zu einer nationalen Protestaktion gegen die Rechtsprechung der Militärgerichte auf. Sie stellten die Forderung auf nach Boykott der Gerichte, Freilassung aller politischen Gefangenen und Aufhebung des Kriegsrechts.

Die Reaktion der pakistanischen Regierung auf die inneren Unruhen war bisher die, daß es zuallererst gelte, die äußere Bedrohung des Landes, die seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan akut geworden ist, abzuwenden. Nach dem Zusammenschluß der Opposition erklärte Zia, daß die Forderung nach freien Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt das Land dem äußeren Feind öffnen würde, obwohl er prinzipiell nichts dagegen hätte. Tatsächlich ist es so, daß die Lage in Afghanistan die inneren Widersprüche in Pakistan selbst verschärft hat: Der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen hat Anfang des Jahres die Zahl der afghanischen Flüchtlinge mit 1 Mio. angegeben. Sie sind konzentriert in Paschtunistan und in Belutschistan, den zwei Provinzen, in denen die Zentralregierung gewaltsam versucht, die Autonomiebestrebungen der Bevölkerung zu unterdrücken. Die Flüchtlinge haben auch die Wirtschaftskrise des Landes verschärft. Jedes Jahr verlassen ca. 100000 Arbeiter das Land, vor allem wandern sie in die Ölstaaten am Golf aus. Pakistan erhält zwar seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan finanzielle Unterstützung von Saudiarabien. Aber diese reicht gerade, um die aus der Außenverschuldung aufgelaufenen Zinsen mühsam zu tilgen. Der Hauptgläubiger, die USA, hatten bisher jede Umschuldung abgelehnt. Von Carters Nachfolger, Reagan, erhofft sich das Militärregime größere Unterstützung. Der International Herald Tribune schrieb, daß Reagan bereit sei, 1 Mrd. Dollar als Kredit an die pakistanische Regierung zu zahlen, vor allem um die Armee neu auszurüsten. Die pakistanische Regierung fordert von der USA die Umwandlung der Sicherheitsvereinbarung, die 1969 abgeschlossen wurde, in einen regelrechten Sicherheitspakt. Das würde tatsächlich den Ausverkauf der pakistanischen Nationalinteressen an den US-Imperialismus bedeuten. Zu diesem Schritt hat sich die pakistanische Regierung allem Anschein nach entschlossen, nachdem ihr Versuch, durch die Vermittlung der UNO Dreierverhandlungen mit Iran und Afghanistan einzuleiten, fehlgeschlagen ist. Während Bani Sadr durchaus gewillt ist, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, hat sich die iranische Mehrheitspartei IRP dagegen ausgesprochen. Das Karmalregime hat seinerseits abgelehnt, auf Grundlage der 4 Prinzipien der UNO-Resolution zu verhandeln: Politische Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans, Wahl der Regierung durch das afghanische Volk ohne äußere Einmischung und Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan. Bis jetzt sind diese vier Prinzipien für Pakistan unverzichtbar.

Die Armee hat bisher die Kontrolle noch nicht verloren in Pakistan. Die Isolierung der Militärregierung wird größer, da sie sich nicht an die Massen stützen kann, es sei denn sie gibt ihren Anspruch auf Alleinherrschaft auf. Eine stärkere Abhängigkeit vom US-Imperialismus zeichnet sich ab.

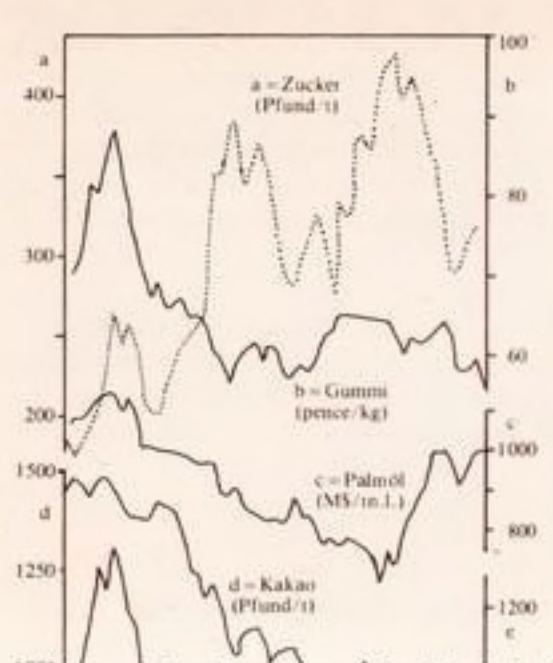
Rohstoffverhandlungen 1981: Für die Neue Weltwirtschaftsordnung entscheidend

3. Welt will Integrierten Rohstoffonds / Imperialisten unterlaufen Abkommen

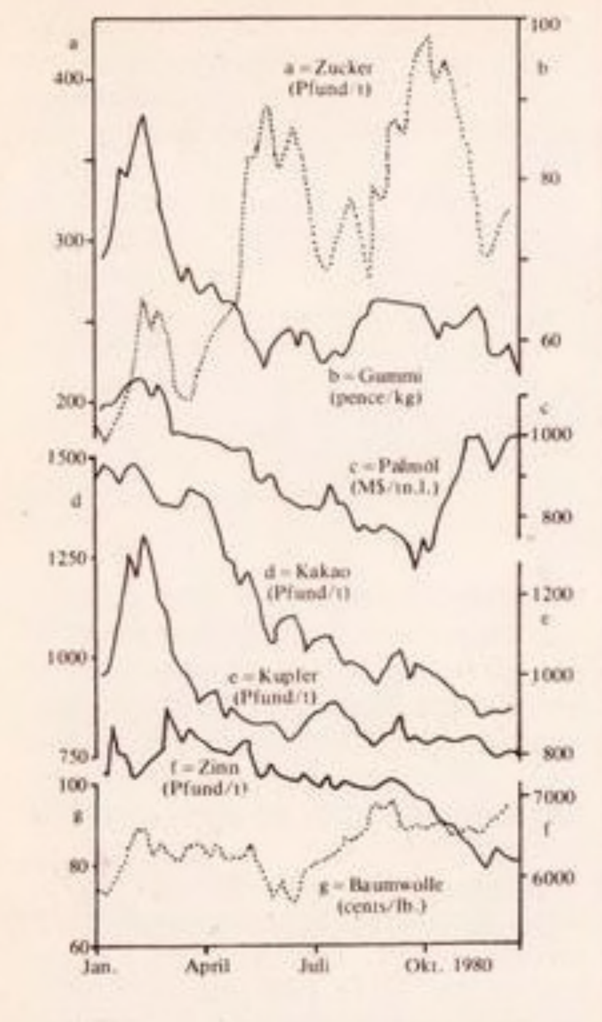
mat. Sydney. In den kommenden Monaten stehen mehrere Rohstoffabkommen zur Verhandlung an. Gefordert werden solche Abkommen von der 3. Welt, die dadurch eine langfristige Stabilisierung der Rohstoffpreise erreichen will.

Die Ergebnisse der Verhandlungen des vergangenen Jahres – unter anderem waren Verträge für Zinn, Kaffee und Kakao beraten worden – deuten darauf hin, daß die Imperialisten die Absicht haben, alle wichtigen Abkommen platzen zu lassen. Die unterschiedlichen Interessen erklären sich aus den unterschiedlichen Auswirkungen, die die Entwicklung der Rohstoffpreise auf Produzenten und Konsumenten hat.

Schwankungen in Angebot und Nachfrage, ausgelöst durch die periodischen Krisen des kapitalistischen Weltmarktes, führen bei Rohstoffen zu Preisschwankungen, die bei industriellen Produkten unvorstellbar sind. So betrug zwischen 1970 und 1977 die Schwankungsbreite der Preise für Gummi 200%, Palmöl und Tee 270%, Zinn und Kokosöl 300%, Zucker 600%. Wie groß selbst kurzfristige Preisschwankungen sein können, zeigt das Schaubild, das nur die 12 Monate des vergangenen Jahres umfaßt. Während die Nachfrage nach Rohstoffen im wesentlichen von den Zyklen der kapitalistischen Produktion auf Weltmaßstab bestimmt wird, gehen bei der Angebotsseite produktspezifische Faktoren ein. Bei landwirtschaftlichen Produkten wie Zucker, die jährlich neu angebaut werden, können ungünstige Witterungsbedingungen das Ernteergebnis eines Jahres stark beeinflussen; derartige Rohstoffe unterliegen deshalb den kurzfristigen Preisschwankungen. Bei Gummi, Kakao und anderen Landwirtschaftsprodukten, deren Pflanzungen eine Lebensdauer von einigen Jahrzehnten haben, bewirkt das Auf und Ab der Konjunktur Schwankungen in der Erneuerungsrate der Pflanzungen, die sich auf das Angebot mittelfristig auswirken, so daß die Preisänderungen in längeren Perioden vor sich gehen. Das Angebot bei mineralischen Rohstoffen wird weitgehend von der Lagerhaltung der Konsumenten bestimmt, wobei die Drohung der USA, ihre Lager durch Verkäufe abzubauen, gegenwärtig starken Druck auf die Preise ausübt.



stige Witterungsbedingungen das Ernteergebnis eines Jahres stark beeinflussen; derartige Rohstoffe unterliegen deshalb den kurzfristigen Preisschwankungen. Bei Gummi, Kakao und anderen Landwirtschaftsprodukten, deren Pflanzungen eine Lebensdauer von einigen Jahrzehnten haben, bewirkt das Auf und Ab der Konjunktur Schwankungen in der Erneuerungsrate der Pflanzungen, die sich auf das Angebot mittelfristig auswirken, so daß die Preisänderungen in längeren Perioden vor sich gehen. Das Angebot bei mineralischen Rohstoffen wird weitgehend von der Lagerhaltung der Konsumenten bestimmt, wobei die Drohung der USA, ihre Lager durch Verkäufe abzubauen, gegenwärtig starken Druck auf die Preise ausübt.



Viele Länder der 3. Welt sind bei dem Versuch, eine ausgewogene nationale Wirtschaft aufzubauen, auf den Export einiger weniger Rohstoffe angewiesen. Mancher Fünfjahresplan, der auf geschätzten Einnahmen aus Rohstoffexport beruhte, ist durch die Preisschwankungen zunichte gemacht worden. Um die gesteckten Ziele nicht zu gefährden, mußten die Regierungen bei der Weltbank oder privaten Großbanken Kredite aufnehmen, in der Regel dann zu schlechtesten Bedingungen und oft mit direkten Auflagen für Änderungen des Wirtschaftsplans zugunsten der Imperialisten verbunden. Die 3. Welt fordert deshalb seit Jahren ein Integriertes Rohstoffabkommen, das die Preise der wichtigsten Rohstoffe stabilisiert. Die Imperialisten sind ebenso hartnäckig dagegen. Eine Studie der BRD zur Vierten Sitzung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die 1976 in Nairobi stattfand, stellt dazu fest: Zwar seien die Preisschwankungen ein Ärgernis, aber im großen und ganzen gingen die Preise mehr nach unten als nach oben, so daß die westdeutschen Industriellen im Schnitt Gewinn davon hätten. Tatsächlich haben sich die internationalen Austauschbeziehungen (terms of trade) ständig zuungunsten der 3. Welt verändert. So ist die Menge der Waren, die südostasiatische Länder für ihre Rohstoffe eintauschen können, von 1970 bis 1977 um fast 20% gesunken.

Ein Zusammenschluß der Rohstoffproduzenten kann die Möglichkeit eröffnen, die Unterschiede in den Preiszyklen der Rohstoffe zu gegenseitiger Unterstützung zu nutzen. Abschöpfungen bei Rohstoffen, deren Preise hoch stehen, können zur Finanzierung von Preisstützungsmaßnahmen für Rohstoffe genutzt werden, die von Preisverfall bedroht sind. Auf der UNCTAD-Konferenz in Nairobi sahen sich die Imperialisten zum ersten Mal einer Initiative für einen solchen Zusammenschluß gegenüber. Die Gruppe der 77, in der sich die Länder der 3. Welt, die in der UNO vertreten sind, zusammengeschlossen haben (heute umfaßt sie 119 Mitglieder), forderte eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Sie legte einen Plan zur Stabilisierung der Rohstoffpreise vor, der internationale Abkommen für 18 Rohstoffe sowie die Bildung eines Integrierten Rohstoff-Fonds vorsah, der von einer internationalen Behörde verwaltet werden sollte. Die Behörde sollte Mindest- und Höchstpreise für die 18 Rohstoffe festlegen und ein sogenanntes erstes und zweites Fenster schaffen, mit denen die Einhaltung der festgelegten Preisspannen erreicht werden sollte. Das erste Fenster sollte alle Rohstoffe umfassen, die lagerfähig sind, und von ihnen Reservelager anlegen. Droht der Preis unter den Mindestpreis zu fallen, sollte er durch Aufkäufe des Fonds und Erhöhung des Lagerbestands gestützt werden; ebenso sollte ein Steigen über den Höchstpreis durch Verkäufe aus dem ersten Fenster verhindert werden. Das zweite Fenster sollte der Preisstützung für nicht lagerfähige Rohstoffe dienen und eine Finanzreserve umfassen, die bei Preisverfall für Kredite zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stehen sollte. Um die weitere Verschlechterung der terms of trade aufzuhalten, sollte der Fonds alle Rohstoffe regelmäßig der Preisentwicklung bei den wichtigsten Industriewaren anpassen.

Die imperialistischen Konsumentenländer bezeichneten den Fonds als überflüssig und verwiesen auf Weltbank und andere Kreditmöglichkeiten. Sie seien ausreichend, sagten sie, um schwierige Zeiten zu überbrücken. Der Vorschlag der „Gruppe der 77" zielte aber gerade darauf, von dem Finanzdiktat der imperialistischen Banken und der von den Imperialisten kontrollierten Weltbank loszukommen und eine Organisation zu schaffen, in der die Finanzmittel von den reichen Ländern gestellt werden, die Bedingungen der Kreditvergabe und Preisfestsetzung aber nicht gegen die Mehrheit der Länder der Welt durchgesetzt werden können. Mit der Verabschiedung der Resolution 93/VI in Nairobi erreichten sie, daß das UNCTAD-Sekretariat mit der Durchführung von Verhandlungen über ein Integriertes Rohstoffprogramm beauftragt wurde.

nalen Behörde verwaltet werden sollte. Die Behörde sollte Mindest- und Höchstpreise für die 18 Rohstoffe festlegen und ein sogenanntes erstes und zweites Fenster schaffen, mit denen die Einhaltung der festgelegten Preisspannen erreicht werden sollte. Das erste Fenster sollte alle Rohstoffe umfassen, die lagerfähig sind, und von ihnen Reservelager anlegen. Droht der Preis unter den Mindestpreis zu fallen, sollte er durch Aufkäufe des Fonds und Erhöhung des Lagerbestands gestützt werden; ebenso sollte ein Steigen über den Höchstpreis durch Verkäufe aus dem ersten Fenster verhindert werden. Das zweite Fenster sollte der Preisstützung für nicht lagerfähige Rohstoffe dienen und eine Finanzreserve umfassen, die bei Preisverfall für Kredite zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stehen sollte. Um die weitere Verschlechterung der terms of trade aufzuhalten, sollte der Fonds alle Rohstoffe regelmäßig der Preisentwicklung bei den wichtigsten Industriewaren anpassen.

Die imperialistischen Konsumentenländer bezeichneten den Fonds als überflüssig und verwiesen auf Weltbank und andere Kreditmöglichkeiten. Sie seien ausreichend, sagten sie, um schwierige Zeiten zu überbrücken. Der Vorschlag der „Gruppe der 77" zielte aber gerade darauf, von dem Finanzdiktat der imperialistischen Banken und der von den Imperialisten kontrollierten Weltbank loszukommen und eine Organisation zu schaffen, in der die

Das Abkommen von 1979

In den folgenden Jahren kam es zu harten Auseinandersetzungen um die Aufteilung der Einzahlungen und Stimmverhältnisse. Das Ergebnis dreijähriger Verhandlungen, über das 1979 Einigkeit erzielt wurde, ist im Schaubild dargestellt. Es enthält in mehreren Punkten Kompromisse.

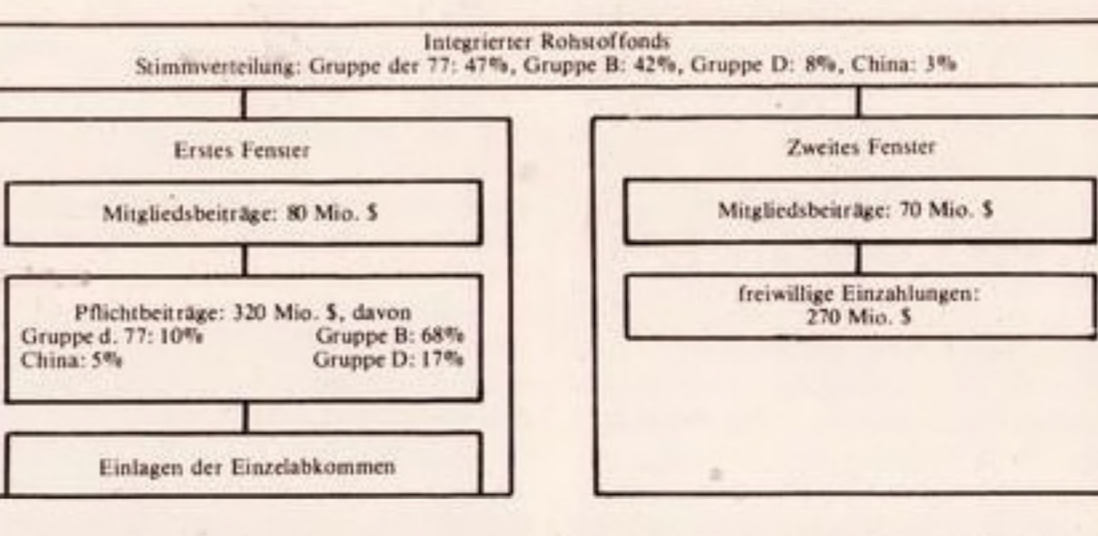
Stimmenverteilung: Die „Gruppe der 77" hatte 50% der Stimmen für sich gefordert, 40% sollten an die westlichen Industrieländer – die sogenannte „Gruppe B" – gehen, 8% an die Sowjetunion und Osteuropa – die „Gruppe D" – und 2% an China. Da China als sozialistisches Land der 3. Welt ein sicherer Verbündeter der „Gruppe der 77" ist, konnten 50% der Stimmen für die 3. Welt in dem Abkommen gesichert werden. Allerdings konnten die Imperialisten erreichen, daß wichtige Finanzbeschlüsse eine ¾ – Mehrheit erfordern und die meisten übrigen Beschlüsse eine ⅔-Mehrheit. Die Zustimmung zu dieser Regelung erlaubte es der 3. Welt, die Front der Imperialisten zu spalten und die beiden Supermächte mit ihrem grundsätzlichen Einspruch gegen die Errichtung des Fonds zu isolieren.

Mitgliedsbeiträge: Der erste Vorschlag der „Gruppe der 77" sah Mindesteinzahlungen jedes Landes von 0,2 Mio. $ vor. Die Imperialisten betrachteten diese Summe als Höchstbetrag. Nach einem Angebot der OPEC-Länder, anderen Ländern der 3. Welt bei der Finanzierung ihres Anteils behilflich zu sein, erhöhte die „Gruppe der 77" den von ihr geforderten Mindestbeitrag auf 1 Mio. $ und konnte dies im Abkommen durchsetzen. Bei 150 zu erwartenden Mitgliedsländern ergibt das 150 Mio. $, von denen 80 Mio. $ der Finanzierung des ersten Fensters dienen, 70 Mio. $ der Finanzierung des zweiten Fensters.

Nach der Übereinkunft von 1979 ist eine Einlage Voraussetzung für den Beitritt, doch ist Überziehung bis zum Dreifachen der Einlage gestattet.

Insgesamt scheint die Finanzierung des ersten Fensters gesichert. Dieser Erfolg für die 3. Welt wird aber durch die schwierige Lage beim zweiten Fenster gefährdet. Nachdem mehrere Industrieländer darauf bestanden, ihren Mitgliedsbeitrag ausschließlich in das erste Fenster einzuzahlen, ist unsicher, ob die geplanten 270 Mio. $ an freiwilligen Einzahlungen in das zweite Fenster in näherer Zukunft aufgebracht werden können.

Zum Zeitpunkt der V. UNCTAD-



Pflichtbeiträge: Sie sind nur für das erste Fenster vorgesehen und müssen überwiegend von den Gruppen B und D aufgebracht werden. Die Aufteilung auf die einzelnen Länder bleibt hier den Gruppen überlassen. Insgesamt beträgt der Anteil der 3. Welt an der Finanzierung des ersten Fensters damit etwa ein Drittel. 37,5% der Pflichtbeiträge müssen bar eingezahlt werden, der Rest verbleibt in den Länderbanken auf Abruf (die Imperialisten hatten 20% Bareinzahlung angeboten, die „Gruppe der 77" hatte 50% gefordert).

Einlagen der Einzelabkommen: Die „Gruppe der 77" hatte gefordert, daß alle Einzelabkommen dem Fonds ohne Bedingungen beitreten und damit das Recht auf volle Finanzierung aller nötigen Preisstützungsmaßnahmen erwerben können. Die Konsumentenländer wollten einen Finanzbeitrag zum ersten Fenster zur Voraussetzung machen und die Möglichkeit, Einzahlungen für Preisstützungsmaßnahmen zu überziehen, auf ⅓ der Einlage beschränken.

Konferenz, die im Mai 1980 in Manila stattfand, waren erst 61 Mio. $ davon aufgebracht, 25 Mio. $ allein durch Einzahlung der Philippinen. Der Grundgedanke des Integrierten Rohstoff-Fonds, gegenseitige Stützung der Rohstoffpreise, ist mit dem Abkommen zwar innerhalb des ersten Fensters durchgesetzt. Er ist aber von zwei Seiten her in Gefahr, in der Praxis unterlaufen zu werden. Die Forderung der 3. Welt, im Bedarfsfall Mittel zwischen beiden Fenster transferieren zu können, konnte nicht durchgesetzt werden. Das schafft für die 3. Welt eine schwierige Lage, weil es Spaltungsmöglichkeiten eröffnet zwischen Ländern, die überwiegend lagerfähige Rohstoffe exportieren, und den Ländern vor allem Afrikas und Asiens, deren Exportprodukte nicht lagerfähig sind. Verschärft wird die Situation vor allem dadurch, daß die „Gruppe der 77" ihre zentrale Forderung nach regelmäßiger Festsetzung der Rohstoffpreise durch den Integrierten Rohstoff-Fonds aufgeben mußte. Die Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen bleibt Aufgabe der 18 Einzelabkommen. Statt mit der geschlossenen Front aller Länder der 3. Welt verhandeln zu müssen, können die Konsumentenländer die Preise mit jeweils nur wenigen Produzentenländern aushandeln. Das vergrößert die Möglichkeiten wirtschaftlicher Erpressung.

Manöver der Imperialisten

Die Entwicklung seit 1979 zeigt, daß die Imperialisten das Abkommen jetzt auf diese Weise zunichte machen wollen. Trotz der Bemühungen der 3. Welt kann der Integrierte Fonds bisher nicht Wirklichkeit werden, weil keines der Einzelabkommen bisher die für den Beitritt notwendigen Mittel beschaffen konnte. Die Mittel des 1979 erneuerten *Zinn*abkommens waren wegen hoffnungslos unrealistischer Interventionspreise schnell erschöpft. Die USA, die große Lager angehäuft haben, sind dem Zinnabkommen 20 Jahre lang ferngeblieben. Das Abkommen läuft am 30. Juni aus. Der gegenwärtige Tiefstand des Zinnpreises bietet keine guten Ausgangsbedingungen für neue Verhandlungen. Bei *Zucker*, der im Gegensatz zu Zinn überwiegend nicht auf dem freien Markt gehandelt wird, sondern zu 80% in langfristigen Lieferverträgen, ist die Lage nicht besser. Die Unsicherheit auf dem freien Markt drückt auf die Preise der langfristigen Abkommen, und eine Mitgliedschaft im Integrierten Fonds ist nicht in Sicht. Das neue *Kakao*abkommen wird aller Voraussicht nach nicht in Kraft treten (KVZ 10/81). Das im Oktober letzten Jahres geschlossene Kaffeeabkommen hat zwar den derzeitigen Preis absichern können, statt eines Reservefonds aber eine Kontrolle der Produktion durch Festlegung nationaler Quoten beschlossen und die Lagerhaltung den einzelnen Produzentenländern überlassen. In den gemeinsamen Fond kann es damit nicht eingebracht werden.

Die Taktik der Imperialisten, auf die Einzelabkommen abzulenken, hat dazu geführt, daß der Integrierte Fonds auf der UNCTAD-Konferenz 1980 kaum behandelt wurde. Angesichts der Bedeutung, die die Einzelabkommen für den Fond haben, ist abzusehen, daß die Imperialisten in den kommenden Verhandlungen alles tun werden, einen Erfolg auch nur eines einzigen solchen Abkommens zu verhindern. Die 3. Welt hat noch einen schwierigen Weg vor sich, bis die Neue Weltwirtschaftsordnung Wirklichkeit wird. Ihre Forderungen sind gerecht und durchführbar. Der Integrierte Fonds kann die Wirkungen der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus auf die Rohstoffe produzierenden Länder nicht beseitigen. Er kann aber verhindern, daß die Imperialisten die Krise erneut zu unbegrenzter Erpressung der 3. Welt nutzen können.

Pflichtbeiträge: Sie sind nur für das erste Fenster vorgesehen und müssen überwiegend von den Gruppen B und D aufgebracht werden. Die Aufteilung auf die einzelnen Länder bleibt hier den Gruppen überlassen. Insgesamt beträgt der Anteil der 3. Welt an der Finanzierung des ersten Fensters damit etwa ein Drittel. 37,5% der Pflichtbeiträge müssen bar eingezahlt werden, der Rest verbleibt in den Länderbanken auf Abruf (die Imperialisten hatten 20% Bareinzahlung angeboten, die „Gruppe der 77" hatte 50% gefordert).

Einlagen der Einzelabkommen: Die „Gruppe der 77" hatte gefordert, daß alle Einzelabkommen dem Fonds ohne Bedingungen beitreten und damit das Recht auf volle Finanzierung aller nötigen Preisstützungsmaßnahmen erwerben können. Die Konsumentenländer wollten einen Finanzbeitrag zum ersten Fenster zur Voraussetzung machen und die Möglichkeit, Einzahlungen für Preisstützungsmaßnahmen zu überziehen, auf ⅓ der Einlage beschränken.

Konferenz, die im Mai 1980 in Manila stattfand, waren erst 61 Mio. $ davon aufgebracht, 25 Mio. $ allein durch Einzahlung der Philippinen. Der Grundgedanke des Integrierten Rohstoff-Fonds, gegenseitige Stützung der Rohstoffpreise, ist mit dem Abkommen zwar innerhalb des ersten Fensters durchgesetzt. Er ist aber von zwei Seiten her in Gefahr, in der Praxis unterlaufen zu werden. Die Forderung der 3. Welt, im Bedarfsfall Mittel zwischen beiden Fenster transferieren zu können, konnte nicht durchgesetzt werden. Das schafft für die 3. Welt eine schwierige Lage, weil es Spaltungsmöglichkeiten eröffnet zwischen Ländern, die überwiegend lagerfähige Rohstoffe exportieren, und den Ländern vor allem Afrikas und Asiens, deren Exportprodukte nicht lagerfähig sind. Verschärft wird die Situation vor allem dadurch, daß die „Gruppe der 77" ihre zentrale Forderung nach regelmäßiger Festsetzung der Rohstoffpreise durch den Integrierten Rohstoff-Fonds aufgeben mußte. Die Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen

hat zwar den derzeitigen Preis absichern können, statt eines Reservefonds aber eine Kontrolle der Produktion durch Festlegung nationaler Quoten beschlossen und die Lagerhaltung den einzelnen Produzentenländern überlassen. In den gemeinsamen Fond kann es damit nicht eingebracht werden.

Die Taktik der Imperialisten, auf die Einzelabkommen abzulenken, hat dazu geführt, daß der Integrierte Fonds auf der UNCTAD-Konferenz 1980 kaum behandelt wurde. Angesichts der Bedeutung, die die Einzelabkommen für den Fond haben, ist abzusehen, daß die Imperialisten in den kommenden Verhandlungen alles tun werden, einen Erfolg auch nur eines einzigen solchen Abkommens zu verhindern. Die 3. Welt hat noch einen schwierigen Weg vor sich, bis die Neue Weltwirtschaftsordnung Wirklichkeit wird. Ihre Forderungen sind gerecht und durchführbar. Der Integrierte Fonds kann die Wirkungen der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus auf die Rohstoffe produzierenden Länder nicht beseitigen. Er kann aber verhindern, daß die Imperialisten die Krise erneut zu unbegrenzter Erpressung der 3. Welt nutzen können.

USA verschärfen den Druck auf die Dritte Welt

Kürzung der Auslandshilfe – Steigerung der Militärhilfe / Rückzug aus Seerechtsvereinbarungen

USA verschärfen den Druck auf die Dritte Welt
Kürzung der Auslandshilfe – Steigerung der Militärhilfe / Rückzug aus Seerechtsvereinbarungen

frb. Die neue Regierung der USA hat eine deutliche Änderung ihrer Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt eingeleitet. Die Wirtschaftshilfe wird gekürzt, die Militärhilfe erhöht; Zahlungen an Internationale Einrichtungen treten zurück hinter bilaterale Hilfen; auf der UN-Seerechtskonferenz haben die USA ihre Zustimmung zum bisherigen Verhandlungsergebnis von heute auf morgen zurückgezogen; die Nord-Süd-Konferenz zu Mexiko mußte von Juni auf den 22. Oktober verschoben werden, damit sich die US-Regierung überhaupt zu einem Teilnahmeversprechen herabließ. Es zeichnet sich eine Politik ab, die wirtschaftliche Überlegenheit offener als zuletzt einsetzt, die den Versuch, die UdSSR in der Dritten Welt insgesamt zu isolieren, ergänzt durch das Bestreben, bestehende Stützpunkte auszubauen und neue zu schaffen, sich einen großen Teil der Dritten Welt zum Vasallen zu machen.

Haupt-Empfänger der Militärhilfe (Mio. $)

Land	1980/81 81/82	Plan
Israel (Mrd. $)	1,4	1,4
Ägypten	550	900
Oman	25	40
Kenia	˙6	51
Sudan	30	100
Türkei	250	400
Jordanien	50	50
El Salvador	25	25
Thailand	50	80

Ausgangspunkt war die Haushaltsvorlage für das Fiskaljahr 1982, bei deren Vorbereitung Finanzminister Stockmann die Kürzung der Auslandshilfe von 8 auf 5,4 Mrd. $ gegenüber der bisherigen Vorlage, die noch aus Carters Amtszeit stammt, verlangt hat. Das war Anfang Februar. Amerikas Beitrag an die IDA, eine Unterorganisation der Weltbank, sollte halbiert, die Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Weltbank gekürzt werden, Rückzug aus der UNESCO wurde angedroht. Nur wenig davon wurde zurückgenommen.

Die Auslandshilfe soll nunmehr 6,2 Mrd. $ (1 $ rd. 2 DM) betragen nur 3% mehr als 1981 (bei einer erwarteten Inflationsrate von 11%). Zwar hat die Regierung erklärt, sie wolle an bestehenden internationalen Verpflichtungen festhalten, aber dieser Grundsatz hat sich als dehnungsfähig erwiesen. Zwar werden die USA im Rahmen der 6. Kapitalaufstockung der IDA in den kommenden drei Jahren insgesamt ihren Beitrag von 3,24 Mrd. $ zahlen, aber im ersten Jahr nur 17% hiervon und nicht die vereinbarten mindestens 29%. Da die USA 27% der IDA-Beiträge leisten, droht der IDA im Sommer eine Finanzlücke, die sie zu einem Stopp der Hilfsgelder zwingt. Dies trifft gerade die ärmsten Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 625 $, an die die IDA Gelder gegen eine relativ niedrige jährliche Gebühr und mit 50 Jahren Laufzeit verleiht.

Ihren Beitrag zur Kapitalerhöhung der Weltbank wollen die USA zwar auch zahlen, aber nicht in einem Betrag, sondern über sechs Jahre gestreckt. Die Bank, die Entwicklungsprojekte durch Kredite mit 15 – 20 Jahren Laufzeit und derzeit 9,6% Zins finanziert, wird den Verpflichtungen, die aus der Aufnahme Chinas mit seiner Bevölkerung von einer Milliarde entstehen, nicht nachkommen können; bzw. treten diese Verpflichtungen in Konkurrenz zu bestehenden. An der Einrichtung einer Energiebank zur Finanzierung von Energiegewinnungsprojekten in energiearmen Ländern der Dritten Welt werden sich die USA nicht beteiligen. Nur der drohende Verlust ihrer 20% Stimmanteile, der ihnen ein Vetorecht gegen Satzungsänderungen und das Gewohnheitsrecht zur Benennung des Präsidenten der Bank sichert, hat die USA-Regierung vor stärkeren Restriktionen zurückgehalten. Die Entwicklungsländer, die Weltbankkredite gegenüber den Krediten der privaten Monopole immer noch vorziehen, werden ihre Forderung nach höheren Stimm- und Kontrollrechten jetzt noch deutlicher erheben.

Während so vor allem jene Programme gekürzt werden, die für die Dritte Welt noch am günstigsten sind, erhöht die Regierung Reagan die Militärhilfe um 33% auf 6,8 Mrd. $. Die Partner des Camp-David-Friedensabkommens werden bedacht, Kenia, Somalia und Oman, für den militärischen Nutzungsvertrag Versprechungen gemacht, Sudan für seine Pro-US-Linie, die Türkei wegen ihrer strategischen Lage, El Salvador und die Karibik zur Stützung reaktionärer Regimes. Erklärtes Ziel ist es, die Militär- und Waffenhilfe wieder zu ihrer alten Rolle als Werkzeug der US-Diplomatie werden zu lassen, den „Freunden Amerikas" zu helfen.

Gigantische Schwer- und Rüstungsindustrie lasten auf dem Konsum des Sowjetvolkes

krk. Die Berichte über die Erfüllung, bzw. gerade Nicht-Erfüllung sowjetischer Jahres- und Fünfjahrespläne verbreiten inzwischen eine gewisse Langeweile. Das Muster der Nicht-Erfüllung bleibt immer dasselbe: während die schwerindustriellen Zweige, vor allem der Maschinenbau noch Zuwachsraten – manchmal sogar stolze – aufzuweisen haben, hapert es mit der Planerfüllung konsequent in den Sektoren der Leichtindustrie, der Lebensmittelerzeugung und der Landwirtschaft, also in Bereichen, die unmittelbar den individuellen Konsum der Bevölkerung betreffen. Ebenso wie die Berichte über nichterfüllte Pläne wiederholen sich die Darstellungen des Mangels an Lebensmitteln, an lang- oder kurzlebigen Gegenständen des alltäglichen Lebens. Seit mehreren Jahrzehnten scheint es sich um schwerwiegende Krisenerscheinungen der sowjetischen Wirtschaft zu handeln.

Dabei wird in diesem Lande produziert, und der Menge nach betrachtet auch nicht wenig. In vielen Bereichen der Schwerindustrie (Stahlerzeugung, Kohleförderung u.a.) steht die Sowjetunion an erster Stelle in der Welt. Selbst wenn diese Zahlen durch die Pro-Kopf-Anteile relativiert werden, handelt es sich um ungeheure Mengen von Erzeugnissen, vor allem der Produktionsmittelindustrien, die sich aber nicht, oder kaum bei der Herstellung von Verbrauchsgütern niederzuschlagen scheinen – obwohl doch die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse das Ziel einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft sein sollte.

Betrachtet man die Pläne der sowjetischen Volkswirtschaft in den vergangenen 15 Jahren, so scheinen sie genau auf diese Verhältnisse angelegt zu sein (siehe Tabelle 1). Seit 1965 bewegt sich

Anteil der Gruppen A und B an der gesamten Industrieproduktion

Jahr	Gr. A	Gr. B
1913	35,1	64,9
1928	39,5	60,5
1940	61,0	39,0
1950	68,8	31,2
1960	72,5	27,5
1965	74,1	25,9
1970	73,4	26,6
1975	73,7	26,3
1976	74,0	26,0

der Anteil der Konsumgüterproduktion an der gesamten Industrieproduktion zwischen 25 und 26%. (Unter Gruppe A und B weist die sowjetische Statistik die Erzeugung von Produktions- und Konsumtionsmitteln in der Industrie aus, wobei nach ihrer Einteilung Eisenbahnwagen und Passagierschiffe genauso unter die Kategorie B fallen, wie Krankenhaus- und Schulausrüstungen.) Die Tendenz geht in Richtung der Abnahme der Gruppe B.

Nimmt man den Stand 1965 für beide Gruppen gleich Hundert, so hatte die Gruppe A 1976 einen Stand von 232, die Gruppe B dagegen nur 211. Handelte es sich um eine Wirtschaft mit einer sehr hohen Arbeitsproduktivität, müßte diese Verteilung der Produktion nicht unbedingt eine Disproportionalität ausdrücken, wir wissen jedoch, daß das in der Sowjetunion nicht der Fall ist.

Bei dieser Produktionsstruktur handelt es sich um nichts Zufälliges. Dies zeigt die Verteilung der Investitionen auf die Gruppen A und B (s. Tabelle 2). Die Investitionen für die Erzeugung von Produktionsmitteln machen das Sechs- bis Siebenfache der Investitionen für die Produktion von Konsumtionsmitteln aus. Dabei beziehen sich die Investitionen der Produktionsmittelerzeugung auf einen bereits viel größeren Grundstock als in der Konsumtionsmittelproduktion. Die Ausstattung der leichtindustriellen Zweige mit Produktionsmitteln ist weit schlechter als die der Schwerindustrie (s. Tabelle 3). Bei dieser Tabelle wurde der jeweilige Industriedurchschnitt als 1 genommen, alle anderen Industriezweige werden an diesem Durchschnitt gemessen, der Inhalt von 1 ist aber durchaus nicht gleich. Man sieht: die Ausstattung der Gruppe A mit Kapital ist unverhältnismäßig besser als die der Gruppe B. Dieses Verhältnis besteht auch in der BRD, aber abgeschwächter, als in der Sowjetunion. Die sowjetische Schwerindustrie hat sogar eine höhere organische Zusammensetzung, als die der BRD – der Grund dafür wird nebst der Rüstungsproduktion in der ungeheuren Materialaufwendigkeit der sowjetischen Industrie liegen.

Tabelle 2

Verteilung der Investitionen zwischen den Gruppen A und B

Gr.	1951-55	1956-60	1961-65	1966-70	1971-75	1976
A	89,15	85,30	86,84	84,95	86,24	87,00
B	10,85	14,70	13,16	15,05	13,67	13,00

Tabelle 3

Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit in der Industrie der SU und der BRD

Branche	SU	BRD
Schwerindustrie	1,15	1,00
Maschinenbau	0,65	0,70
Chemie	1,99	1,57
Leichtindustrie	0,31	0,58
Nahrungsmittelind.	1,01	1,76

Eines enthüllt die Kapitalverteilung in der sowjetischen Industrie auf jeden Fall: die Versprechungen der sowjetischen Partei- und Staatsführung über die verstärkte Produktion von Konsumgütern, die fast jede Fünfjahrplanperiode einleiten, sind eben nur Versprechungen, deren Verwirklichung *gar nicht vorgesehen ist*. Denn zur verstärkten Entwicklung eines Industriezweiges gehört in erster Linie die Erhöhung der Investitionen in diesen Bereich, damit dort die Produktion ausgedehnt werden kann. Ähnlich verhält es sich in der Arbeitskräftewirtschaft. Die Löhne in der Leicht- und Lebensmittelindustrie liegen fast um ein Drittel unter dem Niveau der Schwerindustrie. Das Überwiegen der Produktion von Produktionsmitteln, und da auch vornehmlich wieder Produktionsmittel für die Erzeugung von Produktionsmitteln, ist Akkumulation auf Kosten der Konsumtion der Massen. Dies findet auch in der BRD statt. Aber während sich dies in der BRD über das Verhältnis der Löhne zum produzierten Mehrwert über den Markt regelt, ist es in der Sowjetunion von vorneherein Teil der staatlichen Produktionsplanung. Damit wird die Bedeutung des Lohnes nicht ausgeschaltet, aber, wie man in der Praxis sieht, der Erfolg jeder Lohnerhöhung wird geschmälert und zusätzliche Widersprüche zwischen den Volksmassen und der staatlich organisierten Bourgeoisie werden geschaffen.

Nun ist es so, daß in der Sowjetunion die Pläne zunehmend nicht nur in dem Bereich der Kosumgüterindustrie, sondern allgemein nicht erfüllt werden, und werden sie erfüllt, so sind die aufzuweisenden Wachstumsraten abnehmend. Noch stärker als die Wachstumsraten nimmt die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität ab. Betrug sie in den Jahren 1971 – 75 noch durchschnittlich 6%, so erreichte sie im letzten, 10. Fünfjahrplan nur noch 3,7 % auf das Jahr berechnet. Die Effektivität des Kapitaleinsatzes nimmt ab. Obwohl die Produktionsstruktur auf eine stark erweiterte Reproduktion schließen läßt, findet diese Erweiterung in Wirklichkeit nur in viel geringerem Maße statt.

Der wenig effektive Einsatz von Kapital in der Sowjetunion hat seine Gründe auf der Seite der toten, wie der lebendigen Arbeit. Nach Schätzungen des CIA wurden in der SU 1980 65 – 75 Mrd. Rubel für die Rüstung ausgegeben, etwa 17 bis 19% des Nationaleinkommens. Die Zahlen sind sicher nicht sehr genau, aber sie kennzeichnen gewisse Größenordnungen. Die Produktion von militärischen Ausrüstungen macht also einen sehr bedeutenden Teil der sowjetischen Schwerindustrieproduktion aus, ohne daß die dort produzierten Güter jemals nochmal in die Produktion eingingen. Aber nicht nur was die produzierten Mengen betrifft lastet die Militärproduktion als tote Kostenmasse auf der Wirtschaft und der Bevölkerung. Die qualifiziertesten Arbeitskräfte, die entwickelteste Technologie, all dies strömt in die Rüstungsindustrie. Mit jedem Zyklus der Neuausstattung der Rüstungsindustrie vermindern sich die Mittel der zivilen Industrien, bzw. werden verhältnismäßig größere Mittel aus ihr herausgezogen. Damit ist die Kapitalakkumulation insgesamt gestört, der unterentwickelte zivile Bereich kann die Mittel für den überentwickelten Militärbereich immer weniger bereitstellen – außer die sozialen Widersprüche werden in einem Maße zugespitzt, die auch die sowjetische Diktatur kaum noch zu unterdrücken in der Lage sein dürfte.

Tabelle 4

Wachstumsraten der sowjetischen Industrie

	1971 – 75	1976	1977	1978	1979
Industrie insgesamt	7,4	4,8	5,7	4,8	3,4
Gruppe A (innerhalb Industrie)	7,9	5,5	5,9	5,0	3,5
Gruppe B (innerhalb Industrie)	6,5	3,0	5,2	4,0	3,3
Arbeitsproduktivität	6,0	3,0	4,1	3,6	2,4



3% der arbeitsfähigen Bevölkerung gehören zum Kontingent der Armee und werden somit der produktiven Arbeit entzogen.

Auch der so oft beklagte uneffektive Einsatz der lebendigen Arbeit hat vieles mit der Unterversorgung mit Konsumtionsmitteln zu tun. Nicht nur der niedrige Lohn, wahrscheinlich noch mehr die Aussicht, dafür nur unter enormem Einsatz der Kräfte was kaufen zu können, mindert die Motivation und den Arbeitseinsatz. In gesellschaftlichem Maßstab schmilzt die Arbeit einer ganzen Klasse zu einem Bruchteil dessen zusammen, was von dem Einsatz her zu erwarten wäre. Das niedrige gesellschaftliche Ansehen der lebendigen Arbeit, das sich in diesen Proportionen u.a. ausdrückt, bringt das achtlose, oft an Sabotage grenzende oder in sie übergehende Verhältnis großer Teile der Arbeiterklasse der Arbeit und deren Bedingungen gegenüber hervor.

Vor einigen Wochen hat der 26. Parteitag der KPdSU einen neuen Fünfjahrplan verabschiedet. Bei der Verwirklichung dieses Planes muß sich die sowjetische Bourgeoisie mit schwerwiegenden Widersprüchen auseinandersetzen. Sie hat diesmal die Steigerungsrate der Gruppe B um ein Prozent höher angesetzt wie der Gruppe A. Die Erfüllung dieses Planzieles ist unwahrscheinlich, denn weder die Investitionen für die Landwirtschaft, noch für die Leichtindustrie signalisieren eine bedeutende Erweiterung der Produktion. Obwohl nach den Ereignissen in Polen der Druck in Richtung der Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern stark ist, gibt es ebenso starke, wenn noch stärkere Zwänge, dies *nicht* zu tun. Die Erschließung der Rohstoffbasis erfordert den Einsatz von ungeheuren Kapitalmassen. Der Ausbau der Energieversorgung, sowohl was die Förderung von Erdgas und Erdöl, als auch was die Verwirklichung der Kernenergieprojekte betrifft,ist ebenfalls sehr kapitalaufwendig. Die extensive Vergrößerung der Produktion scheint wegen mangelndem Angebot an neuen Arbeitskräften nicht mehr möglich, also muß der Kapitaleinsatz steigen. Eine Verminderung der Rüstungsausgaben ist nicht zu erwarten. Maßnahmen, die die bedeutende Erhöhung der Effektivität des Kapitaleinsatzes sichern könnten, wurden nicht angekündigt.

tischen Volkswirtschaft in den vergangenen 15 Jahren, so scheinen sie genau auf diese Verhältnisse angelegt zu sein (siehe Tabelle 1). Seit 1965 bewegt sich

Anteil der Gruppen A und B an der gesamten Industrieproduktion

Jahr	Gr. A	Gr. B
1913	35,1	64,9
1928	39,5	60,5
1940	61,0	39,0
1950	68,8	31,2
1960	72,5	27,5
1965	74,1	25,9
1970	73,4	26,6
1975	73,7	26,3
1976	74,0	26,0

der Anteil der Konsumgüterproduktion an der gesamten Industrieproduktion zwischen 25 und 26%. (Unter Gruppe A und B weist die sowjetische Statistik die Erzeugung von Produktions- und Konsumtionsmitteln in der Industrie aus, wobei nach ihrer Einteilung Eisenbahnwagen und Passagierschiffe genauso unter die Kategorie B fallen, wie Krankenhaus- und Schulausrüstungen.) Die Tendenz geht in Richtung der Abnahme der Gruppe B.

Produktionsmitteln ist weit schlechter als die der Schwerindustrie (s. Tabelle 3). Bei dieser Tabelle wurde der jeweilige Industriedurchschnitt als 1 genommen, alle anderen Industriezweige werden an diesem Durchschnitt gemessen, der Inhalt von 1 ist aber durchaus nicht gleich. Man sieht: die Ausstattung der Gruppe A mit Kapital ist unverhältnismäßig besser als die der Gruppe B. Dieses Verhältnis besteht auch in der BRD, aber abgeschwächter, als in der Sowjetunion. Die sowjetische Schwerindustrie hat sogar eine höhere organische Zusammensetzung, als die der BRD – der Grund dafür wird nebst der Rüstungsproduktion in der ungeheuren Materialaufwendigkeit der sowjetischen Industrie liegen.

Tabelle 3

Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit in der Industrie der SU und der BRD

Branche	SU	BRD
Schwerindustrie	1,15	1,00
Maschinenbau	0,65	0,70
Chemie	1,99	1,57
Leichtindustrie	0,31	0,58
Nahrungsmittelind.	1,01	1,76

rend sich dies in der BRD über das Verhältnis der Löhne zum produzierten Mehrwert über den Markt regelt, ist es in der Sowjetunion von vorneherein Teil der staatlichen Produktionsplanung. Damit wird die Bedeutung des Lohnes nicht ausgeschaltet, aber, wie man in der Praxis sieht, der Erfolg jeder Lohnerhöhung wird geschmälert und zusätzliche Widersprüche zwischen den Volksmassen und der staatlich organisierten Bourgeoisie werden geschaffen.

Nun ist es so, daß in der Sowjetunion die Pläne zunehmend nicht nur in dem Bereich der Kosumgüterindustrie, sondern allgemein nicht erfüllt werden, und werden sie erfüllt, so sind die aufzuweisenden Wachstumsraten abnehmend. Noch stärker als die Wachstumsraten nimmt die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität ab. Betrug sie in den Jahren 1971 – 75 noch durchschnittlich 6%, so erreichte sie im letzten, 10. Fünfjahrplan nur noch 3,7 % auf das Jahr berechnet. Die Effektivität des Kapitaleinsatzes nimmt ab. Obwohl die Produktionsstruktur auf eine stark erweiterte Reproduktion schließen läßt, findet diese Erweiterung in Wirklichkeit nur in viel geringerem Maße statt.

Arbeitsproduktivität 6,0 3,0 4,1 3,6 2,4

ßig größere Mittel aus ihr herausgezogen. Damit ist die Kapitalakkumulation insgesamt gestört, der unterentwickelte zivile Bereich kann die Mittel für den überentwickelten Militärbe-



3% der arbeitsfähigen Bevölkerung gehören zum Kontingent der Armee und werden somit der produktiven Arbeit entzogen.

dersetzen. Sie hat diesmal die Steigerungsrate der Gruppe B um ein Prozent höher angesetzt wie der Gruppe A. Die Erfüllung dieses Planzieles ist unwahrscheinlich, denn weder die Investitionen für die Landwirtschaft, noch für die Leichtindustrie signalisieren eine bedeutende Erweiterung der Produktion. Obwohl nach den Ereignissen in Polen der Druck in Richtung der Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern stark ist, gibt es ebenso starke, wenn noch stärkere Zwänge, dies *nicht* zu tun. Die Erschließung der Rohstoffbasis erfordert den Einsatz von ungeheuren Kapitalmassen. Der Ausbau der Energieversorgung, sowohl was die Förderung von Erdgas und Erdöl, als auch was die Verwirklichung der Kernenergieprojekte betrifft,ist ebenfalls sehr kapitalaufwendig. Die extensive Vergrößerung der Produktion scheint wegen mangelndem Angebot an neuen Arbeitskräften nicht mehr möglich, also muß der Kapitaleinsatz steigen. Eine Verminderung der Rüstungsausgaben ist nicht zu erwarten. Maßnahmen, die die bedeutende Erhöhung der Effektivität des Kapitaleinsatzes sichern könnten, wurden nicht angekündigt.

Staatskredite mästen die Bankprofite

70% der Kredite sind Bankkredite / Banken machen ⅓ ihres Profits durch Staatskredite

frb. Mit der steigenden Staatsverschuldung hat sich die Staatsschuld zunehmend zum reinen Bankkredit entwickelt. Noch in den 50er Jahren, als die öffentliche Verschuldung insgesamt noch relativ unbedeutend war, fand die Aufnahme der geliehenen Gelder vornehmlich beim Börsenpublikum statt. Knapp 12% der Staatsschuld hielten die Banken, der Rest wurde bei den Kapitalisten und ihrem Anhang direkt aufgenommen, zum Teil auch bei der Sozialversicherung. Mittlerweile sind die Banken mit über 70% an der Staatsschuld beteiligt. Sie sind damit zum entscheidenden Geldgeber für den Staat geworden, ohne Rückhalt bei ihnen geht im Haushalt nichts. Immerhin muß z.B. der Bund 1981 Kredite im Volumen von ¼ seines Gesamthaushalts aufnehmen, um die Rückzahlung alter fälliger Kredite und das Defizit im Haushalt 1981 zu finanzieren.

Und mit der Steigerung des Bankenanteils am Staatskredit hat auch die Kreditvergabe an den Staat immer größere Bedeutung für das Geschäft der Banken gewonnen. Einen immer größeren Teil ihres Geschäftsvolumens vergeben die Banken an die öffentlichen Haushalte. Waren es in den 50er Jahren durchschnittlich 3,7% des Geschäftsvolumens, das die Banken als Staatskredit anlegten, so sind es mittlerweile über 13%. Insbesondere seit 1973 hat sich dieser Anteil rasch erhöht.

Steigt der Anteil der Banken an der gesamten Staatschuld, so fließt auch ein immer höherer Anteil der Zinszahlungen an die Banken. Und steigt der Anteil des Staatskredits am gesamten Kreditgeschäft der Banken, so steigt der Beitrag der Zinsen auf Staatskredit zu den gesamten Zinseinnahmen der Banken. Ein Teil der Einnahmen fließt weiter an die Bankkunden, die Geld bei ihrer Bank deponiert haben. Es sind dies vor allem Unternehmen, Geschäftsleute usw., die den Hauptteil der Bankeinlagen stellen. Sie profitieren von der Staatsschuld.

Ein weiterer Teil der Zinseinnahmen bildet den Profit der Bank. Es ist jener Teil, der als Überschuß der Zinseinnahmen aus der Kreditvergabe über die Zinsausgaben für die Einlagen (plus Betriebskosten) verbleibt.

Geschätzte Profite der Banken aus Staatskrediten

Jahr	Umlaufrendite %	Z.-Ertr. Mrd.DM	Aufw. Mrd.DM	Profit Mrd.DM	Profit %
1968	6,5	3,8	2,6	1,2	28,6
1970	8,3	6,1	4,6	1,5	32,6
1975	8,5	14,1	11,1	3,0	26,8
1976	7,8	15,6	12,3	3,3	32,0
1977	6,2	14,0	13,6	0,4	3,4
1978	5,7	14,9	14,8	0,1	0,8
1979	7,4	21,5	17,9	3,6	28,6
68 – 79	·	131,3	108,2	23,1	25,9

Geschätzte Zinsbeträge: Umlaufrendite auf Anleihen der öffentlichen Hand mal öffentliche Schuldtitel (Schuldscheindarlehen, Anleihen, Kassenobligationen) im Bestand der Banken. Aufwendungen: Summe aus Zinsaufwendungen, Provisionsaufwendungen und dem Verwaltungsaufwand gewogen mit dem Anteil der öffentlichen Schuldtitel am Geschäftsvolumen der Banken. Betriebsergebnis: Geschätzte Zinserträge auf Staatskredite abzüglich anteilige Aufwendungen. Quelle: Monatsberichte der Bundesbank; WSI Mitteilungen 1/1981

Das wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB hat jüngst eine Schätzung veröffentlicht, wie hoch die Bankprofite aus Staatsschuld sind und welchen Anteil diese Profite am gesamten Bankprofit haben.

Werden von den Zinserträgen die Aufwendungen der Bank für die Mittelbeschaffung – Zinsaufwendungen auf Einlagen, Verwaltungskosten – abgezogen, so ergibt sich der Bankprofit. Da die Aufwendungen, die in Zusammenhang mit dem Geschäft der Staatsschuld entstehen, nicht bekannt sind, können nur die gesamten Aufwendungen der Banken mit dem Anteil des Staatskredits am Bankgeschäft gewichtet werden.

Die Rechnung ist grob. Da sind einmal die kurzfristigen Schuldtitel nicht erfaßt, weil ihr Volumen im Bankbestand großen Schwankungen unterliegt. Dann ist der genaue Zinssatz nicht bekannt. Die Umlaufsrendite schwankt nämlich mit dem Marktzins, auf früher abgeschlossene Kredite aber wird nach wie vor der damals vereinbarte Zins gezahlt. Dies führt dazu, daß in der vorliegenden Rechnung die Zinseinnahmen für Zeiten überdurchschnittlicher Marktzinsen überschätzt und zu Zeiten unterdurchschnittlicher Marktzinsen unterschätzt werden. Daher der Tiefpunkt für den Bankprofit 1977/78, der die aktuelle Lage nicht richtig wiedergibt. Über die Jahre gleichen sich diese Schwankungen zwar aus, der Durchschnitt aber liegt zu tief, da die meisten Kredite in Hochzinsphasen (1973 – 76) aufgenommen wurden. Ein weiterer Fehler liegt darin, daß die Umlaufrendite regelmäßig unter dem Zinssatz liegt, die die Banken auf Direktkredite (Schuldscheindarlehen) verlangen. Direktkredite aber machen den hauptsächlichen Schuldenzuwachs der letzten Jahre aus. Weiterhin bleiben auf der Einnahmeseite für Staatsschulden die Provisionen außer Betracht, die namentlich bei Anleiheemissionen eine Großteil des Bankgeschäfts ausmachen.

Mithin ergibt sich, daß die Rechnung die wirklichen Bankprofite zu niedrig angibt. Daß also im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1979 mehr als ein Viertel der Bankprofite aus dem Geschäft mit der Staatsschuld stammt, daß also der Staatshaushalt eine unverzichtbare Anlagesphäre für das Leihkapital der Banken bildet.

Anteil öffentlicher Schuldtitel* im Bestand der Banken am Geschäftsvolumen der Banken und an der Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt

Stand am Jahresende	Geschäftsvolumen der Banken in Mrd. DM	Verschuldung der öffentl. Haushalte insgesamt* in Mrd. DM	Öffentl. Schuldt.** im Bestand der Banken in Mrd. DM	Anteil öffentl. Schuldtitel im Best. der Banken am Geschäftsvolumen der Banken in vH	Anteil öffentl. Schuldtitel i. Best. der Banken an der Verschuldg. d. öffentl. Haushalte in vH
1950	39,1	20,6	0,5	1,3	2,4
1955	119,6	41,0	4,9	4,1	12,0
1960	252,5	52,8	13,2	5,2	25,0
1965	456,8	83,7	28,9	6,3	34,5
1970	817,9	125,9	67,4	8,2	53,5
1971	924,5	140,4	78,1	8,4	55,6
1972	1 060,3	156,1	89,2	8,4	57,1
1973	1 171,6	170,9	99,7	8,5	58,3
1974	1 297,4	192,4	116,4	9,0	60,5
1975	1 454,3	256,4	162,9	11,2	63,5
1976	1 596,1	296,7	199,6	12,5	67,3
1977	1 775,8	328,5	223,7	12,6	68,1
1978	1 988,2	370,8	259,1	13,0	69,9
1979	2 176,0	413,9	292,5	13,4	70,7

* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander – ** Bankkredite, Anleihen, Kassenobligationen
Quellen: Deutsche Bundesbank, Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876 – 1975, Frankfurt/M. 1976, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistischer Teil, diverse Jahrgänge

DGB-Grundsatzprogramm verabschiedet

Vom 12.3. – 14.3.81 tagte in Düsseldorf der 4. a.o. Bundeskongreß des DGB. 504 Delegierte aus 17 Einzelgewerkschaften berieten und beschlossen das Grundsatzprogramm des DGB. Es ist dies nach dem Gründungsprogramm von München 1949 und dem Grundsatzprogramm von 1963 das dritte Grundsatzprogramm des DGB. Es wurde einstimmig von den Delegierten verabschiedet.



Einstimmig verabschiedeten 504 Delegierte das neue Programm

geh. 511 Anträge der antragsberechtigten Einzelgewerkschaften, DGB-Landesbezirke und DGB-Personengruppen (Jugend, Frauenausschuß usw.) wurden in 2 Tagen beraten. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" sprach von einem ,,Abstimmungsritual" und von ,,keinem großartigen Schöpfungsakt" und vermißte die brillanten Rededuelle zwischen Leber und Brenner. Im Vergleich zu früheren Programm-Bundeskongressen wurde viel debattiert, auf dem Gründungskongreß gab es überhaupt keine Debatte, und 1963 haben sicher nicht mal ein Viertel der Redner dieses Kongresses gesprochen. Die eigentliche Debatte fand ohnehin im Vorfeld des Kongresses zwischen der Vorlage des Entwurfs des Bundesvorstandes Oktober 1979 und Antragsschluß Dezember 1980 statt. Besonders intensiv wurde dann nochmal die Debatte in der Presse direkt vor dem Kongreß geführt, insbesondere um die historischen Vorgänger der Einheitsgewerkschaften und ob Toleranz gegenüber anderen politischen Auffassungen in den Gewerkschaften in das Programm herein muß. Von interessierter Seite war auf einen großen Krach spekuliert worden. Zwar kam die Antragskommission in mehreren Fällen mit ihren Vorschlägen nicht durch, insgesamt wurde meist einheitlich abgestimmt. Die große Abrechnung mit ,,den Kommunisten" kam nicht. Die beschlossene Regelung verschlechtert auch die Möglichkeit der Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaft nicht.

H. O. Vetter hatte in seiner Schlußansprache das Programm als ,,die Grundlage, auf der wir den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen" gekennzeichnet. Auf dem Bundeskongreß seien damit die

..Schwerpunkte einer zukünftigen Re-
,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" sprach von einem ,,Abstimmungsritual" und von ,,keinem großartigen Schöpfungsakt" und vermißte die brillanten Rededuelle zwischen Leber und Brenner. Im Vergleich zu früheren Programm-Bundeskongressen wurde viel debattiert, auf dem Gründungskongreß gab es überhaupt keine Debatte, und 1963 haben sicher nicht mal ein Viertel der Redner dieses Kongresses gesprochen. Die eigentliche Debatte fand ohnehin im Vorfeld des Kongresses zwischen der Vorlage des Entwurfs des Bundesvorstandes Oktober 1979 und Antragsschluß Dezember 1980 statt. Besonders intensiv wurde dann nochmal die Debatte in der Presse direkt vor dem Kongreß geführt, insbesondere um die historischen Vorgänger der Einheitsgewerkschaften und ob Toleranz gegenüber anderen politischen Auffassungen in den Gewerkschaften in das Programm herein muß. Von interessierter Seite war auf einen großen Krach spekuliert worden. Zwar kam die Antragskommission in mehreren Fällen mit ihren Vorschlägen nicht durch, insgesamt wurde meist einheitlich abgestimmt. Die große Abrechnung mit ,,den Kommunisten" kam nicht. Die beschlossene Regelung verschlechtert auch die Möglichkeit der Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaft nicht.
H. O. Vetter hatte in seiner Schlußansprache das Programm als ,,die Grundlage, auf der wir den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen" gekennzeichnet. Auf dem Bundeskongreß seien damit die
,,Schwerpunkte einer zukünftigen Reformpolitik festgelegt.

– Die Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung,
– eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung,
– der Ausbau des Systems der sozialen Sicherung
– und die Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung sind die zentralen Aufgaben".

Das neue Grundsatzprogramm sei die Weiterentwicklung des Programms von 1963, hat Vetter in seiner abschließenden Ansprache erklärt.

Das Programm hat noch stärker als das Grundsatzprogramm von 1963 einen inneren Widerspruch. Zum einen will es keine neue Gesellschaft, sondern diese Gesellschaft und diesen Staat von den gröbsten Fehlern befreien. Das 1949 verabschiedete Gründungsprogramm ging dagegen noch von einer Umgestaltung der Gesellschaft aus, in dem ,,die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Krediteinrichtungen" gefordert wurde. Davon ist in dem Schwerpunkten dieses Programms nicht mehr die Rede.

Delegiertenverteilung

IG Bau-Steine-Erden	33
IG Bergbau und Energie	26
IG Chemie, Papier, Keramik	41
IG Druck und Papier	9
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	28
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	10
Gewerkschaft Landwirtschaft und Forsten	3
Handel, Banken und Versicherungen	18
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	9
Gewerkschaft Kunst	3
Gewerkschaft Leder	3
IG Metall	176
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten	15
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	72
Gewerkschaft der Polizei	10
Deutsche Postgewerkschaft	29
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	19

Davon waren 35 Frauen und 469 Männer, 124 Arbeiter, 333 Angestellte und 45 Beamte sowie 2 Rentner. 10 Delegierte waren Ausländer.

Allerdings ist die Überführung in Gemeineigentum noch vorhanden, aber nur als ultima ratio, als letztes Mittel zur Verhinderung des ,,Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht" innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ausdrücklich ist in das neue Programm die Festlegung aufs Grundgesetz hereingenommen. In diesem Zusammenhang sieht das neue Programm den Kampf nur gegen *vermeidbare*

IG Bau-Steine-Erden	33
IG Bergbau und Energie	26
IG Chemie, Papier, Keramik	41
IG Druck und Papier	9
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	28
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	10
Gewerkschaft Landwirtschaft und Forsten	3
Handel, Banken und Versicherungen	18
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	9
Gewerkschaft Kunst	3
Gewerkschaft Leder	3
IG Metall	176
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten	15
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	72
Gewerkschaft der Polizei	10
Deutsche Postgewerkschaft	29
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	19

Davon waren 35 Frauen und 469 Männer, 124 Arbeiter, 333 Angestellte und 45 Beamte sowie 2 Rentner. 10 Delegierte waren Ausländer.

Allerdings ist die Überführung in Gemeineigentum noch vorhanden, aber nur als ultima ratio, als letztes Mittel zur Verhinderung des ,,Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht" innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ausdrücklich ist in das neue Programm die Festlegung aufs Grundgesetz hereingenommen. In diesem Zusammenhang sieht das neue Programm den Kampf nur gegen *vermeidbare*
wirtschaftliche Abhängigkeiten und *ungerechtfertigte* gesellschaftliche Zwänge vor.

Gleichzeitig heißt es in der Präambel aber auch ,,Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt".

Diesen beiden Positionen entsprechen zwei Strömungen innerhalb des reformistischen Teils der Gewerkschaftsbewegung, einmal die, die die heutige Gesellschaft für die beste hält, die nur einige Fehler hat. Zum Staat steht sie ähnlich. Die jetzige Bundesre-



E. Loderer: Die Montan-Mitbestimmung ist unser Weg der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft

gierung will sie nicht in Schwierigkeiten bringen. Und die andere Strömung, die eine andere Gesellschaft will, will keine Revolution, aber eine Umwandlung oder wie Loderer jetzt in einem Interview anläßlich des Grundsatzprogramms gesagt hat: wir wollen einen ,,dritten Weg zwischen autoritärem Sozialismus und Kapitalismus". Diese Strömung ist erbittert und enttäuscht über die Bundesregierung und will sie nicht von Kritik ausnehmen.

Auf dem Kongreß waren die Strömungen einmal durch die IG Bergbau und Energie (IG BE), IG Bau Steine Erden (IG BSE), Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten vertreten. Für die



E. Loderer: Die Montan-Mitbestimmung ist unser Weg der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft

gierung will sie nicht in Schwierigkeiten bringen. Und die andere Strömung, die eine andere Gesellschaft will, will keine Revolution, aber eine Umwandlung oder wie Loderer jetzt in einem Interview anläßlich des Grundsatzprogramms gesagt hat: wir wollen einen ,,dritten Weg zwischen autoritärem Sozialismus und Kapitalismus". Diese Strömung ist erbittert und enttäuscht über die Bundesregierung und will sie nicht von Kritik ausnehmen.

Auf dem Kongreß waren die Strömungen einmal durch die IG Bergbau und Energie (IG BE), IG Bau Steine Erden (IG BSE), Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten vertreten. Für die
andere standen die HBV, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die IG Druck und Papier. Die beiden großen Industriegewerkschaften Chemie und Metall tendieren in ihrer Mehrheit jeweils zur einen oder zur anderen. Wobei diese Strömungen nicht einfach festgelegt sind, sondern sich von Fall zu Fall verändern können und auch in den Beschlüssen Kompromisse schließen.

Die Differenzen kamen auf dem Kongreß zum Vorschein, obwohl nur in Nuancen und oft als Streit um einzelne Worte.

Verschiedentlich waren Anträge gestellt, daß der DGB auch politische Interessen der Arbeitnehmer vertreten solle. Der Kongreß folgte darin der Antragskommission, die dies ablehnte, weil ,,wir uns hier übernehmen". Zum Streit kam es an zwei Punkten:

Der Vorsitzende der IG Bau, Sperner, verlangte in dem Antrag zur Umverteilung des Produktivvermögens diese nur auf das ,,zuwachsende" zu beschränken. Geschehe dies nicht, so würden damit die ,,beiden Säulen dieser Gesellschaft, die Freiheit und das Eigentum angegriffen" und somit gegen das Grundgesetz. Denn die Umverteilung des bestehenden Produktivvermögens könne ja nur durch Enteignung geschehen, dies sei aber ein Eingriff in die Freiheit und das Eigentum. Zurückgewiesen wurde dies u.a. durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Georghi, mit dem Hinweis auf die ,,schiefe Entwicklung des Eigentums nach dem Krieg". Nur wenige Delegierte unterstützten Sperner bei der Abstimmung.



H. O. Vetter: Das Programm ist eine Weiterentwicklung des alten

Streit kam es an zwei Punkten:

Der Vorsitzende der IG Bau, Sperner, verlangte in dem Antrag zur Umverteilung des Produktivvermögens diese nur auf das ,,zuwachsende" zu beschränken. Geschehe dies nicht, so würden damit die ,,beiden Säulen dieser Gesellschaft, die Freiheit und das Eigentum angegriffen" und somit gegen das Grundgesetz. Denn die Umverteilung des bestehenden Produktivvermögens könne ja nur durch Enteignung geschehen, dies sei aber ein Eingriff in die Freiheit und das Eigentum. Zurückgewiesen wurde dies u.a. durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Georghi, mit dem Hinweis auf die ,,schiefe Entwicklung des Eigentums nach dem Krieg". Nur wenige Delegierte unterstützten Sperner bei der Abstimmung.



H. O. Vetter: Das Programm ist eine Weiterentwicklung des alten

Die Vorschläge der Antragskommission zur Mitbestimmung sahen nicht ausdrücklich die Verteidigung der Montan-Mitbestimmung vor. E. Loderer von der IG Metall begründete, daß der Bundeskongreß in dieser Situation unbedingt dies müsse. Außerdem sei sie eine Errungenschaft der Arbeiter, gegenüber den alliierten Besatzern und den westdeutschen Kapitalisten durchgesetzt, und ,,unser Weg der demokratischen Umgestaltung dieser Gesellschaft". Andere Redner wie R. Judith warfen der Antragskommission vor, den Stahlarbeitern in den Rücken zu fallen. H. Alker von der IG Bergbau verwahrte sich gegen den Ton und die Art der Debatte. Die folgende Abstimmung zeigte auch die Differenz in der Sache: Teile der IG BE und IG Chemie, Papier, Keramik und anderer Einzelgewerkschaften stimmten gegen den Montan-Mitbestimmungs-Antrag.

Gegenüber dem Grundsatzprogramm von 1963 und den vorliegenden Anträgen hat der angenommene IG Metall-Antrag zur Friedenspolitik folgende Vorzüge: einmal stellt er die Gefahr fest, daß durch äußere Bedrohung die gewerkschaftliche Arbeit unmöglich wird. In der Debatte brachte Volkmar von der HBV dies auf die Formel: ,,Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist nichts". Zweitens fordert der Antrag das Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Drittens nimmt er Stellung für ,,das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel."

Im Grundsatzprogramm sind weitere Forderungen enthalten zu Arbeitnehmerrechten, zu Arbeitsbedingungen, zur Wirtschaft, gegen die Arbeitslosigkeit, zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zur Finanz- und Steuerpolitik, zur Energiepolitik, zum System der sozialen Sicherung, zur Bildungspolitik, und zur Kulturpolitik (s. auszugsweise in der Dokumentation unten). Gerade hier hat sich die Verschärfung der Widersprüche in den letzten Jahren so ausgewirkt, daß hier eine Reihe von Verbesserungen beschlossen wurden. Diese Weiterentwicklung macht das neue Grundsatz-

Sache: Teile der IG BE und IG Chemie, Papier, Keramik und anderer Einzelgewerkschaften stimmten gegen den Montan-Mitbestimmungs-Antrag.

Gegenüber dem Grundsatzprogramm von 1963 und den vorliegenden Anträgen hat der angenommene IG Metall-Antrag zur Friedenspolitik folgende Vorzüge: einmal stellt er die Gefahr fest, daß durch äußere Bedrohung die gewerkschaftliche Arbeit unmöglich wird. In der Debatte brachte Volkmar von der HBV dies auf die Formel: ,,Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist nichts". Zweitens fordert der Antrag das Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Drittens nimmt er Stellung für ,,das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel."

Im Grundsatzprogramm sind weitere Forderungen enthalten zu Arbeitnehmerrechten, zu Arbeitsbedingungen, zur Wirtschaft, gegen die Arbeitslosigkeit, zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zur Finanz- und Steuerpolitik, zur Energiepolitik, zum System der sozialen Sicherung, zur Bildungspolitik, und zur Kulturpolitik (s. auszugsweise in der Dokumentation unten). Gerade hier hat sich die Verschärfung der Widersprüche in den letzten Jahren so ausgewirkt, daß hier eine Reihe von Verbesserungen beschlossen wurden. Diese Weiterentwicklung macht das neue Grundsatz-
programm nützlich, um die Einheit aller Arbeitnehmer herzustellen. Geschwächt wird dieser Fortschritt durch oft weite und schwammige Formulierungen.

Bei diesen Teilen des Programms gab es auch keine großen Differenzen zwischen den Delegierten. Das ist wiederum günstig bei der Herstellung der Aktionseinheit in den Gewerkschaften.

Auszüge aus dem neuen DGB-Grundsatzprogram n

Präambel

(...)

P 8 Die Gewerkschaften beker ten sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz. Sie setzen sich jedoch gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr und bekämpfen alle Versuche, die im Grundgesetz verankerten Grundrechte einzuschränken oder aufzuheben. Dabei stützen sie sich auch auf das Widerstandsrecht in der Verfassung.

P 9 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat mit seinen Grundrechten, mit der Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, und mit dem Gebot von Demokratie und Sozialstaatlichkeit die Grundlage und den Rahmen für eine freiheitliche soziale und demokratische Gesellschaftsordnung gegeben.

P 12 Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Das Sozialstaatsgebot fordert aber eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muß dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

P 16 Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch die Nazidiktatur entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

(...) Als gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien wahr und dienen damit den Erfordernissen des Gesamtwohls.

P 22 Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt.

P 26 Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, ihr Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen respektieren. Den Gebrauch von militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab.

Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik ganz besonderes Gewicht. Deshalb sind alle gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Lande aufgefordert, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen. Dazu gehört der systematische Ausbau einer weltumspannenden Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen.

Der anhaltende Rüstungswettlauf gefährdet zunehmend den Frieden in der Welt. Das gilt auch für die Aufrüstung der Dritten Welt, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüber hinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders in der Dritten Welt dringend erforderlich sind.

Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.

Die Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.

Arbeitnehmerrechte

1.5 Das Streikrecht der Gewerkschaften ist unantastbar. Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden.

Arbeitsverhältnis

2.12 Jeder hat Anspruch auf eine kostenfreie, individuelle und unabhängige Berufs- und Arbeitsberatung sowie Arbeitsvermittlung (...) Die Inanspruchnahme der Berufsberatung, Arbeitsberatung und Arbeitsvermittlung ist freiwillig. Zwangs- und Erfassungsmaßnahmen sind damit unvereinbar.

Humanisierung der Arbeit

3.8 Nacht- und Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten sind auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Nachtarbeit darf nur noch zugelassen werden, wenn sie aus technischen Gründen oder im öffentlichen Interesse notwendig ist.



Der Tarifvertrag zur Schichtarbeit und Arbeit zu ungünstigen Zeiten ist bei der Post, der Bahn inzwischen schriftlich fixiert. Allein in den öffentlichen Diensten weigern sich die Regierungen ihn abzuschließen. Die Regierungen wollen damit den Druck auf die Lohnabhängigen im Lohntarifkampf erhöhen. Sie weigern sich, eine zufriedenstellende Regelung für die feuerwehrtypischen Dienstpläne zu finden. Weiterhin wollen sie durch Vereinheitlichung von Wechselschicht und Schichtzulagen Verschlechterungen dabei durchsetzen. Die Große Tarifkommission hat die Forderungen des Dienstherrn abgelehnt und will nur solchen Regelungen zustimmen, die auf Verbesserungen hinauslaufen. Dies wird im Zusammenhang mit den Lohntarifverhandlungen gelöst werden müssen. Die nächsten Verhandlungen finden am 27.3.81 in Stuttgart statt.

Hoechst Betriebsratswahlen: 7 von 43 Betriebsräten stellt die neue Liste

kow.Frankfurt. Bei der diesjährigen Betriebsratswahl im Hauptwerk der Hoechst AG in Frankfurt vom 10.–13.3. haben sich erhebliche Veränderungen der Kräfteverhältnisse im Betriebsrat ergeben, die auch einen Fortschritt im Bewußtsein der Belegschaft ausdrücken. Die erstmals kandidierende Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' errang 7 Mandate, was 17% der abgegebenen Arbeiterstimmen und 14,5% der Angestelltenstimmen entspricht. Verloren haben die Wahl die Listen der IG Chemie (minus 5 Mandate) und die VUA (Vereinigung unabhängiger Arbeitnehmer des Hoechst Konzerns; minus 3 Mandate). Das heißt, es hat ein Kurs an Einfluß verloren, der der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten eine besonders partnerschaftliche und diskrete Beziehung im ,,Hause Hoechst'' vorzieht. Es hat eine Richtung ihren Einfluß manifestiert, die für enge Zusammenarbeit des Betriebsrates mit der Belegschaft und ausschließlich deren Interessenvertretung eintritt sowie für den Anschluß an die übrige Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Das Wahlergebnis im Vergleich zu 1978:

Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern stieg von 66 auf 69,2%, bei den Angestellten fiel sie von 73,4 auf 71,8%.

	%	Sitze	1978
Arbeiter			
IG Chemie	59,6	15	18
Ausländische Kollegen in der IG Chemie	15,3	3	3
Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit	16,9	4	–
VUA	7,9	2	3
Angestellte			
Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit	14,5	3	–
IG Chemie	18,6	3	5
DAG	57,9	12	11
VUA	9,0	1	3

Daß die neue Liste gleich 7 Mandate gewinnt, war etwas überraschend. Die DAG gewann nur wenige Stimmen hinzu, sie war schon 1978 nur knapp am 12. Mandat gescheitert. Die IG Chemie, die insgesamt die Mehrheit im Betriebsrat verlor, wurde nur noch von 33,6% der Wahlberechtigten (nicht Stimmen) gewählt. Die schlechte Wahlbeteiligung ist natürlich eine gewisse Niederlage der neuen Liste, weil es bis auf den Anstieg von 3% bei den Arbeitern nicht gelang, den doch großen Rest der Belegschaft zu mobilisieren. Hauptsächlich ist die schwache Wahlbeteiligung – ebenso wie das Ergebnis – ein schlechtes Zeugnis für den bisherigen Betriebsrat mit seiner IG-Chemie-Mehrheit. Am mangelnden Aufwand im Wahlkampf kann es nicht gelegen haben. Viele Kollegen meinen einfach, weder beim Betriebsrat noch auf der Betriebsversammlung können oder wollen sie ihre Anliegen vorbringen, und da ist auch Wahres dran.

Zumindest die Listenführer der IG Chemie haben das Warum dieses Wahlergebnisses schon erkannt: die Liste ,,Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' sei Teil einer bundesweit gesteuerten linken Kampagne gegen den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Brand (Beweis: der ,,Stern'' und andere Zeitungen hatten über die neue Liste berichtet), der nun im Werk einige (,,Unzufriedene und Wirrköpfe gibt es immer'') zum Opfer gefallen sind. Die eigene Niederlage auf die Dummheit der Wähler zurückzuführen, war noch nie besonders überzeugend.

Tatsächlich bedeutet das Ergebnis Spaltung. Die Spaltung ist aber nicht durch die Wahl entstanden, vielmehr bringt das Ergebnis eine gewisse Spaltung der Belegschaft zum Ausdruck. Darüber z.B., ob man jetzt in der Krise ,,Opfer bringen'' muß oder ob man den Lohnstandard und die übrigen Errungenschaften der Arbeiterbewegung verteidigen soll und wie, darüber ist eine offene Auseinandersetzung gut und notwendig. Die Klärung solch strittiger Fragen und unterschiedlicher Auffassungen mit dem Zwecke der Einheit innerhalb der Einheitsgewerkschaft wird von den führenden örtlichen Funktionären der IG Chemie bisher behindert oder verhindert.

Die ersten Worte des Listenführers der Angestellten der IG Chemie nach der Wahl waren ,,Ausschlußanträge'' gegen die 20 IG-Chemie-Mitglieder der neuen Liste – damit täte sich die Gewerkschaft keinen Gefallen. Nach meiner Meinung wird es in nächster Zeit entscheidend sein, ob die IG Chemie ihre Arbeit ändert und insbesondere betriebsnahe Schulungsprogramme für Mitglieder anbietet – entscheidend für die Herstellung der Einheit der Belegschaft und um die Aufgaben, die der Gewerkschaftstag 1980 abgesteckt hat, mit Aussicht auf Erfolg anzupacken.

Die Wahlkampfführung der Listenführer der IG Chemie (5 Tage vor der Wahl fiel ihnen plötzlich ein, sie müßten die Belegschaft vor dem Einfluß von ,,Chaoten'' retten, ein Kandidat der neuen Liste sei KBW-Aktivist, man habe Unterlagen über ein gerichtliches Verfahren) hat ihnen jedenfalls nicht viel eingebracht. Der Betroffene hat inzwischen gegen diese wahrheitswidrige Behauptung Strafanzeige erhoben.

Fortschritt im Zusammenschluß gegen die Kapitalisten

Betriebsratswahl auf der Klöckner Hütte, Bremen

thw.Bremen. 73,1% der wahlberechtigten Arbeiter und der 73,8% der wahlberechtigten Angestellten haben am 10./11./12. März in getrennter Wahl einen neuen Betriebsrat gewählt. Trotz starker Bestrebungen insbesondere in den Reihen der SPD-Betriebsgruppe, bei den Arbeitern eine Listenwahl durchzuführen, hat die Belegschaft eine Persönlichkeitswahl nach einer betrieblichen Einheitsliste durchgesetzt und so die Möglichkeit geschaffen, die 129 Arbeiter- und 28 Angestelltenkandidaten an ihren Interessen und Forderungen zu messen und jene zu wählen, die für diese Forderungen im Interesse der Gesamtbelegschaft eintreten.

Es gab unter den Kandidaten 3 größere Wahlvorschläge mit 18–25 Kandidaten und einen mit 7 Kandidaten:

Die Gruppe um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden G. Ziemann, die im alten Betriebsrat eine knappe Mehrheit hatte, hatte 25 Kandidaten vorgeschlagen. In ihrem Wahlprogramm fordern sie: ,,Kein Kollege darf durch Rationalisierungsinvestitionen seinen Arbeitsplatz verlieren. Der soziale Besitzstand der von Umsetzungen getroffenen Kollegen muß langfristig gesichert werden. Der technische Fortschritt und die steigende Arbeitsintensität machen weitere Arbeitszeitverkürzungen nötig. – Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stundenwoche bleibt auf der Tagesordnung! – Die Sicherung der Arbeitsplätze bleibt die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre! – Das Lohnniveau der Hütte Bremen muß verbessert werden! Der seit 1973 bestehende Lohnrahmentarifvertrag ist längst ausgereizt und entspricht nicht mehr den gestiegenen Anforderungen, dem hohen Ausbildungsstand, den großen Leistungen der Belegschaft! – Unfallfreies Arbeiten ist wichtiger als Tonnengeierei. – Die sozialen Leistungen müssen kontinuierlich verbessert werden. – Versorgung der Schichtarbeiter mit warmem Essen in allen Werksteilen.'' Die Gruppe ist bis auf 3 Kandidaten, die als Ersatzbetriebsräte gewählt wurden, geschlossen in den neuen Betriebsrat gewählt worden.

Die zweite Gruppe um W. Kintrup, die sich z.T. aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammensetzt, und die in der Vergangenheit die Politik der Betriebsrats-Mehrheit angegriffen hatte, hatte 18 Arbeiterkandidaten vorgeschlagen und in ihr Wahlprogramm geschrieben: ,,Für Berufsanerkennung der Werksfeuerwehr und Kranführer – Betriebsinteressen statt Parteiinteressen – Gegen öffentliche Panikmache, dafür Sicherung der Arbeitsplätze – Gerechte Eingruppierung, z.B. beim Werksschutz – Einkommensverbesserung, wenn nicht anders möglich, durch Übernahme in das Angestelltenverhältnis – Mehr Mitbestimmung zur Verbesserung der Situation der Frauen am Arbeitsplatz.'' Diese Gruppe stellt nur einen Arbeiterbetriebsrat, dafür aber 3 der 6 Angestelltenbetriebsräte und ist unter den Arbeitern insgesamt noch relativ geschlossen als zweiter Blockvorschlag gewählt worden.

Auch der dritte Wahlvorschlag setzt sich z.T. aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammen. Ihre Wahlaussagen beziehen sich neben Angriffen auf die Politik der ehemaligen Betriebsratsmehrheit vor allem auf die Form der Betriebsratsarbeit und wollen darüberhinaus den Betriebsrat zum betrieblichen Sozialarbeiter machen. Zwei ihrer Kandidaten sind von den Arbeitern in den Betriebsrat gewählt worden und einer von den Angestellten. Darüberhinaus ist diese Gruppe völlig uneinheitlich gewählt worden.

Ein weiterer Wahlvorschlag von 7 Kandidaten um E. Hemmer (Volksfront) hatte Forderungen vertreten wie voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Herabsetzung des Rentenalters, gesetzliches Verbot der Aussperrung, Abschaffung der Lohngruppen 4 und 5 in Heißbetrieben u.a.. Diese Kandidaten folgen erst ab Platz 44 in der Rangfolge der Stimmenzahl, wohl auch deshalb, weil diese Forderungen auch von der Gruppe um G. Ziemann – wenn auch jetzt nicht ausdrücklich im Wahlprogramm – vertreten werden.

Insgesamt ist das Ergebnis der Wahlen ein Fortschritt für die Einheit der Belegschaft insofern, als von den Arbeitern fast geschlossen derjenige Wahlvorschlag gewählt worden ist, in dessen programmatischen Aussagen die Interessen der Gesamtbelegschaft sich am ehesten wiederfinden und dessen Kandidaten zum großen Teil schon vor drei Jahren für ein ähnliches, wenn auch konkreteres Programm eingetreten sind, von dessen Forderungen immerhin knapp 80% durchgesetzt werden konnten.

Wahl einen neuen Betriebsrat gewählt. Trotz starker Bestrebungen insbesondere in den Reihen der SPD-Betriebsgruppe, bei den Arbeitern eine Listenwahl durchzuführen, hat die Belegschaft eine Persönlichkeitswahl nach einer betrieblichen Einheitsliste durchgesetzt und so die Möglichkeit geschaffen, die 129 Arbeiter- und 28 Angestelltenkandidaten an ihren Interessen und Forderungen zu messen und jene zu wählen, die für diese Forderungen im Interesse der Gesamtbelegschaft eintreten.

Es gab unter den Kandidaten 3 größere Wahlvorschläge mit 18–25 Kandidaten und einen mit 7 Kandidaten:

Die Gruppe um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden G. Ziemann, die im alten Betriebsrat eine knappe Mehrheit hatte, hatte 25 Kandidaten vorgeschlagen. In ihrem Wahlprogramm fordern sie: ,,Kein Kollege darf durch Rationalisierungsinvestitionen seinen Arbeitsplatz verlieren. Der soziale Besitzstand der von Umsetzungen getroffenen Kollegen muß langfristig gesichert werden. Der technische Fortschritt und die steigende Arbeitsintensität machen weitere Arbeitszeitverkürzungen nötig. – Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stundenwoche bleibt auf der Tagesordnung! – Die Sicherung der Arbeitsplätze bleibt die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre! – Das Lohnniveau der Hütte Bre-

rungen, dem hohen Ausbildungsstand, den großen Leistungen der Belegschaft! – Unfallfreies Arbeiten ist wichtiger als Tonnengeierei. – Die sozialen Leistungen müssen kontinuierlich verbessert werden. – Versorgung der Schichtarbeiter mit warmem Essen in allen Werksteilen.'' Die Gruppe ist bis auf 3 Kandidaten, die als Ersatzbetriebsräte gewählt wurden, geschlossen in den neuen Betriebsrat gewählt worden.

Die zweite Gruppe um W. Kintrup, die sich z.T. aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammensetzt, und die in der Vergangenheit die Politik der Betriebsrats-Mehrheit angegriffen hatte, hatte 18 Arbeiterkandidaten vorgeschlagen und in ihr Wahlprogramm geschrieben: ,,Für Berufsanerkennung der Werksfeuerwehr und Kranführer – Betriebsinteressen statt Parteiinteressen – Gegen öffentliche Panikmache, dafür Sicherung der Arbeitsplätze – Gerechte Eingruppierung, z.B. beim Werksschutz – Einkommensverbesserung, wenn nicht anders möglich, durch Übernahme in das Angestelltenverhältnis – Mehr Mitbestimmung zur Verbesserung der Situation der Frauen am Arbeitsplatz.'' Diese Gruppe stellt nur einen Arbeiterbetriebsrat, dafür aber 3 der 6 Angestelltenbetriebsräte und ist unter den Arbeitern insgesamt noch relativ geschlossen als zweiter Blockvorschlag gewählt worden.

Auch der dritte Wahlvorschlag setzt

triebsratsmehrheit vor allem auf die Form der Betriebsratsarbeit und wollen darüberhinaus den Betriebsrat zum betrieblichen Sozialarbeiter machen. Zwei ihrer Kandidaten sind von den Arbeitern in den Betriebsrat gewählt worden und einer von den Angestellten. Darüberhinaus ist diese Gruppe völlig uneinheitlich gewählt worden.

Ein weiterer Wahlvorschlag von 7 Kandidaten um E. Hemmer (Volksfront) hatte Forderungen vertreten wie voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Herabsetzung des Rentenalters, gesetzliches Verbot der Aussperrung, Abschaffung der Lohngruppen 4 und 5 in Heißbetrieben u.a.. Diese Kandidaten folgen erst ab Platz 44 in der Rangfolge der Stimmenzahl, wohl auch deshalb, weil diese Forderungen auch von der Gruppe um G. Ziemann – wenn auch jetzt nicht ausdrücklich im Wahlprogramm – vertreten werden.

Insgesamt ist das Ergebnis der Wahlen ein Fortschritt für die Einheit der Belegschaft insofern, als von den Arbeitern fast geschlossen derjenige Wahlvorschlag gewählt worden ist, in dessen programmatischen Aussagen die Interessen der Gesamtbelegschaft sich am ehesten wiederfinden und dessen Kandidaten zum großen Teil schon vor drei Jahren für ein ähnliches, wenn auch konkreteres Programm eingetreten sind, von dessen Forderungen immerhin knapp 80% durchgesetzt werden konnten.

Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern stieg von 66 auf 69,2%, bei den Angestellten fiel sie von 73,4 auf 71,8%.

	%	Sitze	1978
Arbeiter			
IG Chemie	59,6	15	18
Ausländische Kollegen in der IG Chemie	15,3	3	3
Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit	16,9	4	–
VUA	7,9	2	3
Angestellte			
Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit	14,5	3	–
IG Chemie	18,6	3	5
DAG	57,9	12	11
VUA	9,0	1	3

Daß die neue Liste gleich 7 Mandate gewinnt, war etwas überraschend. Die DAG gewann nur wenige Stimmen hinzu, sie war schon 1978 nur knapp am 12. Mandat gescheitert. Die IG Chemie, die insgesamt die Mehrheit im Betriebsrat verlor, wurde nur noch von 33,6% der Wahlberechtigten (nicht Stimmen) gewählt. Die schlechte Wahlbeteiligung ist natürlich eine gewisse Niederlage der neuen Liste, weil es bis auf den Anstieg von 3% bei den Arbeitern nicht gelang, den doch großen Rest der Belegschaft zu mobilisie-

rungenschaften der Arbeiterbewegung verteidigen soll und wie, darüber ist eine offene Auseinandersetzung gut und notwendig. Die Klärung solch strittiger Fragen und unterschiedlicher Auffassungen mit dem Zwecke der Einheit innerhalb der Einheitsgewerkschaft wird von den führenden örtlichen Funktionären der IG Chemie bisher behindert oder verhindert.

Die ersten Worte des Listenführers der Angestellten der IG Chemie nach der Wahl waren ,,Ausschlußanträge'' gegen die 20 IG-Chemie-Mitglieder der neuen Liste – damit täte sich die Gewerkschaft keinen Gefallen. Nach meiner Meinung wird es in nächster Zeit entscheidend sein, ob die IG Chemie ihre Arbeit ändert und insbesondere betriebsnahe Schulungsprogramme für Mitglieder anbietet – entscheidend für die Herstellung der Einheit der Belegschaft und um die Aufgaben, die der Gewerkschaftstag 1980 abgesteckt hat, mit Aussicht auf Erfolg anzupacken.

Die Wahlkampfführung der Listenführer der IG Chemie (5 Tage vor der Wahl fiel ihnen plötzlich ein, sie müßten die Belegschaft vor dem Einfluß von ,,Chaoten'' retten, ein Kandidat der neuen Liste sei KBW-Aktivist, man habe Unterlagen über ein gerichtliches Verfahren) hat ihnen jedenfalls nicht viel eingebracht. Der Betroffene hat inzwischen gegen diese wahrheitswidrige Behauptung Strafanzeige erhoben.

Abgruppierungsschutz und Monatslohn bei BASF

acm. Der Betriebsrat der BASF Ludwigshafen hat zwei Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. Die eine, rückwirkend zum 1.1.81, enthält einen Abgruppierungsschutz bei Umbesetzungen aus gesundheitlichen Gründen und Rationalisierung. Die Absicherung verläuft nach Stufenplan: Bei 5 bis 15 Jahren Betriebszugehörigkeit 4 Jahre. Bei über 15 Jahren sind 8 Jahre gesichert und wer älter als 50 oder 55 Jahre bzw. mindestens zehn Jahre gearbeitet hat, kann bis zur Rente nicht mehr abgruppiert werden. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für Schichtzulagen und bislang nur für 28000 Arbeiter. Eine bessere Regelung für Schichtarbeiter wird angestrebt. Für die 21000 Angestellten soll ebenfalls eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden. – Eine weitere Betriebsvereinbarung sieht künftig die Zahlung eines festen Monatslohnes vor, was in Richtung Entgeltfestlegung geht.

Streik der Pariser Autobusfahrer

pem. Seit 14 Tagen entwickelt sich unter den Pariser Autobusfahrern eine Streikbewegung unter den Forderungen nach einem zweiten Mann Besatzung angesichts zunehmender Gewalttätigkeiten gegen die Fahrer, nach Arbeitszeitverkürzung für die Fahrer von 8 auf 7 Std., nach Erhöhung der Zahl der eingesetzten Busse, da lange Wartezeiten die Aggressivität der Fahrgäste steigere. Nachdem einige Busfahrer, die ihren Bus benutzt hatten, um die Forderungen zu propagieren, entlassen wurden, blockierten über 100 Busfahrer mit ihren Bussen die wichtigsten Verkehrsadern von Paris. Tags darauf wurden dann die Busdepots von Polizei besetzt. Trotz dieser Maßnahmen und des Versuchs, die Forderungen als Wahlkampf der PCF darzustellen, hat sich der Streik weiter ausgeweitet. Für Dienstag und Mittwoch hat auch die CFDT neben der CGT zum Streik aufgerufen, wodurch der Busverkehr in Paris zu mehr als 50% bestreikt wird.

Vorstoß zu Anti-Steik-Gesetz in Italien

mah. Die Beschäftigten der öffentlichen Transportunternehmen stehen seit Wochen im Kampf für Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. In der vergangenen Woche haben sich die Lehrer der Streikbewegung angeschlossen: Sie fordern die Auszahlung einer bereits ausgehandelten Gehaltserhöhung von 40000 Lire im Monat und u.a. die Rücknahme von geplanten Stelleneinsparungen. Die Regierung erscheint zu bereits angesetzten Verhandlungsterminen nicht und nutzt stattdessen die Zeit, um Vorstöße zur Durchsetzung eines Anti-Streik-Gesetzes für den öffentlichen Dienst zu unternehmen. Der Fraktionssprecher der Christdemokraten hat die Regierungsparteien zu einer Beratung über einen Gesetzentwurf aufgefordert, nach dem die Regierung nur Verträge für die öffentlichen Dienste abschließen darf, wenn diese auch eine Regelung zur Einschränkung des Streikrechts enthalten. Die drei Gewerkschaftsverbände, die unter dem Druck des Dienstherrn sowie der spalterischen Aktionen der ,,Autonomen'' Gewerkschaften stehen, haben das Vorhaben der Regierung zurückgewiesen, gleichzeitig aber angekündigt, daß bis zum 30.3. ein schon länger geplanter ,,Codex der Streikordnung auf freiwilliger Basis'' für die öffentlichen Transportunternehmen verabschiedet werden soll. Dieser sieht u.a. vor: zu bestimmten Zeitpunkten (Weihnachten, Ostern, Wahlen usw.) dürfen keine Streiks stattfinden; in den verschiedenen Transportbereichen soll nicht gleichzeitig gestreikt werden; die Streiks sollen 48 Stunden nicht überschreiten und 8 Tage vor Beginn bekanntgegeben werden. Innerhalb der Gewerkschaften gibt es über einen solchen Codex keineswegs Einigkeit: viele betonen, daß die Regierung – die jetzt wieder bewußt die Verhandlungen hinauszögert – und nicht die Belegschaften für die sich verschärfenden Kampfmaßnahmen verantwortlich ist.



Am 14. März sind Verhandlungen der Gewerkschaft der Bergarbeiter der USA mit den Kapitalisten gescheitert. Am Tage des Auslaufens des 3jährigen Abkommens, dem 27., wird der Streik der Bergarbeiter im Osten beginnen. Durchgesetzt werden soll Erhöhung des Lohnes um 51% in 3 Jahren, Absicherung von Zulagen und die Beibehaltung eines branchenweiten Rentenfonds. Diesen wollen die Kapitalisten in betriebliche Fonds auflösen. – *Bild:* Demonstration von Bergarbeitern am 9.3. gegen Kürzung der Sozialprogramme.

Fernfahrer für das Verbot von Be- und Entladearbeiten

acm. Über 10000 Unterschriften haben die organisierten Fernfahrer in der ÖTV bisher für das Verbot des Be- und Entladens von Lastwagen durch die Fahrer selbst gesammelt. Immer mehr Firmen verlangen von den Fahrern, daß sie ihre Fahrzeuge allein beladen. Der Stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Merten, wies auf eine erhebliche Gefährdung der Verkehrssicherheit hin. Als ,,grotesk'' bezeichnete es die ÖTV, daß die Fachvereinigung Güterfernverkehr Schleswig-Holstein in einer Stellungnahme eine solche Schwerstarbeit als ,,Ausgleichssport'' darzustellen suchte.

Streik setzt britische Regierung aufs Trockene

frb. Der seit zwei Wochen andauernde Streik im öffentlichen Dienst Großbritanniens konzentriert sich auf die Computerzentren der Finanzverwaltung, so daß die britische Regierung rund ⅔ der fälligen Steuereinnahmen nicht kassieren kann. Beim Zoll werden jetzt die südenglischen Häfen bestreikt, im Bereich des Verteidigungsministeriums vor allem Marineeinrichtungen einschließlich der Polaris-U-Boot-Stützpunkte in Schottland. Die gezielten Streiks – von letzter Woche 2300 Beschäftigten – sollen die Regierung an besonders empfindlichen Stellen treffen, ohne die Streikkassen zu sehr zu belasten.

Generelles Verbot von Asbest!

Tödliche Gefahren erwiesen – Industrie will nicht auf Asbest verzichten

hev. „Der Gewerkschafter" vom Juni des letzten Jahres bezieht sich auf die Ergebnisse einer im Auftrag der Regierung der USA durchgeführten Untersuchung über das Krebsrisiko und rechnet die dort ermittelten Zahlen auf die BRD hoch. Danach ist von 20 bis 30% Anteil der ca. 150000 Krebstoten jährlich als Folge von Arbeitsbedingungen auszugehen, also von ca. 30000 bis 40000 Toten, die durch Einwirkung von krebserregenden Substanzen am Arbeitsplatz ihr Leben lassen mußten. Von der Berufsgenossenschaft anerkannt werden pro Jahr aber nur 50 Fälle mit Krebs als Todesursache.

Eine der Substanzen, die mit Sicherheit Krebs auslösen können, ist Asbest. Es ist ein in der Natur als Faser vorkommendes Mineral der Kieselsäure von äußerst geringem Durchmesser. Zum Vergleich: menschliches Haar hat einen Durchmesser von 0,04 Millimetern, Asbest aber nur von 0,00002 Millimetern, d.h. die Asbestfaser ist 10000 mal dünner als Haar. Vor 100 Jahren begann die industrielle Anwendung, seit dem 2. Weltkrieg ist die Weltasbestproduktion steil angestiegen und erreicht inzwischen rund 5 Mio. Tonnen im Jahr, in der Bundesrepublik zwischen 150000 und 200000 Tonnen. Asbest ist feuerfest, verspinnbar, besitzt eine hohe Zug-und Abriebfestigkeit, ist säurebeständig und nur gering thermisch und elektrisch leitfähig. Es findet wegen dieser hervorragenden Eigenschaften Verwendung als Asbestzement, Brandschutzplatte, Reibbelag (z.B. Bremsbelag), Dichtung, Kunststoffverstärkung, als feuerfeste Bekleidung und Verpackungsmaterial und als hitzebeständiger Filter.

Seine gesundheitsschädigende Wirkung ist rund 80 Jahre bekannt. Um die Jahrhundertwende werden erste Fälle von Asbestose in England und Frankreich beschrieben. In Deutschland wird die Asbestose erst 1936 entschädigungspflichtige Berufskrankheit. Das Mesotheliom, eine bösartige Geschwulst von Rippen- und Bauchfell wird erst 1977 in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen. Vor dem Hintergrund dieser Daten, die zeigen, daß ungezählte Arbeiter der Asbestindustrie über mehrere Generationen trotz Kenntnis der Risiken in den Tod und ihre Hinterbliebenen in eine unsichere wirtschaftliche Existenz geschickt wurden, muß man die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) werten: „Ein Verbot der Verwendung von Cadmium bzw. Asbest ist nach Auffassung des BDI weder aus umweltpolitischen noch aus wirtschaftspolitischen Gründen zu rechtfertigen. Die Industrie werde auch weiterhin selbstverständlich alle Maßnahmen ergreifen, die in sinnvoller Weise denkbare Belastungen des Menschen durch Cadmium und seine Gefährdung durch Asbest verringern." Aufgeschreckt wurden die Industriellen durch einen Bericht des Umweltbundesamtes über die „Umweltbelastung durch Asbest und andere faserige Feinstäube", in dem zwar ein Verbot nicht gefordert, aber so detaillierte Kenntnisse über Asbest verbreitet werden, daß die Gewerkschaften daraus unbedingt die Forderung nach einem Verbot von Asbest und einigen Ersatzstoffen ableiten müssen und dies zum Teil auch schon tun. IG-Chemie-Vorsitzender Hauenschild im „Spiegel" 10/81: „Asbest kommt als Mineral in der Natur vor, das läßt sich nicht verbieten. Aber überall da, wo erwiesenermaßen bei der Produktion, bei der Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von Asbest das Risiko unheilbarer Erkrankungen entsteht, muß das Produkt weg."

Dieses Risiko besteht nach dem Bericht *immer*, was mit der Wirkungsweise der Asbestfaser im menschlichen Organismus zusammenhängt. Die Faser ist nicht giftig, dringt aber durch die Bronchen bis in die Zellen der Lungenbläschen, den Alveolen, vor und verursacht dort durch chronische Reizung einen Umbau des Lungengewebes zu Bindegewebe – ein Vorgang, der grob mit der Narbenbildung nach Hautverletzung verglichen werden kann. Dadurch wird die atmungsfähige Lungenoberfläche immer mehr eingeschränkt, die Betroffenen leiden mit den Jahren zunehmend unter Atemnot schon bei ganz geringen Belastungen, bis sie schließlich eines qualvollen Erstickungstodes sterben. Diese Erkrankung heißt Asbestose und ist gegen die verschiedenen bösartigen Geschwulste, die durch das Asbest hervorgerufen werden können, noch als relativ harmlos anzusehen. Es sind dies die bereits erwähnten Mesotheliome, mit Sicherheit der Bronchialkrebs und mit großer Wahrscheinlichkeit Magen-Darm-Krebs. In Tierversuchen konnten die Kriterien, unter denen es zur Ausbildung von Krebs durch Asbest kommt, schon ziemlich weitgehend abgeklärt werden. Entscheidende Bedeutung hat die Fasergröße, wobei längere Fasern gefährlicher als kurze zu sein scheinen. Wichtig ist die Menge der Fasern, aber hier deuten einzelne Ergebnisse darauf hin, daß noch bei äußerst geringen Faserkonzentrationen (0,1 Faser pro cm^3) ein Krebsrisiko besteht, d.h., selbst bei optimalen Schutzvorrichtungen bei der Verarbeitung von Asbest genügen die geringen Konzentrationen von Asbest in der Außenluft, die bei der Verwitterung von Asbestplatten und -zement frei werden, für eine allgemeine Gefährdung der gesamten Bevölkerung (s. Bild). Nach bisherigen Erkenntnissen gibt es eine untere Grenze der Faserkonzentration, die ein Krebsrisiko mit Sicherheit ausschließt, nicht. Im Gegenteil: Die Hinweise dafür, daß gerade Kleinstmengen, die in kurzer Zeit aufgenommen werden, stark krebserzeugend wirken, sind laut Bericht kaum zu übersehen.

Daß hier eine Zeitbombe tickt, wird noch an anderen Punkten deutlich. Es dauert ca. 20 Jahre (10–40 Jahre), bis nach einer Asbestexposition (=der Aufnahme von Asbest) ein Mesotheliom entsteht. 1977 wurden 9, 1978 gerade 20 Fälle von der Berufsgenossenschaft anerkannt. Demgegenüber stehen bei den in der Bundesrepublik durchgeführten ca. 63000 Leichenöffnungen bei insgesamt 750000 Todesfällen jährlich 1978 insgesamt 135 entdeckte Mesotheliome und 1979 insgesamt 159 Mesotheliome. Die übrigen Krebse, für deren Ursache Asbest in Frage kommt, sind da noch gar nicht berücksichtigt. Die Dunkelziffer ist also sehr groß und der Zusammenhang mit einer *beruflichen* Asbestexposition gar nicht immer nachzuweisen. Aus der Tatsache, daß Asbest in der Natur nicht zersetzt oder biologisch-chemisch abgebaut wird, sondern die einmal in der Luft vorhandene Menge dort bleibt, ist darauf zu schließen, daß die schlimmsten Krebsfolgen noch bevorstehen und daß ein Abbau des jetzt schon bestehenden Krebsrisikos über Generationen hinaus nicht mehr möglich ist.

Die Asbestfaserkonzentration in der Außenluft ist in den Städten Westdeutschlands schon heute 10 bis 100 mal höher als in der Provinz und sogar 1000 Mal höher als in den sog. Reinluftgebieten. In Nordenham, wo der zweitgrößte Asbestkonzern der Welt Asbestos Corp. ein Werk besitzt, sind bereits 80% aller Fasern in der Luft Asbeste, während es beispielsweise im Sauerland „nur" 10% sind. In Wilhelmshaven, wo große Asbestmengen im Kriegsschiffbau Verwendung finden, ist das Risiko, ein Mesotheliom zu bekommen, 21,5 Mal größer als in unverseuchten Gebieten. Wenn die Arbeiterbewegung ein Asbestverbot durchsetzt, dann geschieht das also im Namen der ganzen Gesellschaft.



Links unten: Oberflächenbeschaffenheit einer Standard-Asbestplatte im fabrikneuen Zustand, Vergrößerung 600fach. *Links oben:* Einfluß 12jähriger Verwitterung auf eine Wellasbestzementplatte, Vergrößerung 240fach. *Rechts:* Messung der Staubentwicklung beim Trennschleifen von Asbestplatten.

Im Bericht des Umweltbundesamtes wird ein Asbestverbot nicht ins Auge gefaßt, „da in einigen Verwendungsbereichen die Entwicklung von Ersatzstoffen noch nicht ausreichend fortgeschritten ist." In Frage kämen vor allem Glasfasern, Stahl, Kohlenstoffasern und Kunstoffasern wie z.B. Teflon und Polyester. Sie vereinigen nicht alle Eigenschaften des Asbest in einer einzigen Substanz, zusammengenommen könnten sie aber schon heute nahezu alle Asbestverwendungen ersetzen. Ihre Unschädlichkeit ist auch nicht erwiesen. Dies gilt hauptsächlich für die Glasfasern, für die die gleichen Kriterien der Faserlänge und des Durchmessers bei der Krebsentstehung gelten wie für Asbest. Glasfasern setzen sich aber leichter am Boden ab, sodaß nur 1% der Menge gleich großer Asbestfasern in der Luft nachzuweisen sind. Das vom Umweltbundesamt vorgeschlagene Verfahren, über einen langen Zeitraum verteilt und abhängig von der Entwicklung alternativer Produkte erst nach und nach einzelne Asbestverwendungen einzuschränken, öffnet den Kapitalisten Tür und Tor, diese Entwicklung schleifen zu lassen. Formulierungen im Vorschlag wie „Emissionen sollten ... so weit wie möglich vermieden werden", zeigen den wahren Geist der Verfasser, die bei einem so eindeutig als lebensgefährlich erkannten Stoff auf alle Fälle die Kapitalisten schonen wollen und auch keinen Vorschlag unterbreiten, die als gefährlich erkannten Ersatzstoffe am besten gleich mit zu verbieten. Ein solches Verbot wäre für die Kapitalisten ein echter Zwang, nach geeigneten Ersatzstoffen zu suchen. Schonung der Kapitalisten durch Nicht-Verbot hieße nur Verzögerung dieser notwendigen Entwicklungen und weitere nur schwer kalkulierbare Risiken für die Bevölkerung.

Die Gewerkschaften scheinen gewillt zu sein, in Richtung Verbotsforderung zu gehen, lassen aber noch Flanken offen. Im oben genannten „Spiegel"-Interview weicht Hauenschild aus. „Spiegel": „Aber über die Gefahr, die von Asbest ausgeht, besteht doch kein Zweifel mehr. Müßten sich die Gewerkschaften hier nicht entschieden für ein generelles Verbot einsetzen?" Hauenschild: „Wir sind für ein Verbot in allen Anwendungsbereichen, wo Leben und Gesundheit der Erzeuger oder der Verwender dieses Produkts gefährdet werden." „Spiegel": „Plädieren sie damit für ein Verbot der Asbestprodukte, wie sie etwa die Firma Eternit herstellt?" Hauenschild: „Nicht unbedingt. Ich glaube, daß man bei der Herstellung von Asbestzementprodukten die Gefahren für die Arbeitnehmer in den Griff bekommen kann. Wenn man z.B. die Arbeitsstätten total feucht hält, dann kann auch kein Asbeststaub mehr eingeatmet werden." Aber so einfach ist das eben nicht. Vielleicht kann an dieser Arbeitsstätte die Asbestemission sehr niedrig gehalten weden, aber andere Menschen, die nicht täglich gelernt haben, mit dem gefährlichen Stoff umzugehen, sind hochgradig gefährdet. Auch Umweltbelastungen, die durch Verwitterung von Asbestplatten oder Abriß von Gebäuden, in denen Asbest Verwendung gefunden hat, entstehen, sind damit eben nicht ausgeschlossen. Die Arbeiterbewegung sollte sich hier für sich und für die gesamte Bevölkerung für ein generelles und ausnahmsloses Verbot einsetzen. In Schweden ist ein Asbestverbot schon sehr weitgehend durchgesetzt, das haben die schwedischen Gewerkschaften erreicht. .

stoffverstärkung, als feuerfeste Bekleidung und Verpackungsmaterial und als hitzebeständiger Filter.

Seine gesundheitsschädigende Wirkung ist rund 80 Jahre bekannt. Um die Jahrhundertwende werden erste Fälle von Asbestose in England und Frankreich beschrieben. In Deutschland wird die Asbestose erst 1936 entschädigungspflichtige Berufskrankheit. Das Mesotheliom, eine bösartige Geschwulst von Rippen- und Bauchfell wird erst 1977 in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen. Vor dem Hintergrund dieser Daten, die zeigen, daß ungezählte Arbeiter der Asbestindustrie über mehrere Generationen trotz Kenntnis der Risiken in den Tod und ihre Hinterbliebenen in eine unsichere wirtschaftliche Existenz geschickt wurden, muß man die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) werten: „Ein Verbot der Verwendung von Cadmium bzw. Asbest ist nach Auffassung des BDI weder aus umweltpolitischen noch aus wirtschaftspolitischen Gründen zu rechtfertigen. Die Industrie werde auch weiterhin selbstverständlich alle Maßnahmen ergreifen, die in sinnvoller Weise denkbare Belastungen des Menschen durch Cadmium und seine Gefährdung durch Asbest verringern." Aufgeschreckt wurden die Industriellen durch einen Bericht des Umwelt-

die Betroffenen leiden mit den Jahren zunehmend unter Atemnot schon bei ganz geringen Belastungen, bis sie schließlich eines qualvollen Erstickungstodes sterben. Diese Erkrankung heißt Asbestose und ist gegen die verschiedenen bösartigen Geschwulste, die durch das Asbest hervorgerufen werden können, noch als relativ harmlos anzusehen. Es sind dies die bereits erwähnten Mesotheliome, mit Sicherheit der Bronchialkrebs und mit großer Wahrscheinlichkeit Magen-Darm-Krebs. In Tierversuchen konnten die Kriterien, unter denen es zur Ausbildung von Krebs durch Asbest kommt, schon ziemlich weitgehend abgeklärt werden. Entscheidende Bedeutung hat die Fasergröße, wobei längere Fasern gefährlicher als kurze zu sein scheinen. Wichtig ist die Menge der Fasern, aber hier deuten einzelne Ergebnisse darauf hin, daß noch bei äußerst geringen Faserkonzentrationen (0,1 Faser pro cm^3) ein Krebsrisiko besteht, d.h., selbst bei optimalen Schutzvorrichtungen bei der Verarbeitung von Asbest genügen die geringen Konzentrationen von Asbest in der Außenluft, die bei der Verwitterung von Asbestplatten und -zement frei werden, für eine allgemeine Gefährdung der gesamten Bevölkerung (s. Bild). Nach bisherigen Erkenntnissen gibt es eine untere Grenze der Faserkonzentration, die ein Krebsrisiko




Links unten: Oberflächenbeschaffenheit einer Standard-Asbestplatte im fabrikneuen Zustand, Vergrößerung 600fach. *Links oben:* Einfluß 12jähriger Verwitterung auf eine Wellasbestzementplatte, Vergrößerung 240fach. *Rechts:* Messung der Staubentwicklung beim Trennschleifen von Asbestplatten.

schaft anerkannt. Demgegenüber stehen bei den in der Bundesrepublik durchgeführten ca. 63000 Leichenöffnungen bei insgesamt 750000 Todesfällen jährlich 1978 insgesamt 135 entdeckte Mesotheliome und 1979 insgesamt 159 Mesotheliome. Die übrigen Krebse, für deren Ursache Asbest in Frage kommt, sind da noch gar nicht berücksichtigt. Die Dunkelziffer ist also sehr groß und der Zusammenhang mit einer *beruflichen* Asbestexposition gar nicht immer nachzuweisen. Aus der Tatsache, daß Asbest in der Natur nicht zersetzt oder biologisch-chemisch abgebaut wird, sondern die einmal in der Luft vorhandene Menge dort bleibt, ist darauf zu schließen, daß die schlimmsten Krebsfolgen noch bevorstehen und daß ein Abbau des jetzt schon bestehenden Krebsrisikos über Generationen hinaus nicht mehr möglich ist.

den, ist das Risiko, ein Mesotheliom zu bekommen, 21,5 Mal größer als in unverseuchten Gebieten. Wenn die Arbeiterbewegung ein Asbestverbot durchsetzt, dann geschieht das also im Namen der ganzen Gesellschaft.

Im Bericht des Umweltbundesamtes wird ein Asbestverbot nicht ins Auge gefaßt, „da in einigen Verwendungsbereichen die Entwicklung von Ersatzstoffen noch nicht ausreichend fortgeschritten ist." In Frage kämen vor allem Glasfasern, Stahl, Kohlenstoffasern und Kunstoffasern wie z.B. Teflon und Polyester. Sie vereinigen nicht alle Eigenschaften des Asbest in einer einzigen Substanz, zusammengenommen könnten sie aber schon heute nahezu alle Asbestverwendungen ersetzen. Ihre Unschädlichkeit ist auch nicht erwiesen. Dies gilt hauptsächlich für die Glasfasern, für die die gleichen Kriterien der Faserlänge und des

für ein generelles Verbot einsetzen?" Hauenschild: „Wir sind für ein Verbot in allen Anwendungsbereichen, wo Leben und Gesundheit der Erzeuger oder der Verwender dieses Produkts gefährdet werden." „Spiegel": „Plädieren sie damit für ein Verbot der Asbestprodukte, wie sie etwa die Firma Eternit herstellt?" Hauenschild: „Nicht unbedingt. Ich glaube, daß man bei der Herstellung von Asbestzementprodukten die Gefahren für die Arbeitnehmer in den Griff bekommen kann. Wenn man z.B. die Arbeitsstätten total feucht hält, dann kann auch kein Asbeststaub mehr eingeatmet werden." Aber so einfach ist das eben nicht. Vielleicht kann an dieser Arbeitsstätte die Asbestemission sehr niedrig gehalten weden, aber andere Menschen, die nicht täglich gelernt haben, mit dem gefährlichen Stoff umzugehen, sind hochgradig gefährdet. Auch Umweltbelastungen, die durch Verwitterung von Asbestplatten oder Abriß von Gebäuden, in denen Asbest Verwendung gefunden hat, entstehen, sind damit eben nicht ausgeschlossen. Die Arbeiterbewegung sollte sich hier für sich und für die gesamte Bevölkerung für ein generelles und ausnahmsloses Verbot einsetzen. In Schweden ist ein Asbestverbot schon sehr weitgehend durchgesetzt, das haben die schwedischen Gewerkschaften erreicht. .

Metallkapitalisten befürchten Vorbereitungen der IGM für Urabstimmung und Streik

Annahme des Bauabschlusses durch die Gewerkschaft unsicher / zweite Verhandlung öffentliche Dienste / IG Chemie Hauptvorstand empfiehlt 7% als Forderung

vol. Trotz erneuter großer Beteiligung der Metallarbeiter an den Aktionen in dieser Woche, so daß jetzt ca. 900000 sich an den Streiks beteiligten, bewegen sich die Angebote der Kapitalisten nur noch in Zehntelprozentschritten. Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, hat gegenüber der FAZ erklärt, die 4,1% und eine einmalige Zahlung für die Lohngruppen unterhalb des Ecklohnes, so daß alle mindestens die Ecklohnerhöhung erhalten, sei das „letzte" Angebot der Kapitalisten. Dem Handelsblatt gegenüber haben die Kapitalisten erklärt, daß ohne einen harten Arbeitskampf eine 5 vor dem Komma nicht drin wäre.

Nach der Beiratssitzung am Dienstag erklärte der Vorsitzende der IGM Loderer, daß für die IGM die „Verhandlungsmöglichkeiten in dieser Lohnrunde noch nicht ausgereizt sind". Hans Janßen forderte vor dem Beirat die Fortsetzung und Verstärkung der Taktik der „Neuen Beweglichkeit". Nach den Erklärungen der Kapitalisten wie auch den Versuchen z.B. des Handelsblattes, 4 bzw. 4,1 Prozentangebote für die *unteren* Lohngruppen und durch Einbeziehung der Urlaubsverbesserungen auf 5,56% hochzurechnen, muß man bezweifeln, ob mit dieser Taktik die Kapitalisten weiter zu tatsächlichen Erhöhungen ihres Angebots gezwungen werden können.

Die Ankündigung einer Urabstimmung für Streik, falls die Kapitalisten sich nicht schnell dazu durchringen, ein Angebot in der Höhe der tatsächlichen Inflationsrate der ersten zwei Monate von über 5,5% zu machen, wird die Widersprüche unter den Kapitalisten erneut in Bewegung setzen. Nach einer Übersicht der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung sind die Gewinnaussichten der Metallkapitalisten höchst unterschiedlich. Die Elektroindustrie erwarte in den nächsten Monaten eine Gewinnsteigerung von 10%, der Maschinenbau ebenfalls ein leichtes Wachstum, während die Profite in der Automobilindustrie noch mal sinken sollen. Das Gewicht einer Urabstimmung ist groß, weil die Fähigkeit der IG Metall zu einem Streik durch die Aktionen in den letzten Wochen eindrucksvoll unterstrichen worden ist. Dies befürchten die Kapitalisten, die schon die Verschiebung des Verhandlungstermins für Nordwürttemberg/Nordbaden von Mittwoch auf Donnerstag letzter Woche als Vorbereitung für einen Streik durch Austausch des bisherigen „Pilotbezirkes" Hessen durch das kampferprobtere NW/NB einschätzten.

In der nächsten Woche bis zum 26. entscheidet sich auch, ob der „Beispielabschluß" für die Kapitalisten in der Bauindustrie in der Gewerkschaft beschlossen wird. Der Vorsitzende der IG Bau Sperner hat vor der Presse erklärt, daß ein Zustandekommen dieses Abschlusses in der IG Bau stark umkämpft ist. Alle baden-württembergischen Bezirke haben sich wahrscheinlich gegen die Annahme der 4% entschlossen, ebenso etliche Bezirke in anderen Regionen (siehe letzte KVZ). Dabei gibt es in der Bauindustrie eine Reihe von Besonderheiten, die eine reine Übertragung dieses Abschlusses auf andere Tarifbereiche sowieso unmöglich machen. Der niedrigste Tariflohn in der Bauindustrie in NRW liegt bei 11,47 DM/h, während z.B. in der IGM NRW der höchste Tariflohn bei 12,44 DM/h steht. Darüberhinaus ist zusammen mit dem Lohntarif ein neuer Manteltarifvertrag abgeschlossen worden, der erhebliche Verbesserungen bei den Zulagen, Auslösungen, Verpflegungszuschüssen und Kilometergeld vorsieht. Dies macht zwar die 4% als reine Lohnerhöhung auch nicht besser, erklärt aber, warum dieser Abschluß nicht rundweg abgelehnt wird.

Die zweite Verhandlung in den öffentlichen Diensten ist mit einem 3% Angebot und dessen Ablehnung durch die Gewerkschaften beendet worden. Daß dieses Angebot etwas höher ist als das erste Angebot der Kapitalisten in der ersten Verhandlung der Metallindustrie wie auch, daß es jetzt vorgelegt wurde, hat zwei Gründe. Einerseits haben mit der Protestkundgebung des DGB, ÖTV und GEW in NRW am 17.3., an der sich ca. 11000 beteiligten, wie aber auch Straßenaktionen der Kreisverwaltungen z.B. in Ludwigsburg die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten ihre Mobilisierung für den Kampf gezeigt. Dabei sind in der letzten Woche erhebliche Fortschritte gemacht worden. Der zweite Grund ist das Bemühen der Regierungsseite, einer Solidarisierung der ÖTV-Lohnabhängigen und der IGM so weit wie möglich entgegen zu arbeiten. Obwohl der ÖTV-Vorstand immer wieder erklärt hat, er wolle sich an den Ergebnissen der Industriegewerkschaften auch orientieren, weshalb die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten ein starkes Interesse an Unterstützung der IG Metall entwickeln, gibt es unverständlicherweise auch von dieser Seite Versuche, künstliche Trennungslinien aufzubauen. So ist zu den Angriffen der Kapitalisten auf die IG Metall auf der Kundgebung in Düsseldorf kein Wort gesagt worden.

Baum hatte sich für diese Verhandlungen vorgenommen, eine Annäherung in der Einschätzung der Finanzsituation der „öffentlichen Hand" zu erreichen. Nach den Verhandlungen hat er erklärt, daß die 3% nicht viel Verhandlungsspielraum beinhalteten. Betont worden ist dabei noch einmal von seiner Seite, daß die letzte Steuerschätzung ein Sinken der Steuereinnahmen um 1,8 Mrd. DM bedeutete.

Unsicherheit gibt es über den weiteren Kurs der Gewerkschaften in diesen Tarifkämpfen. Während die IG Metall weiterhin an der Reallohnsicherung und der stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen festhält, hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker Zweifel geäußert, ob Reallohnsicherung noch erreichbar ist, ohne seine Vorstellungen zu präzisieren. Bekannt ist nur, daß er versucht, die noch immer starke Strömung für einen Festgeldabschluß innerhalb der ÖTV mit Berichten über die schlechten Absichten von „Bruder Johannes" Rau zu schwächen. Diese schlechten Absichten natürlich zugegeben, ist es trotzdem nicht von der Hand zu weisen, daß – wenn ein Abschluß um die 5% nicht gelingt – die Masse der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten bei Festgeld von 100 bis 120 DM besser wegkommt und eine Spaltung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gelingen kann.

Leider in die gleiche Richtung wie Klunckers laute Überlegungen geht die Tarifempfehlung des IG-Chemie-Hauptvorstandes. Ohne ein Wort zu den Gründen für eine Erhöhung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne starrt der IG-Chemie-Vorstand auf „die wirtschaftliche Lage" und „die vorausschaubare Entwicklung der chemischen Industrie" und „geringer gewordene Verteilungsspielräume", was bei 7% ohne alles endet. Begründet wird dies mit den gleichzeitig geführten Verhandlungen über einen Entgeltrahmentarifvertrag, wo Arbeitsbedingungen und Löhne von Arbeitern und Angestellten vereinheitlicht werden sollen. Allerdings wird ein reiner Prozentabschluß und dazu noch niedriger als bei Metall ansignalisiert, diese Verhandlungen keineswegs erleichtern, sondern erschweren. Die Verhandlungsspielräume der Kapitalisten werden so aufgrund steigender absoluter Differenzen zwischen den Lohngruppen und zwischen Arbeitern und Angestellten ebenso steigen. Eine Orientierung auch in der Forderung an der Metallindustrie würde dagegen gerade jetzt den Kampf der Metallarbeiter unterstützen wie auch den Interessen der Lohnabhängigen in der Chemie in der gegenwärtigen Lage gerechter werden.

,Bots' – ,,Aufstehn"
Ausdruck der verschiedenen Kämpfe

acm. Die Gruppe ,,Bots" (zu deutsch: Schlag, Stoß) stammt aus Holland und hat jetzt erstmals eine LP mit deutschen Texten herausgegeben, seitdem sie auch bekannt geworden ist durch Teilnahme an ,,Rock gegen Rechts" – Konzerten. Seit Beginn des Jahres hat sie schon verschiedenste Konzerte, auch auf Veranstaltungen von Instandbesetzern, gegeben und weitere finden statt.

,,Aufstehn" ist eine LP mit sieben Titeln, die musikalischen Einflüsse sind unterschiedlich, die Fertigung professionell wie auch die Beherrschung der Instrumente. Diese sind reichhaltig: es geht von der Grundausstattung Bass, Schlagzeug, Gitarre, Orgel/Piano über die häufig eingesetzten Saxophone und Flöte bis hin zum Akkordeon. Dadurch erhält die LP keinen Kompaktsound, sondern verschiedenartige Elemente der Musik, wechselnd zwischen Lied- und Chansonähnlichem mit Blues- und Country-Passagen bis zu lockeren Rocksequenzen. Die Stärken liegen im Liedhaften und weichen, ein wenig traurigen Teilen und den besagten lockeren Rocksequenzen. Vor allem wirken hier Saxophonsolos/Sätze und die Flöte außerordentlich gut, die unverkennbar durch Jazz-Einflüsse gekennzeichnet sind. Vorherrschend ist Einzelgesang; in den Rockpassagen wird aber auch Chorgesang eingesetzt oder wie bei dem Titel ,,Sieben Tage lang" wird von der Möglichkeit eines Vorsängers mit Chorwiederholung Gebrauch gemacht, was den angelegten Marschrhythmus noch mehr verstärkt und betont. Musikalische Vorbilder finden sich einige: mal Reinhard Mey (im Anfang von ,,Nichtsnutz") oder Udo Lindenberg (,,Krüppel"), wie in den Orgel/Piano-Passagen Procol Harum (,,Doktor"). Dabei behält die Musik der Gruppe aber doch eine Eigenständigkeit.

Ihre Bekanntheit verdankt die Gruppe aber auf jeden Fall den Texten. Bei der Übersetzung, oder auch dem Schreiben, haben ihnen im wesentlichen Günter Wallraff, Henning Venske und Wolf Biermann geholfen. Grundsätzlich sind es Texte, die die herrschenden Verhältnisse angreifen, wobei der Einfluß von links-sozialdemokratischen Strömungen unverkennbar ist, und eine gewisse Oberflächlichkeit in der Behandlung der Themen bemerkt man sofort. Da ist es im Stück ,,Der Mann" die Rolle des Mannes in der Gesellschaft die von der Frage der ,,Männlichkeit" her aufgerollt wird, woraus auch die Unterwerfung unter den Willen des Chefs komme. Und da wird in dem Titel ,,Nichtsnutz" aus der Erziehung des Kindes auf Entwicklung zum Kapitalisten geleitet, was wirklich platt ist, denn wenn man die spießerischen Erziehungsmethoden angreift, dann hat man damit nicht unbedingt die Erziehung zum Kapitalisten karrikiert. So geht denn die wohlgemeinte Kritik an der Machtlosigkeit der Kinder in der Gesellschaft etwas schräg ab.

Ansonsten gibt es viele Beschreibungen der Probleme: Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühl beim Arbeitslosen in ,,Krüppel". Beschreibung von Hetze gegen Ausländer, wo doch die Gemeinsamkeit im Kampf gegen die Ausbeutung bestehen sollte, in ,,Ali". Zwei Titel bilden auf der Platte wohl mehr oder weniger die Plattform der ,,Bots". Zum einen ist dies eine Art Trinklied, ,,Sieben Tage lang": erst sieben Tage trinken, dann sieben Tage für sich selbst und gemeinsam arbeiten und dann kämpfen gegen Frust und für eine bessere Zunkunft – und das nicht allein. Zum anderen das Titel-Stück ,,Aufstehen", was sich im Text ganz an den von Georg Danzer anlehnt:

,,Alle die nicht schweigen, auch nicht, wenn sich Knüppel zeigen, soll'n aufstehen / Die zu ihrer Freiheit auch die Freiheit des Nachbarn brauchen, soll'n aufstehn / Alle für die Nehmen schön wie Geben ist / und Geld verdienen nicht das ganze Leben ist, / die von ihrer Schwäche sprechen und sich kein' dabei abbrechen, soll'n aufstehn. Es gibt so viele, die wie du auf bessere Zeiten warten / wo keiner sich mehr Angst um morgen macht, / aber *unser* Morgenrot kommt nicht nach einer durchgeschlafenen Nacht / Wir träumen von 'ner Revolution hier, doch wer will schon, daß dabei Blut fließt. / Wenn du dich da ganz mitbringst, / mag sein, daß es gelingt, dich ganz und deinen Traum mitbringst / mag sein, daß es gelingt ..."

Dieses Lied entspricht ziemlich dem Stand der Bewegung gegen Wohnungsnot, Atomkraftwerke, Not der Alten – dem Wunsch nach einem besseren Leben. Durch die Musik verstärkt, wirkt es wie eine Hymne. Darauf basiert auch der Erfolg der Gruppe bei verschiedensten Konzerten. Insgesamt wirkt die Platte als *Ausdruck* der momentanen Kämpfe. Darüber hinaus geht sie nicht.

Sehr erfreulich an der Platte ist, daß Texte und Gitarrenharmonien abgedruckt sind und: ,,für nicht kommerziellen Gebrauch (Unterrichtseinheiten, Amateurrockgruppen, Liedermacher u.ä.) stellt ,die & die Kulturladen' (Redelstr. 9 – 11, 6000 Frankfurt 60) auch unbesungene Playbach-Bots-Cassetten gegen Unkostengebühr zur Verfügung."

Immer größerer Anteil junger Arbeitsloser

Hoffnungen auf den ,,Pillenknick" sind verfehlt / Kampagne des DGB gegen Jugendarbeitslosigkeit im Frühjahr

acm. Im Februar dieses Jahres ist die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen auf 103595 angestiegen. Entgegen dem leichten Rückgang bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag bei den bis zu 20jährigen noch ein Anstieg von 0,9% vor. Das Bildungsministerium legt seine Hoffnungen jetzt darauf, daß in den nächsten Jahren eine Abnahme der Jugendlichen auf Grundlage des ,,Pillenknicks" eintreten wird und daraus folgend automatisch die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden sinken werde. Diese Aussagen sind mit äußerster Vorsicht zu betrachten, denn sie abstrahieren von der sich entwickelnden Krise.

Schaut man sich die beistehende Tabelle an, die die Entwicklung der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum erfaßt, wird sofort deutlich:

1. Der Trend der Jugendarbeitslosigkeit geht wieder stark nach oben. Allein vom September 1980 bis Februar 1981 sind über 20000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos geworden. ,,Fast 75% oder 60100 der Arbeitslosen unter 20 Jahren war ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das waren 21% oder 10400 mehr als im Herbst 1979. Seit September 1976 hat sich der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung kontinuierlich erhöht (September 1976: 62,5%)," schreibt die Bundesanstalt. Eine solche Steigerung wie von September 1980 bis Februar 1981 hat es vergleichsweise nie gegeben. Z.B. von September 1976 bis Februar 1977 stieg die Anzahl dieser Arbeitslosen zwar auch von ca. 102000 auf ca. 110000, das sind aber ,,nur" 8000 gegenüber 20000, die jetzt zu verzeichnen sind. Daß sich dabei der Anteil der Jugendlichen, die ganz ohne Berufsausbildung sind, weiter erhöht, verwundert da auch nicht. An diesen Zahlen zeigt sich schon die explosionsartige Ausdehnung der industriellen Reservearmee durch das Kapital.

2. Richtig ist es, die Arbeitslosen im Alter von 20 – 25 Jahren in die Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit mit einzubeziehen. Die Gründe dafür sind, daß viele Auszubildende heute weitaus älter sind als früher. Dies hängt mit verlängertem Schulbesuch zusammen, und damit, daß immer weniger Abiturienten auf die Hochschule gehen und einen Ausbildungsplatz suchen. Die Generation der Arbeiterjugend ist heute im *Durchschnitt älter*, wie man es schon an den Schwierigkeiten erkennen kann, heute noch Jugendvertretungen zu wählen. – Die Einbeziehung dieses jungen Teils der Arbeiterklasse zeigt wiederum: Seit 1974 ist über ein Viertel der industriellen Reservearmee bis 25 Jahre jung. Da bislang diese Zahlen (für die 20 – 25jährigen) nur halbjährlich, ab '81 vierteljährlich erhoben werden, ist die Entwicklung in den letzten 5 Monaten nicht zu verfolgen. Aber ein Übersteigen eines Anteils von 30% an allen Arbeitslosen ist leicht möglich. Das wäre eine neue Entwicklung der Reservearmee in der BRD.

3. Daraus ist aber auch ersichtlich, daß nicht einfach der ,,Pillenknick" über die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit bzw. den Anteil der jüngeren Arbeiter an der Arbeitslosigkeit entscheidet, sondern vor allem die Entwicklung der Krise des Kapitalismus selber. Jede Hoffnung auf den ,,Pillenknick" beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist also verfehlt.

Das ist auch von Bedeutung für die im April / Mai stattfindende Kampagne des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen Jugendarbeitslosigkeit und Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz unter dem Motto ,,Nicht ducken – mucken". Die Vorbereitung für diese Kampagne sind teilweise in den Einheiten der Jugendarbeit schon im Gange. Bei der jetzigen Entwicklung ist es bestimmt richtig, sowohl den Kampf um die konkreten Bedingungen in den Städten, Regionen und Ländern zu führen, als auch die prinzipiellen Forderungen gegenüber Regierung und Kapitalistenklasse zu erheben. Da zeigt sich auch, daß das neue DGB-Grundsatzprogramm mit seinen Forderungen zur Kontrolle des Bildungswesens durch die Gewerkschaften und der Aufhebung des ,,Dualen Systems" nicht nur ein ,,Langzeitprogramm" ist, sondern auch die Richtung für die kommenden Kämpfe schon beinhaltet. Jedenfalls erscheint die Entwicklung reif für eine Kampagne ähnlich der in der Zeit der großen Jugendarbeitslosigkeit.

Arbeitslose bis 25 Jahre – 1967 bis 1980

Sept. Stichd. Jahr	Jugendliche unter 20 J. Anzahl	%	Jugendliche 20 bis 25 J. Anzahl	%	Spalte 2 u. 3 zusammen Anzahl	%	Anteil Männer** in Prozent u. 20 J.	20 – 25 J.	Anteil Frauen** in Prozent u. 20 J.	20 – 25 J.
1967	19212	5,6	24322	7,1	43534	12,7	4,7	5,3	7,6	11,0
1968	8318	4,8	12334	7,1	20652	11,9	2,9	3,5	8,5	14,2
1969	5791	5,7	8700	8,7	14491	14,4	3,1	4,0	9,5	15,1
1970	7522	7,7	10653	10,9	18175	18,6	4,4	6,3	11,0	15,6
1971	11729	8,0	17272	11,8	29001	19,8	5,9	8,3	9,9	14,9
1972	15501	8,0	23072	11,9	38573	19,9	5,7	8,4	10,5	15,7
1973	20960	9,6	30041	13,7	51001	23,3	7,0	10,2	12,0	17,0
1974	69793	12,5	88258	15,9	158051	28,4	11,1	14,1	14,0	17,7
1975	115753	11,5	171620	17,1	287373	28,6	10,3	16,0	13,0	18,2
1976	102649	11,4	154456	17,2	257105	28,6	9,5	15,3	13,3	19,0
1977	105949	11,6	161873	17,8	267822	29,4	9,8	15,7	13,2	19,5
1978	92030	10,6	153931	17,8	245961	28,4	9,0	15,0	12,0	19,7
1979	68593	9,3	123709	16,8	192302	26,1	7,2	14,1	10,9	18,8
1980	81055	9,9	143526	17,4	224581	27,3	8,5	15,6	10,9	19,0
1981*	103595	8,0								

Alle Angaben und Berechnungen nach ,,Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit", versch. Monate und Jahrg. – * Monat Februar – ** Die Zahlen drücken nur das Verhältnis aus.

,,Der Anteil der Arbeitslosen von 20 bis unter 25 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung liegt deutlich über dem Durchschnitt aller Arbeitslosen," schreibt die Bundesanstalt und drückt auch mit ihren Worten aus, woher die Entwicklung kommt: ,,Eine solche Entwicklung ist zu Beginn einer Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt üblich. Da Betriebe ihre personellen Kapazitäten weniger über Entlassungen als vielmehr über geringere Einstellungen anpassen, werden davon mehr Personen betroffen, die neu in das Erwerbsleben eintreten ..." ,,Weniger über Entlassungen" stimmt nur dann, wenn man die Nichtübernahme nach der Lehre nicht als Entlassung auffaßt, was sie ursächlich aber ist. Aber abgesehen davon ist richtig gesagt, daß die Kapitalisten in der Entwicklung der Krise die Masse der Arbeitskräfte verringern und das auch insbesondere auf die jugendlichen Arbeiter wirkt.

rhythmus noch mehr verstärkt und betont. Musikalische Vorbilder finden sich einige: mal Reinhard Mey (im Anfang von ,,Nichtsnutz") oder Udo Lindenberg (,,Krüppel"), wie in den Orgel/Piano-Passagen Procol Harum (,,Doktor"). Dabei behält die Musik der Gruppe aber doch eine Eigenständigkeit.

Ihre Bekanntheit verdankt die Gruppe aber auf jeden Fall den Texten. Bei der Übersetzung, oder auch dem Schreiben, haben ihnen im wesentlichen Günter Wallraff, Henning Venske und Wolf Biermann geholfen. Grundsätzlich sind es Texte, die die herrschenden Verhältnisse angreifen, wobei der Einfluß von links-sozialdemokratischen Strömungen unverkennbar ist, und eine gewisse Oberflächlichkeit in der Behandlung der Themen bemerkt man sofort. Da ist es im Stück ,,Der Mann" die Rolle des Mannes in der Gesellschaft die von der Frage der ,,Männlichkeit" her aufgerollt wird, woraus auch die Unterwerfung unter den Willen des Chefs komme. Und da wird in dem Titel ,,Nichtsnutz" aus der Erziehung des Kindes auf Entwick-

Morgenrot kommt nicht nach einer durchgeschlafenen Nacht / Wir träumen von 'ner Revolution hier, doch wer will schon, daß dabei Blut fließt. / Wenn du dich da ganz mitbringst, / mag sein, daß es gelingt, dich ganz und deinen Traum mitbringst / mag sein, daß es gelingt ..."

Dieses Lied entspricht ziemlich dem Stand der Bewegung gegen Wohnungsnot, Atomkraftwerke, Not der Alten – dem Wunsch nach einem besseren Leben. Durch die Musik verstärkt, wirkt es wie eine Hymne. Darauf basiert auch der Erfolg der Gruppe bei verschiedensten Konzerten. Insgesamt wirkt die Platte als *Ausdruck* der momentanen Kämpfe. Darüber hinaus geht sie nicht.

Sehr erfreulich an der Platte ist, daß Texte und Gitarrenharmonien abgedruckt sind und: ,,für nicht kommerziellen Gebrauch (Unterrichtseinheiten, Amateurrockgruppen, Liedermacher u.ä.) stellt ,die & die Kulturladen' (Redelstr. 9 – 11, 6000 Frankfurt 60) auch unbesungene Playbach-Bots-Cassetten gegen Unkostengebühr zur Verfügung."

rung wie von September 1980 bis Februar 1981 hat es vergleichsweise nie gegeben. Z.B. von September 1976 bis Februar 1977 stieg die Anzahl dieser Arbeitslosen zwar auch von ca. 102000 auf ca. 110000, das sind aber ,,nur" 8000 gegenüber 20000, die jetzt zu verzeichnen sind. Daß sich dabei der Anteil der Jugendlichen, die ganz ohne Berufsausbildung sind, weiter erhöht, verwundert da auch nicht. An diesen Zahlen zeigt sich schon die explosionsartige Ausdehnung der industriellen Reservearmee durch das Kapital.

2. Richtig ist es, die Arbeitslosen im Alter von 20 – 25 Jahren in die Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit mit einzubeziehen. Die Gründe dafür sind, daß viele Auszubildende heute weitaus älter sind als früher. Dies hängt mit verlängertem Schulbesuch zusammen, und damit, daß immer weniger Abiturienten auf die Hochschule gehen und einen Ausbildungsplatz suchen. Die Generation der Arbeiterjugend ist heute im *Durchschnitt älter*, wie man es schon an den Schwierigkeiten erkennen kann, heute noch Jugendvertretungen zu wählen. – Die

Monate und Jahrg. – * Monat Februar – ** Die Zahlen drücken nur das Verhältnis aus.

,,Der Anteil der Arbeitslosen von 20 bis unter 25 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung liegt deutlich über dem Durchschnitt aller Arbeitslosen," schreibt die Bundesanstalt und drückt auch mit ihren Worten aus, woher die Entwicklung kommt: ,,Eine solche Entwicklung ist zu Beginn einer Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt üblich. Da Betriebe ihre personellen Kapazitäten weniger über Entlassungen als vielmehr über geringere Einstellungen anpassen, werden davon mehr Personen betroffen, die neu in das Erwerbsleben eintreten ..." ,,Weniger über Entlassungen" stimmt nur dann, wenn man die Nichtübernahme nach der Lehre nicht als Entlassung auffaßt, was sie ursächlich aber ist. Aber abgesehen davon ist richtig gesagt, daß die Kapitalisten in der Entwicklung der Krise die Masse der Arbeitskräfte verringern und das auch insbesondere auf die jugendlichen Arbeiter wirkt.
3. Daraus ist aber auch ersichtlich, daß

ten gegen Jugendarbeitslosigkeit und Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz unter dem Motto ,,Nicht ducken – mucken". Die Vorbereitung für diese Kampagne sind teilweise in den Einheiten der Jugendarbeit schon im Gange. Bei der jetzigen Entwicklung ist es bestimmt richtig, sowohl den Kampf um die konkreten Bedingungen in den Städten, Regionen und Ländern zu führen, als auch die prinzipiellen Forderungen gegenüber Regierung und Kapitalistenklasse zu erheben. Da zeigt sich auch, daß das neue DGB-Grundsatzprogramm mit seinen Forderungen zur Kontrolle des Bildungswesens durch die Gewerkschaften und der Aufhebung des ,,Dualen Systems" nicht nur ein ,,Langzeitprogramm" ist, sondern auch die Richtung für die kommenden Kämpfe schon beinhaltet. Jedenfalls erscheint die Entwicklung reif für eine Kampagne ähnlich der in der Zeit der großen Jugendarbeitslosigkeit.

6. vds-MV: Scharfer Kampf gegen die Revisionisten

gif./klb.Bielefeld. Samstagmorgen 4.45 Uhr. Während im Plenum mit 260 Ja-Stimmen durch eine Enthaltungsmehrheit von 415 Stimmen der Antrag der Basisgruppen ,,Solidarität mit Solidarnoćś" abgelehnt wird, verabschieden vor dem Saal die Mitglieder der Basisgruppenfraktion drei Vertreter der neuen unabhängigen polnischen Studentengewerkschaft NZS mit Beifall: weitere Zusammenarbeit und Unterstützung wird verabredet. Zwar hatten der MSB Spartakus, der SHB und die Stamokapfraktion der Jusos zusammen mit den geblockten Asten (die sich bei unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der ASTA-Koalition enthalten müssen) eine Enthaltungsmehrheit bei dieser MV, das konnte aber nicht verhindern, daß bereits unter dem Tagesordnungspunkt 1, Rechenschaftsbericht, die Vertreter des NZS zu den Teilnehmern an der vds-MV sprechen konnten, nachdem weder im Rechenschaftsbericht, noch in dem vom alten Vorstand der vds vorgelegten Arbeitspapier auch nur ein Wort zu den Kämpfen der polnischen Arbeiter- und Studentenbewegung gesagt bzw. geschrieben worden war, um am Ende ins Arbeitsprogramm den schalen Satz aufzunehmen, daß es zu den Ereignissen in Polen unterschiedliche Auffassungen innerhalb der vds gebe. Trotzdem, oder gerade deswegen bestimmte die Auseinandersetzung um die Unterstützung der polnischen Arbeiter- und Studentenbewegung während dieser drei Tage die politische Debatte dieser MV, in deren Verlauf auch der Charakter der Sowjetunion als imperialistischer Supermacht und die Verballhornung des Marxismus zur Staatsapologetik durch die revisionistischen Parteien in den RGW-Staaten wie durch den MSB Spartakus angegriffen wurden.

Hatten der MSB Spartakus und SHB die Polen-Debatte in möglichst engen Grenzen zu halten versucht, was ihnen nicht gelang, so trug ihnen der von ihnen selbst eingeforderte Schwerpunkt für die Debatte auf der Mitgliederversammlung – an der im übrigen 108 stimmberechtigte Studentenvertretungen teilnahmen – die Debatte darüber ein, ob der Kampf gegen die wachsende Gefahr eines dritten Weltkrieges mit der Sowjetunion (z.B. begrüßte das vom vds-Vorstand vorgelegte Arbeitspapier frech ausdrücklich den Vorschlag Breshnews für ein Moratorium bei den Mittelstreckenraketen) gegen den US-Imperialismus und die NATO-Staaten geführt werden müssen, oder aber ob die Sowjetunion und der Warschauer Pakt selbst als Faktor des Krieges angesehen werden müsse. Diese Auseinandersetzung entzündete sich über den Antrag seitens der Basisgruppen, der Jusos und des LHV, daß die vds-MV neben dem Krefelder Appell gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa auch den Aufruf der Russell-Peace-Foundation für eine kernwaffenfreie Zone in Europa unterstützen solle. Mit der schon oben beschriebenen Enthaltungsmehrheit wurde dieser Antrag abgelehnt. Noch knapper war die Mehrheit bei der Abstimmung über die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan und Kampuchea.

Schließlich wurde die Staatsapologetik der Revisionisten noch einmal scharf in der Frage des Kampfes gegen den Bau von Kernkraftwerken kritisiert, in denen MSB und SHB den Bau von Kernkraftwerken in den RGW-Ländern bedingungslos unterstützten, obgleich ihr Betrieb und die Entsorgung beim gegenwärtigen Stand der Technologie offensichtlich nicht beherrscht werden kann.

Es mag scheinen, als habe die vds-Mitgliederversammlung ihre Aufgabe, die politischen Schwerpunkte für die Tätigkeit in den nächsten Semestern festzulegen, nicht erfüllt, da kaum über die Politik der Fachschaften, der ASten und der vds gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise an den Hochschulen, die Senkung des Bafögs, den weiteren Kampf gegen die Studien- und Prüfungsreform diskutiert wurde. Das ist sicher ein Mangel dieser vds-MV, der seine Ursache darin hat, daß zwar eine Fülle von richtigen Forderungen der Studentenschaften im Arbeitsprogramm enthalten ist, daß aber keine Klarheit darüber besteht, wie diese Forderungen auch durchgesetzt werden können.

Das war auch der Mangel der revolutionären Strömung innerhalb der Studentenbewegung, die in der Basisgruppenfraktion – wie heterogen auch immer – zusammengefaßt war; sie hatte kein Arbeitsprogramm vorgelegt. In der Abstimmung über das Arbeitsprogramm, das mit 451 gegen 21 Stimmen, bei 262 Enthaltungen angenommen wurde, kommt wie im Verlauf der Mitgliederversammlung zum Ausdruck, daß ein wachsender Teil der ASten-Vertreter – insbesondere der Jusos, nicht mehr bereit ist, dem Kurs der MSB/SHB-Fraktion zuzustimmen.

Positiv auch, daß die Mitgliederversammlung zum Teil in Einzelanträgen, zum Teil im Arbeitsprogramm die Kämpfe der Instandbesetzer, die von Prozessen betroffenen Studentenvertreter in Heidelberg, Marburg und anderen Städten, politisch und materiell unterstützt, sowie eine Resolution gegen die Verurteilung des Rechtsanwalts Härdle in Heidelberg zu 22 Monaten Gefängnis beschlossen hat.



Auf Antrag der Basisgruppen mußten die Revisionisten von MSB und die Stamokap-Fraktion von SHB, Jusos und LHV eine Ansprache der Vertreter des unabhängigen Studentenverbandes Polen zulassen. Sie berichteten vom Kampf um Demokratie an den Hochschulen, z.B. fordern sie die Wahl des Rektors durch alle Hochschulangehörigen, wie auch dem Kampf um eine Studienreform.

Amnestie jetzt! Die Einheit muß erst noch hergestellt werden

dab. Das Aktionskomitee für Amnestie und u. a. folgende Mitunterzeichner: AL, GEW, Jusos, Netzwerk, Asten, Frauengruppen führten am 20. 3. eine Veranstaltung durch zum Thema: Amnestie! Warum und wie? Ca. 1000 Menschen nahmen im Audi Max der TU daran teil.

Vom Podium wurden folgende Punkte diskutiert: Amnestie aus juristischer und politischer Sicht, Wohnungssituation u. a. auch der türkischen Kollegen, Haftbedingungen im Knast und Hungerstreik der RAF-Gefangenen und Lage in Freiburg. Zur Diskussion blieben dann nur noch 25 Minuten übrig!

Die Schwäche dieser Veranstaltung zeigte sich schon gleich zu Anfang. Als Instandbesetzer aus einer Knastgruppe zu dem Hungerstreik berichteten, wurden sie nach den ersten Beiträgen von der Diskussionsleiterin unterbrochen, die den Rednern vorwarf, gegen die Vereinbarung gehandelt zu haben, denn eigentlich hätte einer vom Besetzerrat reden sollen. Und die Frage des Hungerstreiks würde quasi die Veranstaltung sprengen. Das Ergebnis dieser Spaltung war dann, daß die Instandbesetzer die Versammelten aufriefen, gemeinsam zur am gleichen Tage besetzten Passionskirche in Kreuzberg zu gehen. Der Versuch eines Teilnehmers, die Einheit wieder herzustellen, indem er dafür sprach, gemeinsam die Veranstaltung zu Ende zu führen und dann zur Kirche zu gehen, wurde vom Podium nicht aufgegriffen. Ein großer Teil der Instandbesetzer zog daraufhin aus. Daß dies möglich war, wirft ein Licht auf die vorhandene Lage: ein Teil der Instandbesetzer (die Mehrheit des Besetzerrates) lehnt die Amnestieforderung ab. Dazu ein Instandbesetzer aus dem Besetzerrat (BR) Kreuzberg 61 – es gibt einen zentralen BR und bezirkliche – auf der Veranstaltung: Die Forderung nach Amnestie kehre die Verhältnisse um, nicht die Instandbesetzer hätten sich schuldig gemacht, sondern der Senat mit seiner Wohnungspolitik. Amnestie sei ein Gnadenakt, um die Bewegung zu befrieden und eine Ausweitung zu verhindern. Es sei zweifelhaft, ob es richtig sei, Freilassung um jeden Preis zu erreichen, weil dann das ganze Karussell (Räumung, Verhaftung, Knast) wieder von vorne anfinge. Diese Argumentation läuft darauf hinaus, daß man in dieser Bewegung überhaupt keine Forderung an den Staat stellen könne, ohne sich zu unterwerfen.

Dabei ist die Sache doch anders. Erkennt der Senat die Amnestieforderung an, erkennt er damit zugleich sein Scheitern in der Wohnungspolitik an, er erkennt an, daß die soziale Lage die Instandbesetzungen hervorgerufen hat. Im Kern ist die Durchführung der Amnestie für die im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Verhafteten nichts anderes als die Anerkennung der Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit der Instandbesetzungen. Insofern ist es keineswegs ein Gnadenakt, den der Senat aus einer Position der Stärke heraus erlässt, sondern Ausdruck der Schwäche gegenüber den Interessen der Volksmassen, gesetzliche Korrektur des geltenden Rechts. Deswegen hat Vogel eine Amnestie prinzipiell abgelehnt, wie auch die FDP auf ihrem Parteitag vergangene Woche sich gegen die Forderung nach Amnestie ausgesprochen hat.

Daß der Senat bis jetzt nur einzelne Räumungen vornehmen konnte, daß immer mehr Häuser besetzt werden, zeigt auch die breite Unterstützung unter der Bevölkerung, die seit Jahren von dem Wohnungselend betroffen ist. Das macht auch die Stärke dieser Bewegung aus. Die Forderung nach Freilassung, ohne das Mittel anzugeben, wie das geschehen soll, geht nicht von der Durchsetzbarkeit aus. Und daß Freilassung allein noch nichts heißt, zeigen die vielen Beispiele von Instandbesetzern, die zunächst sofort wieder freigelassen wurden und dann nach 6 Wochen einen Haftbefehl bekamen und wieder im Knast landeten. Seit der Großdemonstration im Dezember 1980 reagiert die Bewegung mehr auf jede einzelne staatliche Terrormaßnahme, anstatt die eigene Taktik weiterzuentwickeln. Dabei sind die gerechten Forderungen immer mehr in den Hintergrund gerückt.

In einem offenen Brief des Öffentlichkeitsausschusses des Besetzerrates von letzter Woche werden noch einmal die zentralen Forderungen aufgestellt: 1. Durchsetzung der Instandsetzungspflicht. Hausbesitzer, die ihre Häuser nicht instandhalten, müssen enteignet werden. 2. ... Förderungsgelder nur noch in die Hände von Betroffenen oder Betroffenenvertretung. Keine Durchführung früher beschlossener Planung ohne Zustimmung der Mietervertretungen. 3. Legalisierung von Instandbesetzung jeder Wohnung, die ohne Zustimmung der Mieter oder Mietervertretungen leersteht. 4. Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

Um einen Schritt weiter in Richtung auf Vereinheitlichung der Forderung nach Amnestie zwischen Besetzerrat und Aktionskomitee zu kommen, wurde auf der Veranstaltung vorgeschlagen, die Aktionswoche, die von den Instandbesetzern in der Woche vom 1. bis 5. April geplant ist, gemeinsam vorzubereiten.

Westberlin vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus

söh. Das Abgeordnetenhaus hat sich letzte Woche erwartungsgemäß aufgelöst. Die bürgerlichen Parteien befinden sich de facto seit Mitte Januar im Wahlkampf. Dieser Wahlkampf findet Bedingungen vor, die für diese Parteien alles andere als günstig sind. Sie müssen ihre Programme in einer Situation vorstellen, in der es rege Kampfmaßnahmen der Volksmassen und der Arbeiterbewegung für ihre sozialen und politischen Interessen gibt.

In Westberlin haben die Belegschaften aus der Metallindustrie das erste Mal seit über 15 Jahren die Arbeit niedergelegt um ihren Forderungen im Lohnkampf Nachdruck zu verleihen. In dem jetzigen Ausmaß hat es Arbeitsniederlegungen in Westberlin seit den fünfziger Jahren nicht mehr gegeben. Die Lebenskosten in Westberlin sind gegenüber Westdeutschland schneller gestiegen. Die 8%ige ,,Berlinzulage" bietet keinerlei Ausgleich mehr für die besonderen Kosten, die sich aus der Lage Westberlins für die Arbeiter und Volksmassen ergeben. Die Mineralölsteuererhöhung wird diese Situation weiter verschärfen.

Der SPD ist es nicht gelungen, die IG Metall aus Rücksicht gegenüber der Wahl vom Kampf abzuhalten. Der Vorschlag Vogels, den IG Metall Vorsitzenden Wagner in den SPD-Parteivorstand zu nehmen, ist von Wagner abgelehnt worden. Sicher war sich der gesamte IG Metall Vorstand darüber im Klaren, daß sie darüber an die Wahlinteressen der SPD direkt gebunden wären. Die Warnstreiks demonstrieren nicht nur Kampfbereitschaft gegenüber den Kapitalisten, sondern auch eine größere Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie. Wenn auch nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Sozialdemokraten immer noch der führende Faktor in den Gewerkschaften sind.

Auch in der ÖTV gibt es bisher keine Bereitschaft zu Zugeständnissen an die SPD aus wahltaktischen Gründen. Die ÖTV hat Wahlprüfsteine vorgelegt, die gegen die Konzeption der SPD auf Personalmitteleinsparung im öffentlichen Dienst und gegen den Abbau von sozialen Errungenschaften gerichtet sind. Die Maßnahmen des Senats unterlaufen derzeit die Kämpfe gegen die Finanzkürzungen, in dem sie zersplitterte dezentrale Kürzungen in den Bezirken durchführen lassen und hoffen, daß es der ÖTV nicht gelingt, bis zu den Wahlen zu einem einheitlichen Konzept dagegen zu kommen. Gegenüber der Bewegung der Hausbesetzer ist der Senat nach wie vor am Taktieren. Darüber täuschen auch einzelne Räumungen und Räumungsversuche nicht hinweg. Er versucht einerseits die Bewegung zu spalten, andererseits ist er dabei gezwungen, Zugeständnisse an die Gesamtbewegung zu machen. Alles spitzt sich derzeit darauf zu, inwieweit es gelingt, die Amnestie für die inhaftierten Hausbesetzer durchzusetzen.

Gleichzeitig ist durch die Inhaftierung der Hausbesetzer eine Verbindung zwischen den Forderungen nach dem Recht auf Wohnraum und gegen die Bedingungen in den Westberliner Haftanstalten entstanden, woran die bürgerlichen Politiker noch zu beißen haben werden.

Während die SPD den Wahlkampf in erster Linie durch den Senat führen läßt, tut sich die CDU äußerst schwer, ein Konzept zu entwickeln. Dem Beispiel von Strauß in Bayern mit dem Vorgehen in Nürnberg vermag sie nicht so recht zu folgen. Um die SPD zu schwächen, hat sie die Ursachen der Hausbesetzungen in der verfehlten Wohnungspolitik der SPD gesucht und damit ungewollt eine gewisse Legitimation der Hausbesetzungen mitgeschaffen. Jetzt muß sie erst einmal davon runter. Ihr Konzept: Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus, Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen taugt für den Wahlkampf wenig. Die CDU schwimmt immer noch auf der Welle des Protestes gegen die SPD-Regierung. Sie verliert aber Tag für Tag Punkte, deren sie sich im Januar noch sicher fühlte. Die FDP hat sich mittlerweile vollständig darauf festgelegt, wieder eine Koalition mit der SPD einzugehen. Wenn sie wieder ins Parlament kommt. Sie führt ihren Wahlkampf neben der SEW am deutlichsten gegen die Alternative Liste, besonders um die Jugend zu gewinnen. Auch wenn die FDP keinen CDU-Senat direkt in den Sattel hebt, wäre es nicht gut, wenn diese Partei wieder im Abgeordnetenhaus vertreten ist. Sie würde die Bedingungen für eine große Koalition erheblich fördern, während eine solche Koalition gegen die Alternative Liste politisch kaum haltbar wäre.

Ohne Zweifel werden Maßnahmen wie in Bayern nicht allein in den Reihen der CDU diskutiert. Gegenwärtig fühlen sich die bürgerlichen Politiker nicht stark genug, diesen Gang gegen die Hausbesetzungen zu wagen. Da sie am 10. Mai die Stimmen brauchen, ergeben sich günstige Bedingungen für die demokratische und gewerkschaftliche Bewegung in der Stadt, den Kampf um ihre Forderungen zu verstärken und auf Durchsetzungen zu gehen.

Vieles kommt gegenwärtig darauf an, wie die Alternative Liste den Wahlkampf führt und wie sie bei den Wahlen abschneidet. In der AL ist man sich darüber klar, daß allein mit der Empörung über die bürgerlichen Parteien keine Politik auf Dauer zu machen ist. Konsequente Unterstützung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung ist das Grundkonzept für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Neuer Senatsbeitrag zum Behindertenjahr.

wun. Unter der Überschrift ,,Arztbesuch wird Rollstuhlfahrern erleichtert" teilt die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales im Landespressedienst vom 18.3. mit: ,,Behinderte Bürger haben oft erhebliche Schwierigkeiten beim Einkauf, beim Arztbesuch oder bei der Fahrt zur Behörde. Meistens sind es bauliche Hindernisse, die es den Behinderten erschweren, die Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, deren Nutzung für einen Nichtbehinderten selbstverständlich ist." Wer an dieser Stelle an das Nächstliegende denkt, nämlich Maßnahmen zur Beseitigung eben dieser baulichen Hindernisse, wird im folgenden unsanft daran erinnert, daß der Senat im Jahr der Behinderten hauptsächlich ,,Öffentlichkeitsarbeit" angekündigt hatte, sprich kostengünstigen Propagandarummel: ,,Der Senator für Arbeit und Soziales bemüht sich deshalb darum, mittelfristig einen ,Stadtführer für behinderte Bürger' herauszugeben, der unter anderem alle für Rollstuhlbenutzer geeigneten Einrichtungen enthalten soll ... In einem ersten Schritt werden jetzt mit Unterstützung der Ärztekammer und der Zahnärztekammer Berlin alle einschlägigen Praxen angeschrieben." Nichts gegen einen solchen Stadtführer – auch wenn man annehmen kann, daß er den Behinderten nicht viel Neues bringt. Aber empörend ist es schon, wenn für manchen Rollstuhlfahrer im UNO-Jahr kaum mehr rauskommt, als die Belehrung darüber, zu welchen Behörden er auch fürderhin keine Zufahrt haben wird.

Sparmaßnahmen in Schöneberger Kitas

wun. Nach dreimaliger schriftlicher Anfrage hat der Schöneberger Jugendstadtrat Barthel dem Bezirkselternausschuss Kitas die betreffenden Sparmaßnahmen im Bezirk aufgeschlüsselt. Danach sind gesperrt:

– 2 Beschäftigungspositionen für nicht-planmäßige Angestellte (73000 DM)
– Vertretungskosten bei den Lohnempfängern in Höhe von 28000 DM
– je eine Sozialpädagogen-, Erzieher- und Reinigungsstelle (insgesamt 57000 DM; Personalwirtschaftsbereich BA Schöneberg ohne Abt. Volksbildung: 1650000 DM)
– 7,75% des Jahresansatzes bei den konsumtiven Beschaffungen (27000 DM; BA Schöneberg insgesamt: 413000 DM)
– 248000 DM bei der Beköstigung.

Der Stadtrat verweist wiederholt darauf, daß in anderen Bereichen des Bezirksamtes erheblich drastischer gespart worden sei. Bezüglich der Einsparungen bei der Beköstigung behauptet er, daß sie ,,keine quantitative und qualitative Verschlechterung des Essensangebots zur Folge haben" werde. Abschließend versucht er dem BEA nahezulegen, was dieser von den Sparmaßnahmen zu denken habe: ,,Insgesamt halten sich die Auswirkungen der Sperrungen in vertretbaren Grenzen. Verbesserungen sind allerdings nicht möglich. Hierbei ist aber auch zu berücksichtigen, daß vielen Mitbürgern infolge der angespannten Haushaltslage Einschränkungen in der Erwartungshaltung – ganz gleich welcher Art – zugemutet werden müssen."

ten Passionskirche in Kreuzberg zu gehen. Der Versuch eines Teilnehmers, die Einheit wieder herzustellen, indem er dafür sprach, gemeinsam die Veranstaltung zu Ende zu führen und dann zur Kirche zu gehen, wurde vom Podium nicht aufgegriffen. Ein großer Teil der Instandbesetzer zog daraufhin aus. Daß dies möglich war, wirft ein Licht auf die vorhandene Lage: ein Teil der Instandbesetzer (die Mehrheit des Besetzerrates) lehnt die Amnestieforderung ab. Dazu ein Instandbesetzer aus dem Besetzerrat (BR) Kreuzberg 61 – es gibt einen zentralen BR und bezirkliche – auf der Veranstaltung: Die Forderung nach Amnestie kehre die Verhältnisse um, nicht die Instandbesetzer hätten sich schuldig gemacht, sondern der Senat mit seiner Wohnungspolitik. Amnestie sei ein Gnadenakt, um die Bewegung zu befrieden und eine Ausweitung zu verhindern. Es sei zweifelhaft, ob es richtig sei, Freilassung um jeden Preis zu erreichen, weil dann das ganze Karussell (Räumung, Verhaftung, Knast) wieder von vorne anfinge. Diese Argumentation läuft darauf hinaus, daß man in dieser Bewegung überhaupt keine Forderung an den Staat stellen könne, ohne sich zu unterwerfen.

Dabei ist die Sache doch anders. Erkennt der Senat die Amnestieforderung an, erkennt er damit zugleich sein Scheitern in der Wohnungspolitik an, er erkennt an, daß die soziale Lage die

Wochen einen Haftbefehl bekamen und wieder im Knast landeten. Seit der Großdemonstration im Dezember 1980 reagiert die Bewegung mehr auf jede einzelne staatliche Terrormaßnahme, anstatt die eigene Taktik weiterzuentwickeln. Dabei sind die gerechten Forderungen immer mehr in den Hintergrund gerückt.

In einem offenen Brief des Öffentlichkeitsausschusses des Besetzerrates von letzter Woche werden noch einmal die zentralen Forderungen aufgestellt: 1. Durchsetzung der Instandsetzungspflicht. Hausbesitzer, die ihre Häuser nicht instandhalten, müssen enteignet werden. 2. ... Förderungsgelder nur noch in die Hände von Betroffenen oder Betroffenenvertretung. Keine Durchführung früher beschlossener Planung ohne Zustimmung der Mietervertretungen. 3. Legalisierung von Instandbesetzung jeder Wohnung, die ohne Zustimmung der Mieter oder Mietervertretungen leersteht. 4. Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

Um einen Schritt weiter in Richtung auf Vereinheitlichung der Forderung nach Amnestie zwischen Besetzerrat und Aktionskomitee zu kommen, wurde auf der Veranstaltung vorgeschlagen, die Aktionswoche, die von den Instandbesetzern in der Woche vom 1. bis 5. April geplant ist, gemeinsam vorzubereiten.

vorstand zu nehmen, ist von Wagner abgelehnt worden. Sicher war sich der gesamte IG Metall Vorstand darüber im Klaren, daß sie darüber an die Wahlinteressen der SPD direkt gebunden wären. Die Warnstreiks demonstrieren nicht nur Kampfbereitschaft gegenüber den Kapitalisten, sondern auch eine größere Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie. Wenn auch nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Sozialdemokraten immer noch der führende Faktor in den Gewerkschaften sind.

Auch in der ÖTV gibt es bisher keine Bereitschaft zu Zugeständnissen an die SPD aus wahltaktischen Gründen. Die ÖTV hat Wahlprüfsteine vorgelegt, die gegen die Konzeption der SPD auf Personalmitteleinsparung im öffentlichen Dienst und gegen den Abbau von sozialen Errungenschaften gerichtet sind. Die Maßnahmen des Senats unterlaufen derzeit die Kämpfe gegen die Finanzkürzungen, in dem sie zersplitterte dezentrale Kürzungen in den Bezirken durchführen lassen und hoffen, daß es der ÖTV nicht gelingt, bis zu den Wahlen zu einem einheitlichen Konzept dagegen zu kommen. Gegenüber der Bewegung der Hausbesetzer ist der Senat nach wie vor am Taktieren. Darüber täuschen auch einzelne Räumungen und Räumungsversuche nicht hinweg. Er versucht einerseits die Bewegung zu spalten, andererseits ist er dabei gezwungen, Zugeständnisse an die Gesamtbewegung zu machen. Alles

festgelegt, wieder eine Koalition mit der SPD einzugehen. Wenn sie wieder ins Parlament kommt. Sie führt ihren Wahlkampf neben der SEW am deutlichsten gegen die Alternative Liste, besonders um die Jugend zu gewinnen. Auch wenn die FDP keinen CDU-Senat direkt in den Sattel hebt, wäre es nicht gut, wenn diese Partei wieder im Abgeordnetenhaus vertreten ist. Sie würde die Bedingungen für eine große Koalition erheblich fördern, während eine solche Koalition gegen die Alternative Liste politisch kaum haltbar wäre.

Ohne Zweifel werden Maßnahmen wie in Bayern nicht allein in den Reihen der CDU diskutiert. Gegenwärtig fühlen sich die bürgerlichen Politiker nicht stark genug, diesen Gang gegen die Hausbesetzungen zu wagen. Da sie am 10. Mai die Stimmen brauchen, ergeben sich günstige Bedingungen für die demokratische und gewerkschaftliche Bewegung in der Stadt, den Kampf um ihre Forderungen zu verstärken und auf Durchsetzungen zu gehen.

Vieles kommt gegenwärtig darauf an, wie die Alternative Liste den Wahlkampf führt und wie sie bei den Wahlen abschneidet. In der AL ist man sich darüber klar, daß allein mit der Empörung über die bürgerlichen Parteien keine Politik auf Dauer zu machen ist. Konsequente Unterstützung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung ist das Grundkonzept für einen erfolgreichen Wahlkampf.

UNO-Jahr kaum mehr rauskommt, als die Belehrung darüber, zu welchen Behörden er auch fürderhin keine Zufahrt haben wird.

Sparmaßnahmen in Schöneberger Kitas

wun. Nach dreimaliger schriftlicher Anfrage hat der Schöneberger Jugendstadtrat Barthel dem Bezirkselternausschuss Kitas die betreffenden Sparmaßnahmen im Bezirk aufgeschlüsselt. Danach sind gesperrt:
– 2 Beschäftigungspositionen für nicht-planmäßige Angestellte (73000 DM)
– Vertretungskosten bei den Lohnempfängern in Höhe von 28000 DM
– je eine Sozialpädagogen-, Erzieher- und Reinigungsstelle (insgesamt 57000 DM; Personalwirtschaftsbereich BA Schöneberg ohne Abt. Volksbildung: 1650000 DM)
– 7,75% des Jahresansatzes bei den konsumtiven Beschaffungen (27000 DM; BA Schöneberg insgesamt: 413000 DM)
– 248000 DM bei der Beköstigung.
Der Stadtrat verweist wiederholt darauf, daß in anderen Bereichen des Bezirksamtes erheblich drastischer gespart worden sei. Bezüglich der Einsparungen bei der Beköstigung behauptet er, daß sie ,,keine quantitative und qualitative Verschlechterung des Essensangebots zur Folge haben" werde. Abschließend versucht er dem BEA nahezulegen, was dieser von den Sparmaßnahmen zu denken habe: ,,Insge-

IGM: Bisher fast 20 000 aus 33 Betrieben im Warnstreik in Westberlin

wem. In seiner Prognose für die Wirtschaftsentwicklung Westberlins 1981 stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest, daß die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe Westberlins von 183000 (1979) auf 182000 (1980) zurückgegangen sei, 1981 aber infolge ,,weiterer Umstrukturierungsmaßnahmen einiger größerer Unternehmen" im Jahresdurchschnitt auf 180000 sinken wird.

An den Warnstreiks der vergangenen Wochen haben sich auch Beschäftigte von Firmen mit schlechter Geschäftslage wie z.B. Electrolux oder Triumpf-Adler beteiligt. Darin kommt die elementare Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck, daß gerade auch unter schlechten Kampfbedingungen wie jetzt zu Beginn einer Krise für die Sicherung des Reallohns gekämpft werden muß. Das Ergebnis ist auch ausschlaggebend für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Kampf gegen die Folgen der Krise, es setzt eine Marke für die nächste Lohntarifrunde und entscheidet auch über die Höhe des Arbeitslosengeldes derjenigen, die noch auf die Straße geworfen werden.

Am Montag, den 16.3. traten ca. 250 von 900 Beschäftigten der H. Berthold AG in den Warnstreik und demonstrierten zum Rathaus Lankwitz. Der 2. IGM-Bevollmächtigte Horst Nasserke erklärte, die IGM werde die Taktik der Warnstreiks ohne Urabstimmung noch länger fortsetzen, die Belegschaften, die bisher Warnstreiks durchgeführt hätten, könnten sich darauf einstellen, daß sie noch einmal ran müßten. Eine Solidaritätsresolution der ÖTV-Betriebsgruppe am Klinikum Steglitz wurde übergeben.

Der Betriebsrat von Daimler Benz hält trotz Drohung der Geschäftsleitung mit gerichtlichen Schritten und Verlagerung von Fertigungsprogrammen an seinem Beschluß fest, ab 16.3. für die gesamte Dauer des Tarifkonfliktes zur Unterstützung der IGM-Forderung keinen Überstunden zuzustimmen.

Am Dienstag demonstrierten ca. 2000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende von DWM Copeland, Waggon Union, Zahnradfabrik Friedrichshafen, Herbert Lindner und Kabelmetall zum Rathaus Reinickendorf, darunter auch viele Nichtorganisierte. In einer Solidaritätserklärung der ÖTV-Betriebsgruppe Bezirksamt Reinickendorf heißt es: ,,Eure Streikaktion hat unsere volle solidarische Unterstützung. Sie verbessert für uns alle die Bedingungen in dieser Tarifrunde."

Am Mittwoch, den 18.3. traten ca. 1000 Beschäftigte von Flohr Otis, Triumpf-Adler und Schadow in den Warnstreik. Auf der Kundgebung wurde bekannt, daß bei Triumpf-Adler 250 von 310 Beschäftigten entlassen werden sollen, evt. sogar Stillegung droht.

Ca. 1500 Beschäftigte von DIAG Fritz Werner, DIAG Hauptverwaltung, Stock, Schindler Aufzüge und Landis & Gyr demonstrierten am Donnerstag, den 17.3. zum U-Bahnhof Alt Mariendorf. Die Schindler-Beschäftigten beteiligten sich trotz Repressalien der Geschäftsleitung, bei DIAG Fritz Werner sollen 5 Betriebsratsmitglieder ,,wegen Arbeitsmangel" gekündigt werden. Schwerbehinderte Kollegen bei Schindler und Landis & Gyr, die aufgrund ihrer Behinderung nicht mitdemonstrieren konnten, meldeten sich aus Solidarität für die Dauer des Warnstreiks von der Arbeit ab.

Über 500 Beschäftigte des AEG-Kabelwerks Lahnstraße und Beschäftigte der BETEFA (Berliner Telefonschnurfabrik) demonstrierten am Freitag, den 20.3. zum Karl-Marx-Platz. Die AEG-Geschäftsleitung versuchte mit Androhung von Disziplinarmaßnahmen die Teilnahme der Auszubildenden zu verhindern. Damit haben sich nach Aussagen von Horst Nasserke bis jetzt fast 20000 Beschäftigte aus 33 Westberliner Metallbetrieben an den Warnstreiks beteiligt.

	Monatsbrutto	Jahresbrutto	8,0-7,5%	8,0-% 7,0%	8,0-6,0%	8,0-5,7%	8,0-5,5%
Akkordarbeiterin	1714	22288	9749	19212	37 304	42529	45958
Facharbbeiter	1831	23803	10411	20518	39844	45420	49083
Angestellter	2468	32099	14030	27659	53714	61231	66168

Jedes Zehntel unter 8% kostet!

Während der augenblicklich stattfindenden Warnstreiks ist in den öffentlichen Medien die Meinung zu hören, daß ein Streik wegen ein paar Zehntel % mehr sich nicht lohnen würde, wenn nicht sogar lächerlich wäre. Um sich über die Größenordnung klar zu werden, was es bedeutet, den Tarifkampf frühzeitig mit einem niedrigen Ergebnis zu beenden, haben wir folgende Berechnung durchgeführt. Wir haben die Beispiele aus der Tarifinformation Nr.5 entnommen. Eine Akkordarbeiterin, LG 1, Akkordsatz 130%; ein Facharbeiter, LG 5, tarifliche Zulage 13%; ein Angestellter, Gehaltsgruppe 3, Endstufe, tarifliche Zulage 10%. In der ersten Spalte ist das jeweilige Monatsbrutto aufgeführt. Für den Jahreslohn – 2. Spalte – haben wir 13 Monatslöhne angesetzt. Nun haben wir Tariferhöhungen von 8,0, 7,5, 7,0, 6,0, 5,7, 5,5 % angenommen, und das jeweils durchgehend die nächsten 10 Jahre. Die sich daraus ergebenden Gesamtvolumen haben wir jeweils vom Gesamtvolumen der 8%-Erhöhung abgezogen. Die Ergebnisse stehen in den Spalten 3 bis 7. Die in Spalte 3 bei der Akkordarbeiterin auftretenden 9749 DM sind somit der Verlust, über 10 Jahre gesehen, wenn 10 Jahre lang statt jeweils 8% Lohnerhöhung 7,5% Lohnerhöhung durchgesetzt würden.

Grundstückspreisentwicklung in Westberlin

red. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Abendroth (SPD) veröffentlichte der Senat am 19.3.81 eine Graphik, aus der hervorgeht: Steigerung der Lebenshaltungskosten in Westberlin von 75 – 81: 30%, Steigerung der Baukosten: 50%, Steigerung der Bodenpreise je nach Lage um 100 und 150%. Zur Erläuterung schreibt der Senat: ,,Ursache dieser Preisentwicklung ist die geschlossene Lage Berlins und daraus resultierend eine große Nachfrage nach Baulandgrundstücken, denen nur ein begrenztes Angebot gegenübersteht. Für den Teilmarkt der Baulandgrundstücke zur Mietwohnbebauung in den innerstädtischen Lagen kommt hinzu, daß die starke Preisentwicklung insbesondere durch Abschreibungsgesellschaften ausgelöst wird, die wegen des geringen Angebots an noch bebaubaren Grundstücken zu ungewöhnlichen Preiszugeständnissen bei Vertragsabschlüssen bereit sind." Der Senat beschönigt damit das Grundeigentum. Er erklärt – was in der Frage des SPD-Abgeordneten bereits angelegt war – die Preissteigerungen aus dem Verhalten von Spekulanten und nicht aus den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus.



Demonstration der Berthold-Beschäftigten am 16.3.

Bezirksamt Steglitz zerschlägt fortschrittliche Erziehungsarbeit in der Kita Celsiusstr.

crm. ,,Nach Mitteilung von Kindern besteht der Verdacht, daß Sie als Erzieherin sexuelle Handlungen zwischen Kindern mindestens geduldet, möglicherweise ihnen auch Vorschub geleistet haben", lautet der Vorwurf, aufgrund dessen drei Erzieherinnen der Hortgruppen der Kita Celsiusstraße am 18. Februar vom Dienst suspendiert wurden. Vorausgegangen waren die Versetzungen der drei Horterzieherinnen und zweier Praktikanten sowie zweier Kindergärtnerinnen. Gegen die drei Hortnerinnen wurde vom Bezirksamt Steglitz Strafantrag bei der Generalstaatsanwaltschaft gestellt. Der eigentliche Hintergrund dieser Vorgänge ist die Arbeit der Celsiusstr.: in jahrelangem Kleinkrieg hatten die Erzieherinnen dort offene Hort- und teils auch Kindergartenarbeit gegen das Bezirksamt durchgesetzt. Offene Arbeit bedeutet, daß z. B. im Hort die 60 Kinder nicht mehr streng in drei Gruppen mit jeweils einem eigenen Raum unterteilt wurden, sondern daß es Werk-, Tobe- und Spielzimmer gab, und daß die Angebote von den Kindern je nach Interesse wahrgenommen wurden. Obwohl die Erzieherinnen das alles im Rahmen des normalen Personalschlüssels (1 Erzieher pro Hortgruppe) durchführten, war die Arbeit dort so beispielhaft, daß ständig Erzieher aus anderen Bezirken kamen, um sich Anregungen für ihre Kita zu holen, daß ein Film über diese Arbeit gedreht und in Schulen vorgeführt wurde etc. .

Mittlerweile herrscht in der Celsiusstr. wieder ,,Ruhe und Ordnung". Das gesamte Konzept wurde zerstört, es muß wieder in festen Gruppen hinter verschlossenen Türen gearbeitet werden.

Daß die Celsiusstraße während der Streiks in den Kitas im vergangenen Dezember die einzige war, die sich in Steglitz beteiligte, indem Transparente rausgehängt wurden, ist sicherlich der zweite ausschlaggebende Punkt für die jetzigen Angriffe.

Den betroffenen Kolleginnen wurde nicht einmal die Gelegenheit gegeben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Auch der Personalrat wurde in der ganzen Sache völlig kaltgestellt, indem erstens bezüglich der Versetzungen allein pädagogische Gründe vorgeschoben wurden, und zweitens das Disziplinarverfahren (Suspendierungen) durch den Strafantrag vorläufig ruht.

Auf einer ÖTV-Versammlung am vorvergangenen Donnerstag in Steglitz, an der ca. 100 Erzieher/innen aus vielen Bezirken teilnahmen, wurde festgehalten, daß dieser Angriff auf eine fortschrittliche Erziehungsarbeit, aber auch auf die Rechte der Personalräte, weitreichende Konsequenzen auch für die Arbeit in anderen Bezirken und Institutionen haben kann. Denn daß auch Kinder sexuelle Bedürfnisse haben und diese im Rahmen einer freieren Arbeit in Kindergarten und Hort auch zu befriedigen suchen, weil sie sich z. B. in eine ruhige Ecke unbeaufsichtigt zurückziehen können, wird mittlerweile von so vielen in der Kindererziehung Beschäftigten anerkannt, daß die Steglitzer Art der politischen Disziplinierung überall angewendet werden könnte. Die ÖTV und viele Einzelpersonen und Institutionen fordern die sofortige Zurücknahme der Versetzungen und Suspendierungen.

,,...aus allgemeinen Erwägungen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ..."

elc./mae. Der Westberliner Senat unter Vogel hat bekanntlich einen ersten Nachtragshaushalt beschlossen, der um 390 Millionen DM gegenüber dem ursprünglichen gekürzt wurde. Geringere Steuereinnahmen, zusätzliche Ausgaben durch die Erhöhung des Kindergeldes, weniger Bundeshilfe seien Ursache der Finanzlücke. Für den Haushalt ist nur nocht eine Steigerung von 2,3 % vorgesehen, die Einzelverwaltungen und die Bezirke sollen jeweils 2,5 % der Personalkosten, 5 % der Investitionsausgaben und 1,15 % der Sachmittel einsparen. Vor allem in den Bereichen der sozialen Versorgung, des Gesundheitswesens und des Schulwesens wirken sich diese Beschlüsse aus. Dies ist nach Meinung des Senats angesichts des Bevölkerungsrückganges auch korrekt. Vorgesehen, weil unausweichlich, sei ebenso eine Erhöhung der Steuern, Gebühren und Entgelte der öffentlichen Einrichtungen.

Bei der Streichung von Sachmitteln und Investitionen ist besonders der Baubereich und hier wieder der Bau von neuen Krankenhäusern betroffen. Fast alle Neubaupläne, Um- und Änderungsbauten, aber auch Renovierungen größeren Ausmaßes sind gestrichen oder werden neu überprüft. Im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg beispielsweise wurde jetzt der zweite Bauabschnitt gestoppt. Im Urbankrankenhaus kann eine psychiatrische Klinik nicht gebaut werden, die im Rahmen der gemeindenahen Psychiatrie geplant worden war. Die dringend notwendige Sanierung und Erweiterung des Klinikums Charlottenburgs soll neu überdacht, d. h. eingeschränkt werden: statt 526 Mio. DM für die ursprüngliche Planung werden jetzt 237 Mio. DM veranschlagt. Inwieweit dabei die Bettenanzahl, die qualitative Ausstattung der zu sanierenden Abteilungen betroffen sind, ist noch nicht zu übersehen. Tatsache ist, daß wie bei der Mehrzahl der geplanten Krankenhausneubauten, die Kritik an den Neubauplanungen, hier vor allem der Kleingärtner, als Vorwand genutzt wird, um den Haushalt zu sanieren. Es ist für die Personalräte und die ÖTV notwendig, die genauen Änderungen zu erfassen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Versorgung der Patienten.

Der neue Gesundheitssenator Überhorst hat es sich in einer ersten Stellungnahme zur Krankenhausversorgung nicht nehmen lassen, aus dem gleichen Horn zu tuten, wie sein Vorgänger, nämlich, daß Westberlin eine überdurchschnittlich hohe Anzahl teurer Krankenhausbetten mit einer zum Teil günstigeren Personalausstattung als westdeutsche Krankenhäuser hätte. Längst hat die Gewerkschaft ÖTV diese Argumentation entkräftet: 6-Tage-Woche, Ersatzdienstleistende, andere Bevölkerungsstruktur, bessere Lebensbedingungen sind Gründe für die Unzulässigkeit des Vergleiches. Des neuen Senators Devise: ,,Nicht mehr Betten als nötig, nicht mehr Technik als nötig", entspringt nicht etwa den Grundsätzen einer humaneren Krankenversorgung sondern den Sparplänen, die der Senat sich vorgenommen hat durchzusetzen. Bisher waren die Beschäftigten im Gesundheitswesen davon ausgegangen, daß hier im Personalbereich nicht gespart werden soll. Allerdings wurden schon Vertretungsmittel verweigert. Senatsdirektor Naulin vom Gesundheitssenat hält das aber nicht für ausreichend. Die Schranke, die die Beschäftigten in den Krankenhäusern mit der ÖTV gezogen haben, versucht er jetzt zu durchbrechen. Folgendes schrieb er an die Leitungen der Krankenhäuser und die Krankenhauskonferenz: ,,Wenngleich die in den Erfolgsplänen der Wirtschaftspläne der Krankenhausbetriebe veranschlagten Personal- und Sachaufwendungen, die über die Pflegesätze zu finanzieren sind, durch diese Beschlüsse (Nachtragshaushalt, d. Red.) nicht erfaßt werden, halte ich es dennoch aus allgemeinen Erwägungen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für dringend geboten, angesichts der Einschränkungen, die sich das Land Berlin auferlegt hat, auch in den Krankenhausbetrieben zu prüfen, ob und wieweit ähnliche Maßnahmen zu einer Verringerung der laufenden Aufwendungen beitragen können. Hierbei denke ich vorrangig an den Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich der Krankenhausbetriebe. Ich hätte aber auch keine Bedenken, wenn Sie in Ihre Überlegungen auch andere Bereiche, die nicht der unmittelbaren Patientenversorgung dienen, einbeziehen. ... Das Ergebnis Ihrer Prüfung teilen Sie mir bitte bis zum 1. April 1981 mit."

Die Forderungen der ÖTV zum Haushalt sind eindeutig: Rücknahme der Gewerbesteuersenkung, Eintreibung der Steuerrückstände der Kapitalisten, eine geringere Neuverschuldung. Der Hauptpersonalrat der öffentlichen Betriebe hat angesichts der Beschlüsse die Einzelpersonalräte aufgefordert, keinen Überstunden mehr zuzustimmen. Wenn am 24. 3. eine Funktionärskonferenz der ÖTV, Abteilung Gesundheitswesen stattfindet, muß diese genutzt werden, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Wirkung des Nachtragshaushalts in den Krankenhäusern zu bekommen. Das erleichtert die Bedingungen für den Zusammenschluß der Krankenhausbeschäftigten, der erschwert wird durch die Vorgehensweise des Senats, die Einsparungen in die Eigenverantwortung der Bezirke und Betriebe zu legen. ,,Ein flexibles Eingehen auf die jeweilige Situation", nannte es Porzner. Aber bislang waren auch die Betriebsgruppen und Personalräte allemal flexibel genug, solche Taktiken zu durchschauen.



Der Kampf der Krankenhausbeschäftigten hat die Zustände in der Krankenversorgung öffentlich gemacht. Deswegen hat der Senat Abstand davon nehmen müssen, Stellen im Pflegebereich zu streichen oder zu sperren. Das Bild zeigt die Arbeit im OP (ÖTV-Dialog).

IG BSE Westberlin gegen 4%-Abschluß

die Versetzungen der drei Horterzieherinnen und zweier Praktikanten sowie zweier Kindergärtnerinnen. Gegen die drei Hortnerinnen wurde vom Bezirksamt Steglitz Strafantrag bei der Generalstaatsanwaltschaft gestellt. Der eigentliche Hintergrund dieser Vorgänge ist die Arbeit der Celsiusstr.: in jahrelangem Kleinkrieg hatten die Erzieherinnen dort offene Hort- und teils auch Kindergartenarbeit gegen das Bezirksamt durchgesetzt. Offene Arbeit bedeutet, daß z. B. im Hort die 60 Kinder nicht mehr streng in drei Gruppen mit jeweils einem eigenen Raum unterteilt wurden, sondern daß es Werk-, Tobe- und Spielzimmer gab, und daß die Angebote von den Kindern je nach Interesse wahrgenommen wurden. Obwohl die Erzieherinnen das alles im Rahmen des normalen Personalschlüssels (1 Erzieher pro Hortgruppe) durchführten, war die Arbeit dort so beispielhaft, daß ständig Erzieher aus anderen Bezirken kamen, um sich Anregungen für ihre Kita zu holen, daß ein Film über diese Arbeit gedreht und in Schulen vorgeführt wurde etc. .

Mittlerweile herrscht in der Celsiusstr. wieder ,,Ruhe und Ordnung". Das gesamte Konzept wurde zerstört, es muß wieder in festen Gruppen hinter verschlossenen Türen gearbeitet

Handwerksjugendgruppe der IGM begrüßen wir die Titelgeschichte der letzten Metall. Aus eigener Erfahrung ken-

nicht einmal die Gelegenheit gegeben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Auch der Personalrat wurde in der ganzen Sache völlig kaltgestellt, indem erstens bezüglich der Versetzungen allein pädagogische Gründe vorgeschoben wurden, und zweitens das Disziplinarverfahren (Suspendierungen) durch den Strafantrag vorläufig ruht.

Auf einer ÖTV-Versammlung am vorvergangenen Donnerstag in Steglitz, an der ca. 100 Erzieher/innen aus vielen Bezirken teilnahmen, wurde festgehalten, daß dieser Angriff auf eine fortschrittliche Erziehungsarbeit, aber auch auf die Rechte der Personalräte, weitreichende Konsequenzen auch für die Arbeit in anderen Bezirken und Institutionen haben kann. Denn daß auch Kinder sexuelle Bedürfnisse haben und diese im Rahmen einer freieren Arbeit in Kindergarten und Hort auch zu befriedigen suchen, weil sie sich z. B. in eine ruhige Ecke unbeaufsichtigt zurückziehen können, wird mittlerweile von so vielen in der Kindererziehung Beschäftigten anerkannt, daß die Steglitzer Art der politischen Disziplinierung überall angewendet werden könnte. Die ÖTV und viele Einzelpersonen und Institutionen fordern die sofortige Zurücknahme der Versetzungen und Suspendierungen.

im Frühsommer entschieden wird, ob Springer mehrere kleine Ersatzaufträge ans Druckhaus vergibt. Allerdings sei

Schöneberg beispielsweise wurde jetzt der zweite Bauabschnitt gestoppt. Im Urbankrankenhaus kann eine psychiatrische Klinik nicht gebaut werden, die im Rahmen der gemeindenahen Psychiatrie geplant worden war. Die dringend notwendige Sanierung und Erweiterung des Klinikums Charlottenburgs soll neu überdacht, d. h. eingeschränkt werden: statt 526 Mio. DM für die ursprüngliche Planung werden jetzt 237 Mio. DM veranschlagt. Inwieweit dabei die Bettenanzahl, die qualitative Ausstattung der zu sanierenden Abteilungen betroffen sind, ist noch nicht zu übersehen. Tatsache ist, daß wie bei der Mehrzahl der geplanten Krankenhausneubauten, die Kritik an den Neubauplanungen, hier vor allem der Kleingärtner, als Vorwand genutzt wird, um den Haushalt zu sanieren. Es ist für die Personalräte und die ÖTV notwendig, die genauen Änderungen zu erfassen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Versorgung der Patienten.

Der neue Gesundheitssenator Überhorst hat es sich in einer ersten Stellungnahme zur Krankenhausversorgung nicht nehmen lassen, aus dem gleichen Horn zu tuten, wie sein Vorgänger, nämlich, daß Westberlin eine überdurchschnittlich hohe Anzahl teurer Krankenhausbetten mit einer zum

ginn." Weiter heißt es: ,,Solche wilden Warnstreiks sind immer rechtlich unzulässig ...". ,,Führt die Gewerk-

meinen Erwägungen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für dringend geboten, angesichts der Einschränkungen, die sich das Land Berlin auferlegt hat, auch in den Krankenhausbetrieben zu prüfen, ob und wieweit ähnli-

Veranstaltungskalender

legen. ,,Ein flexibles Eingehen auf die jeweilige Situation", nannte es Porzner. Aber bislang waren auch die Betriebsgruppen und Personalräte allemal flexibel genug, solche Taktiken zu durchschauen.



Der Kampf der Krankenhausbeschäftigten hat die Zustände in der Krankenversorgung öffentlich gemacht. Deswegen hat der Senat Abstand davon nehmen müssen, Stellen im Pflegebereich zu streichen oder zu sperren. Das Bild zeigt die Arbeit im OP (ÖTV-Dialog).

IG BSE Westberlin gegen 4%-Abschluß

wem. Die Delegiertenkonferenz des Landesverbandes Westberlin der IG Bau Steine Erden forderte am 16.3. einstimmig den Bundesvorstand auf, sofort ,,Neuverhandlungen aufzunehmen". Außerdem wurde ein Antrag des Ortsverbandes Charlottenburg angenommen, der sich gegen jede Einführung des Weißen Kreises ausspricht und für die Bereitstellung guten und preiswerten Wohnraums. ,,Das bedeutet, daß der soziale Wohnungsbau bei Umstellung der Finanzierung wieder angekurbelt werden muß. Hierdurch können gleichzeitig viele Arbeitsplätze im Baugewerbe langfristig gesichert werden."

IGM-Jugendgruppe unterstützt Instandbesetzer

wir. Die Handwerksgruppe der IGM beteiligte sich an der 115. Instandbesetzung. Während der Demonstration am 14.3. wurde das zweite Hinterhaus in der Lausitzer Straße 23, mehrere Wohnungen in der Lausitzer Str. 22 und die leeren Gewerberäume einer angrenzenden alten Chemiefabrik besetzt. Die Bürgerinitiative SO 36, der Verein Wohnen und Leben e.V. und das Stadtteilzentrum in der Lausitzer Str. haben die Aktion unterstützt. Die Polizei erschien erst am Nachmittag, zog aber unverrichteter Dinge wieder ab. Die Handwerksgruppe hatte schon im Februar anläßlich der Titelgeschichte der ,,Metall" (Nr. 3 vom 11.2.) über ,,Wohnungen: Geschäfte mit der Not" Stellung genommen. In einem Leserbrief der Jugendgruppe heißt es: ,,Als Handwerksjugendgruppe der IGM begrüßen wir die Titelgeschichte der letzten Metall. Aus eigener Erfahrung kenneh wir die Wohnungssituation in Berlin und wir haben bei konkreten Unterstützungsarbeiten auch viele Instandbesetzer kennengelernt. Tatsache ist, daß sie mit ihren Aktionen das Wohnungsproblem stärker an die Öffentlichkeit gebracht haben. Umso bedauerlicher finden wir, daß im Berlin-Teil derselben Metall der Kollege Wagner sich zu Beschimpfungen der Instandbesetzer herabgelassen hat, wie wir sie sonst nur aus der Springer-Presse kennen." Horst Wagner, 1. Bevollmächtigter des IGM Bezirkes Berlin hatte in dem bezeichneten Artikel behauptet: ,,Hausbesetzungen und Straßenschlachten sind für die Mehrzahl der Gewerkschafter in Berlin kein Beitrag zur Problemlösung ... Der harte Kern der Chaoten fürchtet solche Lösungen. Er wird das Feuer noch weiter schüren." Der Leserbrief und die dazugehörenden Artikel sind mittlerweile durch eine Wandzeitung der Jugendgruppe im DGB Haus dokumentiert

Druckhaus-Belegschaft läßt sich nicht mit Versprechungen einfangen

drt. Hauptthema der Betriebsversammlung im Druckhaus-Tempelhof am vergangenen Montag war der Weggang des zweitgrößten Auftrages ,,BWZ" (1,4 Mio Auflage) zum Jahresende und den damit verbundenen Maßnahmen zur Arbeitsplatzerhaltung und Sicherung der Arbeitsbedingungen. Die ,,BWZ" wird ab 1982 in der Springerschen Tiefdruckerei in Darmstadt gedruckt. Zur aktuellen Lage sagte Geschäftsführer Hoffmann lediglich, daß im Frühsommer entschieden wird, ob Springer mehrere kleine Ersatzaufträge ans Druckhaus vergibt. Allerdings sei man im Hause Springer verärgert, weil ihn die Druckhaus-Belegschaft schriftlich zur Aufgabe des Auftrages ,,BWZ" aufgefordert hatte. Offensichtlich will Hoffmann die Belegschaft hinhalten, dagegen gab es lebhaften Protest. Der Betriebsrat hat sich inzwischen mit dem Senator für Arbeit und Soziales, Olaf Sund, in Verbindung gesetzt, der mit Springer ein klärendes Gespräch vereinbart hat. Sollte auch diese Initiative scheitern, hat der Betriebsrat einen weiteren Maßnahmenkatalog vorbereitet. Außerdem forderte die Belegschaft die sofortige Rücknahme von sieben Kündigungsanträgen wegen ,,Arbeitsmangel" gegen Hilfsarbeiter aus der Rotation und der Weiterverarbeitung. Ein Drucker widerlegte den Arbeitsmangel, einer der Betroffenen schilderte kurz seine soziale Lage. Geschäftsführer Hoffmann bezeichnete die Kündigungsanträge als ,,nichts Besonderes" für einen Betrieb von 790 Beschäftigten, mußte aber nach heftigen Protesten sich zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat bereit erklären.

Flugblatt der Kapitalisten an die Leitenden Angestellten über Warnstreiks

Als Formen des Warnstreiks werden benannt: ,,Die Arbeitnehmer verbleiben dabei (während des Warnstreiks, die Red.) entweder untätig am Arbeitsplatz, stehen diskutierend im Betrieb herum, suchen gruppenweise den Betriebsrat auf, beenden vor Ablauf der Arbeitszeit ihre Tätigkeit oder erscheinen willkürlich später zum Arbeitsbeginn." Weiter heißt es: ,,Solche wilden Warnstreiks sind immer rechtlich unzulässig ...". ,,Führt die Gewerkschaft einen Warnstreik durch oder steht ein solcher unmittelbar bevor, dann ist es wegen der Zulässigkeitsfrage und der Zweckmäßigkeit der Abwehrmaßnahmen einschließlich gerichtlicher Schritte eine enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Arbeitgeberverband unbedingt erforderlich." Unter den Abwehrmaßnahmen sind genannt: ,,Kommt es tatsächlich zu einem Warnstreik, darf auf keinen Fall die ausgefallene Arbeitszeit bezahlt werden." Für Vorbeugemaßnahmen ist angegeben: ,, ... wenn Warnstreiks abzusehen sind, sollte der Belegschaft die Rechtswidrigkeit derartiger Aktionen durch Plakate, Handzettel oder individuelle Schreiben deutlich gemacht werden."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61, Telefon 030/6145098; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13–15: Thomas Bauer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234

Veranstaltungskalender

Donnerstag, 26, März 1981

,,Freiheit, Unabhänigkeit und Brot" Zur Geschichte und den Kampfzielen der polnischen Arbeiterbewegung
Veranstaltung des KBW und der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung
Ort: ,,Tarantel", Karl-Marx-Str., Passage. Beginn: 19 Uhr 30

Samstag, 28. März 1981

,,Nowruz-Fest (Neujahrsfest)"der AKSA (Vereinigung der demokratischen Kurdischen Studenten im Ausland)
Ort: Alte TU-Mensa, Beginn: 19 Uhr

Mittwoch, 1. April 1981

,,Arbeitsplätze, Mitbestimmung, Wirtschaftspolitik"
Veranstaltung des DGB. Eingeladen sind v. Weizäcker, CDU, Vogel, SPD, Kunze, FDP.
Ort: Prälat Schöneberg, Hauptstr., Beginn: 9 Uhr, Ende 17 Uhr
Teilnehmerkarten können nach Anforderung beim DGB-Landesbezirk, Abt, Wirtschaft, Keith-Str. 1/3 in Westberlin 30 bestellt werden

Mittwoch, 8. April 1981

Veranstaltung mit Vertretern der Solidarinósć
Veranstalter: Sozialistisches Büro, Ort: FU-Audimax, Zeit: 18.30 Uhr

Lieder für Instandbesetzer

olb. Der Nollendorfplatz war am 17.3. abends zum größten Teil von einer eng gewundenen Menschenschlange bedeckt, deren Kopf in die Tür des METROPOL drängte. Der Saal war längst ausverkauft: – ,,Lieder für Instandbesetzer''.

Aber nicht nur die Menge Menschen und die über 18000 DM Reinerlös für die Instandbesetzer machten das Geschehnis zur politischen Demonstration. Mit B.Wegner und W.Moosmann kamen Liedermacher, die für das Selbstverständnis der demokratischen Bewegung der letzten Jahre wichtig sind.

Mossmann kann seit Wyhl als wichtigster Liedermacher der Bewegung gelten. Freilich hat sich die Bewegung jetzt gewandelt und Mossmann verkörpert mit seinen Balladen weder inhaltlich noch formal die Wucht des Neuen.

Bettina Wegner, die aus der DDR kommt, verkörpert auch etwas in dieser Bewegung. Sie stellt die Unterdrückung des Volkes in beiden deutschen Staaten dar. Sie steht damit für viele, die den westdeutschen Imperialismus ablehnen und auf den ,,Realen Sozialismus'' à la DDR keinen Sechser mehr geben. Da gibt es politische Desillusionierung, aber auch das Festhalten an einer persönlichen Moral in der Politik, als Handlungsleitfaden.

Ihr Auftritt begann mit einem Aufruf zu weiteren Besetzungen. Dann sang die schmächtige Frau ohne Gitarrenbegleitung mit lauter Stimme eine Strophe aus Brechts Resolutionslied in den überfüllten Saal:

,,In Erwägung, daß dort Häuser stehen, während ihr uns ohne Bleibe laßt haben wir beschlossen jetzt dort einzuziehen, weil es uns in unseren Löchern nicht mehr paßt!''

Weder Bettina Wegner noch Walter Mossmann hatten eigene Lieder zu den Häuserkämpfen. Die Liedermacher stehen, wie viele andere auch, noch etwas ratschlagslos neben der Bewegung.

Dafür brachte W. Mossmann einen Film mit, der die Räumung des Schwarzwaldhofes in Freiburg durch aufgestachelte Polizeischläger eindringlich vor Augen führt. Dieser Streifen dokumentierte am Schluß, ohne Kommentar, den Text eines Freiburger Besetzerfunks, dessen Polemik sich penetrant gegen ,,die Leute'' richtet, die bei den Kämpfen danebenstehen, aus welchen Gründen auch immer.

Solche Abgrenzung von ,,den anderen'', die in B. Wegners Moral auch oft schwergewichtig zu finden ist, weist geradewegs ins ,,Linke Ghetto'' zurück.

Ein agitatorisches Kampflied zum Reichsbahnerstreik von der Westberliner Gruppe ,,Fliegende Blätter'' war der stärkste Bezug zur Arbeiterbewegung an diesem Abend. Das Lied ist gut. Ein alter Reichsbahner und SEDler erlebt den Wandel der DDR an sich selber durch den Wandel ,,seines'' Betriebes. Schließlich wird er für seine alten Ideale zum Streikführer.

Die IG-Blech nimmt, deutlich hörbar, Abstand vom alten Arbeiterkampflied, welches das Blasorchester noch unter dem Namen ,Das rote Signal' (KPD-Rote Fahne) wohl etwas zu sehr gepflegt hatte. Die Gruppe hat sich noch nicht vollständig für unpolitische Musik entschieden.

Ganz vergessen konnte man ,,Teller Bunte Knete''. Textprobe so ungefähr: ,,Gestern habe ich mein Dope verloren – keine Hoffnung, keine Chance.'' Solche Texte wollte an diesem Abend im Metropol wohl keiner hören. Auch für die Bitte der Gruppe, sie mit einer Extraspende für den Auftritt zu belohnen, hatten nur wenige Verständnis. Solche Art ,,No Future'' ist jetzt jedenfalls auch nicht gefragt.

Podiumsdiskusssion mit AL-Vertretern auf der SEW-Wahlveranstaltung

wun. Die SEW-Führung hatte offenbar das Interesse der SEW-Mitglieder und Sympathisanten an einer Diskussion mit der AL unterschätzt. Der Saal 2 der Neuen Welt war mit weit über 1500 Anwesenden total überfüllt, viele kamen gar nicht mehr rein. Ca. 150 bis 300 der Anwesenden waren AL-Sympathisanten.

Die 3 AL-Vertreter auf dem Podium haben die Möglichkeit, die SEW-Führung mit solchen Positionen der AL zu konfrontieren, die in der SEW-Mitgliedschaft auf Interesse stoßen müssen und die von der SEW-Führung tabuisiert werden, nur unzureichend genutzt. Immerhin: Klargestellt wurde, daß die SEW unglaubwürdig ist,
– weil die von ihr beanspruchte Unterstützung der Lohnkämpfe in Widerspruch steht zu ihrer feindseligen Haltung gegen die streikenden Reichsbahnarbeiter und gegen die unabhängige polnische Gewerkschaftsbewegung,
– weil ihre Atomenergie-Gegnerschaft in Widerspruch steht zur Bejahung der Atomkraftwerke in der DDR, die noch unsicherer sind als die westdeutschen,
– weil ihr Bekenntnis zum Kampf um demokratische Rechte zu ihrer Ablehnung des Volksbegehrens und der AL-Wahlzulassung 1979, zu ihrer Verteidigung des Vier-Besatzermächte-Abkommens sowie zur Leugnung der Tatsache, daß Demokraten und oppositionelle Sozialisten in der DDR verfolgt werden in Widerspruch steht,
– weil sie den Demokraten Allende und die Marionette Karmal gleichsetzt,
– und schließlich, weil sie vom Frieden redet und dann als höchsten Repräsentanten der Friedensbewegung Leonid Iljitsch Breshnew anpreist und den von ihm befehligten Warschauer Pakt, siehe Prag 1968.

Die Antworten der SEW auf diese Punkte, z. T. erst in der Berichterstattung von der Veranstaltung am 21./22.3. nachgereicht, z. T. für die schriftliche Veröffentlichung einer sprachregelnden Kosmetik unterzogen, lesen sich dort z. B. so: ,,*Konkrete Aufforderungen zum gemeinsamen Handeln wurden dabei von ihnen* (den AL-Vertretern, d. Verf.) *oft mit antikommunistischen Darstellungen beantwortet ... Sie sagten, die AL sei sowohl gegen den Putsch in Chile 1973 wie auch gegen die Hilfeleistung der UdSSR für das afghanische Volk, was den SEW-Vertreter Welters zu der Antwort veranlaßte, hier werde faktisch Salvadore Allende mit dem Kriegstreiber Brzezinski gleichgesetzt ... faktische Gleichstellung des Kampfes der Metaller in Westberlin gegen die Konzernherren mit den Handlungen, die vor einigen Monaten in unserer Stadt zur zeitweiligen Unterbrechung des S-Bahn-Verkehrs führten.*''

Großen und ungeteilten Beifall erhielt ein türkischer AL-Sympathisant, der entgegen den bis dahin schwammigen Formulierungen der SEW-Führung zum Ausländerwahlrecht eintrat für volles Wahlrecht, nicht nur bei Kommunalwahlen, und die SEW-Führung zwang, sich ebenfalls dafür auszusprechen.

Offene Flanken boten die AL-Vertreter an den Punkten, an denen tatsächlich die politischen Schwächen der AL liegen, wobei jedoch auch die *vorhandene* Programmatik der AL nicht entschieden ins Feld geführt wurde. Angesprochen auf den Einfluß der SEW in den Gewerkschaften antwortete ein AL-Sprecher: ,,Was die ganze Gewerkschaftskiste angeht'', so trete er für die Unterstützung des Lohnkampfes, des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung usw. ein, aber darüber hinaus sei auch die Frage der Lebensqualität (,,Wie wird gearbeitet?'') wesentlich. Das gewerkschaftsoppositionelle Moment war unüberhörbar.

Eine Einschätzung der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht fehlte und damit ein wichtiger Teil der Begründung der Forderung nach Blockfreiheit und Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Der Kompromiß mit der Minderheitenposition der aus der SEW ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Sozialistischen Initiative (SI) in der AL, die einen Vertreter auf dem Podium hatte und den einseitig nur gegen die NATO gerichteten Krefelder Aufruf vertritt, war offensichtlich. Stattdessen wurde argumentiert, es gebe ,,keine guten Atomraketen'', was der SEW die Möglichkeit eröffnete, mit dem bloßen Hinweis auf die *Rivalität* der Militärblöcke (,,diametral entgegengesetzt'') ihnen klassenmäßigen Antagonismus zu unterstellen und in der Folge penetrant auf der Behauptung rumzureiten, sie sei die Partei der Arbeiterklasse und kämpfe für den Sozialismus, während man bei der AL nicht wisse, für was sie im Großen sei und welches ihrer Positionspapiere gerade gelte. Dagegen traten die AL-Vertreter nicht auf.

Untauglich war der Versuch der AL-Vertreter, die eigene Uneinheitlichkeit bis hin zur eingestandenen politischen Unerfahrenheit zum Aushängeschild ihrer politischen Vertrauenswürdigkeit zu machen.

Alles andere als nützlich, aber immerhin aufschlußreich waren Äußerungen des SI-Vertreters auf der AL-Seite des Podiums, aus denen klar wurde, daß für die SI der Gesichtspunkt, daß die SEW nicht ins Parlament kommt, wohl aber SEW-nahe Positionen (wenn auch in der Minderheit in der AL) via SI.

Die klare Aussage der AL gegen die NATO hat ,,Die Wahrheit'' in ihrer Berichterstattung erneut weggelogen: ,,*Mit keinem Wort wandten sich die AL-Vertreter gegen die ständigen Versuche der politisch Verantwortlichen, Westberlin in den Geltungsbereich der NATO und der EG einzubeziehen.*'' Ein verzweifelter Versuch, die Führung der Friedensbewegung zu usurpieren.

Realpolitiker für Blockkonfrontation am Werk

Flugblatt des KBW zur SEW-Veranstaltung mit Vertretern der AL

,,Neues Deutschland'': ,,Zurückzerren der Menschheit''

Konnte man jahrelang aus der ,,Wahrheit'' die einfache Wahrheit nicht erfahren, daß es in Westberlin eine Alternative Liste gibt, so fühlt die SEW jetzt dumpf, daß Ignoranz und Arroganz gegenüber der demokratischen Bewegung in Westberlin nicht länger durchzuhalten sind: Zur heutigen Wahlveranstaltung der SEW sind AL-Vertreter auf das Podium eingeladen.

in Westberlin mit einer eigenen Liste zu den Abgeordnetenhauswahlen antreten wird. Die SED muß erklären, warum ihre Bruderparteien DKP und SEW keinen stärkeren Einfluß auf diese Bewegung bekommen und für große Teile der demokratischen Bewegung unwählbar bleiben. Obwohl doch, laut ,,Neues Deutschland'', ,,spätestens seit 1917 die aufgeklärte Welt weiß, daß die einzig realistische Alternative zum Kapitalismus der Sozialismus ist'', – der ,,reale Sozialismus'' à la

praktizieren. Wie wirklichkeitsfern sind solche Vorstellungen angesichts des Faktes, daß die BRD ebenso fester Bestandteil der NATO wie die DDR des Warschauer Vertrages ist. ... Wenn die AL, wie sie schreibt, für den Ausbau der Ergebnisse der Entspannungspolitik ist, die mit dem vierseitigen Abkommen über Westberlin viele Erleichterungen für unsere Bevölkerung brachte, dann muß es doch gestattet sein zu fragen, warum sie lieber traumtänzerische Modelle konstruiert,

berlins ebensowenig vorkommt wie die Souveränität der DDR, obwohl es ausschließlich von beiden handelt. Gegen diese Realitäten richten sich breite Volksbewegung im Westen und gegen diese Realität richtet sich die polnische Arbeiter- und Volksbewegung. Auf diese Bewegungen bezieht sich die Alternative Liste und sie tut das mit der Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und der Forderung nach Blockfreiheit. Das muß man unterstützen. Wir sind der Meinung, daß die AL in diese Richtung weiterge-

,,Vieles wäre noch kritisch zu den AL Vorstellungen zu sagen. Welch ein Widerspruch besteht zum Beispiel darin, einerseits die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD zu fordern (was richtig und begrüßenswert ist), zugleich sich aber dazu zu bekennen, sich bewußt und in feindlicher Absicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen zu wollen. Das soll einer gesicherten Perspektive Westberlins dienen?'' (,,Wahrheit'')

Politik, als Handlungsleitfaden.

Ihr Auftritt begann mit einem Aufruf zu weiteren Besetzungen. Dann sang die schmächtige Frau ohne Gitarrenbegleitung mit lauter Stimme eine Strophe aus Brechts Resolutionslied in den überfüllten Saal:

,,In Erwägung, daß dort Häuser stehen, während ihr uns ohne Bleibe laßt haben wir beschlossen jetzt dort einzuziehen, weil es uns in unseren Löchern nicht mehr paßt!''

Weder Bettina Wegner noch Walter Mossmann hatten eigene Lieder zu den Häuserkämpfen. Die Liedermacher

nal' (KPD-Rote Fahne) wohl etwas zu sehr gepflegt hatte. Die Gruppe hat sich noch nicht vollständig für unpolitische Musik entschieden.

Ganz vergessen konnte man ,,Teller Bunte Knete''. Textprobe so ungefähr: ,,Gestern habe ich mein Dope verloren – keine Hoffnung, keine Chance.'' Solche Texte wollte an diesem Abend im Metropol wohl keiner hören. Auch für die Bitte der Gruppe, sie mit einer Extraspende für den Auftritt zu belohnen, hatten nur wenige Verständnis. Solche Art ,,No Future'' ist jetzt jedenfalls auch nicht gefragt.

sache, daß Demokraten und oppositionelle Sozialisten in der DDR verfolgt werden in Widerspruch steht,
– weil sie den Demokraten Allende und die Marionette Karmal gleichsetzt,
– und schließlich, weil sie vom Frieden redet und dann als höchsten Repräsentanten der Friedensbewegung Leonid Iljitsch Breshnew anpreist und den von ihm befehligten Warschauer Pakt, siehe Prag 1968.

Die Antworten der SEW auf diese Punkte, z. T. erst in der Berichterstattung von der Veranstaltung am 21./22.3. nachgereicht, z. T. für die schriftliche Veröffentlichung einer

entschieden ins Feld geführt wurde. Angesprochen auf den Einfluß der SEW in den Gewerkschaften antwortete ein AL-Sprecher: ,,Was die ganze Gewerkschaftskiste angeht'', so trete er für die Unterstützung des Lohnkampfes, des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung usw. ein, aber darüber hinaus sei auch die Frage der Lebensqualität (,,Wie wird gearbeitet?'') wesentlich. Das gewerkschaftsoppositionelle Moment war unüberhörbar.

Eine Einschätzung der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht fehlte und damit ein wichtiger Teil der Begründung der Forderung nach

de, daß für die SI der Gesichtspunkt, daß die SEW nicht ins Parlament kommt, wohl aber SEW-nahe Positionen (wenn auch in der Minderheit in der AL) via SI.

Die klare Aussage der AL gegen die NATO hat ,,Die Wahrheit'' in ihrer Berichterstattung erneut weggelogen: ,,Mit keinem Wort wandten sich die AL-Vertreter gegen die ständigen Versuche der politisch Verantwortlichen, Westberlin in den Geltungsbereich der NATO und der EG einzubeziehen.'' Ein verzweifelter Versuch, die Führung der Friedensbewegung zu usurpieren.

Realpolitiker für Blockkonfrontation am Werk

Flugblatt des KBW zur SEW-Veranstaltung mit Vertretern der AL

,,Neues Deutschland'': ,,Zurückzerren der Menschheit''

Konnte man jahrelang aus der ,,Wahrheit'' die einfache Wahrheit nicht erfahren, daß es in Westberlin eine Alternative Liste gibt, so fühlt die SEW jetzt dumpf, daß Ignoranz und Arroganz gegenüber der demokratischen Bewegung in Westberlin nicht länger durchzuhalten sind: Zur heutigen Wahlveranstaltung der SEW sind AL-Vertreter auf das Podium eingeladen. Aus diesem Anlaß sieht sich die SEW dann auch gezwungen, in ihrer ,,Wahrheit'' den Schein einer Auseinandersetzung mit dem Wahlprogramm der Alternativen Liste zu veranstalten.

Der große Bruder hatte schon vorgelegt. ,,Neues Deutschland'': ,,*Sogenannte ,alternative' Ideologen, deren Spektrum von Vertretern der konservativen Lebensphilosophie, des kleinbürgerlichen Reformismus bis zu Anarchisten reicht, sind bestrebt, die Sehnsucht der jungen Menschen nach neuen moralischen Werten, nach einer besseren Gesellschaft in die Bahnen einer nach rückwärts gerichteten Orientierung zu lenken. ... Kennzeichnend für ,alternative' Ideologen ist ein tiefer weltanschaulicher Pessimismus und eine ausgeprägte Angst vor der Zukunft. Ihre Theorien verkörpern nicht eine Tendenz des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern ein Zurückzerren der Menschheit auf einen Erkenntnisstand, der weit hinter die utopischen Sozialisten zurückreicht. ... Die Thesen der ideologischen Wortführer einer ,alternativen Lebensweise' enthüllen sich also bei näherer Betrachtung als eine reaktionäre Variante zur Unterminierung und Desorientierung der neu heranwachsenden anti-imperialistischen Kräfte'' (ND, 7./8. März).*

Den Sack schlagen, den Esel meinen. Eine wohlbekannte Methode dieser Leute. Die ,alternative Lebensweise' schlagen, die alternativen Listen meinen. Der Zeitpunkt des Artikels legt nahe, daß hier ideologisch eingeordnet werden soll, was sich in Westdeutschland und Westberlin als Teil einer demokratischen Bewegung im Kampf gegen Kriegstreiberei, Ausbeutung, Unweltzerstörung und Abbau demokratischer Rechte als ,,alternative'' Bewegung herausgebildet hat und in Westberlin mit einer eigenen Liste zu den Abgeordnetenhauswahlen antreten wird. Die SED muß erklären, warum ihre Bruderparteien DKP und SEW keinen stärkeren Einfluß auf diese Bewegung bekommen und für große Teile der demokratischen Bewegung unwählbar bleiben. Obwohl doch, laut ,,Neues Deutschland'', ,,*spätestens seit 1917 die aufgeklärte Welt weiß, daß die einzig realistische Alternative zum Kapitalismus der Sozialismus ist*'', – der ,,reale Sozialismus'' à la Sowjetunion 1981 natürlich.

Daß große Teile der demokratischen Bewegung aber diesen ,,realen Sozialismus'' zwar unterschiedlich, aber keinesfalls als Alternative sehen, ist doch nicht dem dunklen Wirken alternativer Ideologen, sondern dem grellen Schein dieser Realitäten selbst geschuldet: Überfall der Sowjetunion auf die CSSR, Einmarsch in Afghanistan, der von der Sowjetunion angestiftete Überfall auf Kampuchea und jüngst die unverhohlenen Drohgebärden gegen die Arbeiter- und Volksbewegung in Polen. Von der Unterdrückung im eigenen Land ganz zu schweigen. Dabei sind sich dann die bürgerlichen Ideologen vom ,,Neues Deutschland'' bis Springers ,,BZ'' darin einig, die Sowjetunion als Stätte des ,,realen Sozialismus'' zu bezeichnen. Mit derartigen Realitäten diskreditiert man den Sozialismus in der Tat am besten.

Daß sich der Kampf gegen die Herrschaft des Kapitalismus heute in solchen Formen wie Alternativbewegungen herausbildet, ist Ausdruck der schweren Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Der große Fortschritt dieser Bewegung liegt gerade in ihrer Absage gegen die imperialistischen Machtblöcke in Ost *und* West.

Der ,,Realitätssinn'' der SEW

Die ,,Wahrheit'' über den Berlinteil des Programms der Alternativen Liste: ,,*Schon beim flüchtigen Lesen des Materials fällt als Hauptmangel ein völlig fehlender Realitätssinn auf. ... wird vorgeschlagen, an die BRD Regierung zu appellieren, der DDR ein Angebot auf Paktfreiheit für beide deutsche Staaten zu unterbreiten und dies eventuell sogar einseitig als Vorleistung zu praktizieren. Wie wirklichkeitsfern sind solche Vorstellungen angesichts des Faktes, daß die BRD ebenso fester Bestandteil der NATO wie die DDR des Warschauer Vertrages ist. ... Wenn die AL, wie sie schreibt, für den Ausbau der Ergebnisse der Entspannungspolitik ist, die mit dem vierseitigen Abkommen über Westberlin viele Erleichterungen für unsere Bevölkerung brachte, dann muß es doch gestattet sein zu fragen, warum sie lieber traumtänzerische Modelle konstruiert, statt sich in dieser Stadt selbst für die Fortführung der Entspannungspolitik, gegen die NATO Raketenbeschlüsse und den Bau von Neutronenwaffen zu engagieren...*'' (,,Die Wahrheit'', 14./15. März).

Halten wir uns nicht dabei auf, daß es der Verfasser des ,,Wahrheit''-Artikels offenbar beim flüchtigen Lesen des Materials beließ, sonst wär ihm aufgefallen, daß sich das AL-Programm uneingeschränkt gegen die NATO-,Nach'rüstung wendet, übersehen wir auch, daß sich nicht ein einziger Satz des AL-Programms in der ,,Wahrheit'' vollständig zitiert findet.

Im entsprechenden Teil des AL-Programms heißt es: ,,Wir stützen uns auf den vor unseren Augen vor sich gehenden Prozeß des Zerbröckelns der Machtblöcke. Diese Entwicklung wollen wir fördern und vorantreiben. Die Blöcke in Europa haben jeden unabhängigen und selbständigen Schritt zu Demokratisierung und sozialem Fortschritt erstickt. Ein Aufbrechen der Blocksituation erscheint uns als wesentliche Bedingung, um Fortschritte zu erreichen'' (AL-Programm). Man mag sich über die Formulierung streiten. Unbestreitbar ist, daß sich die *beiden* Supermächte als Oberherren in Europa aufspielen, die UdSSR in Ost-, die USA in Westeuropa. Unbestreitbar, daß die Supermächte den Ländern, die sie in ihre Blöcke gepfercht haben, Tribut abverlangen, sei es die Forderung nach 3% Erhöhung der Militärausgaben seitens der USA, seien es die ungleichen Verträge im RGW. Unbestreitbar, daß den Supermächten die Souveränität dieser Länder gerade soviel wert ist, wie in ihr Rivalitätskalkül paßt. Was übrigens auch kennzeichnend für das von der SEW gelobte vierseitige Abkommen über Westberlin ist, in dem die Souveränität Westberlins ebensowenig vorkommt wie die Souveränität der DDR, obwohl es ausschließlich von beiden handelt. Gegen diese Realitäten richten sich breite Volksbewegung im Westen und gegen diese Realität richtet sich die polnische Arbeiter- und Volksbewegung. Auf diese Bewegungen bezieht sich die Alternative Liste und sie tut das mit der Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und der Forderung nach Blockfreiheit. Das muß man unterstützen. Wir sind der Meinung, daß die AL in diese Richtung weitergehen und die Forderung nach einer Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO aufnehmen soll. Diese Friedenskonferenz zwischen den Siegermächten des zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten und Westberlin soll zu einem Friedensvertrag führen, in dem die bestehenden Grenzen anerkannt und die Souveränität der DDR, der BRD und Westberlins garantiert werden.

,,*Die SEW geht stets von den Realitäten aus. Sie will, daß die günstigen Möglichkeiten, die die geographische Lage und der völkerrechtliche Status unserer Stadt bieten, im Interesse der arbeitenden Menschen sofort genutzt werden*'' (,,Wahrheit''). Den Vorwurf des fehlenden Realitätssinns kennt man ja schon von anderer Seite. Aber wessen Realitätssinn gehört dazu, den völkerrechtlichen Status Westberlins als *günstig* zu bezeichnen? Westberlin steht unter dem Besatzerrecht der USA, Berlin (DDR) ist Hauptstadt der DDR, was nicht durch einen Friedensvertrag, sondern ausschließlich durch die Sowjetunion garantiert ist. Weder in Westberlin noch in der DDR und - eingeschränkt - auch in Westdeutschland nicht, ist nach dem zweiten Weltkrieg der Souveränität der Volksmassen aus eigener Kraft ereicht worden, weshalb die Volkssouveränität für Westdeutschland nur eingeschränkt, für Westberlin völkerrechtlich noch nicht und für die DDR faktisch nicht mehr existiert. Wenn etwas ,,günstig'' ist, dann nicht *diese* Realitäten, sondern, daß es eine zunehmende Bewegung dagegen gibt. Die SEW stellt sich ausdrücklich auf die andere Seite.

Uneingeschränkte Unterstützung der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung

,,*Vieles wäre noch kritisch zu den AL Vorstellungen zu sagen. Welch ein Widerspruch besteht zum Beispiel darin, einerseits die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD zu fordern (was richtig und begrüßenswert ist), zugleich sich aber dazu zu bekennen, sich bewußt und in feindlicher Absicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen zu wollen. Das soll einer gesicherten Perspektive Westberlins dienen?*'' (,,Wahrheit'')

Ja, was für ein Widerspruch besteht darin, die staatliche Integrität und Souveränität der DDR uneingeschränkt anzuerkennen und ebenso uneingeschränkt die Arbeiter- und Volksbewegung in der DDR zu unterstützen. Daß sich die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung vereinigen sollen, ist offensichtlich seit dem Streik der Reichsbahnarbeiter selbst als Phrase aus dem Vokabular der SEW gestrichen. Ebenso wie unsere Solidarität vorbehaltlos den streikenden Reichsbahnarbeitern gegolten hat, gilt unsere vorbehaltlose Solidarität der Solidarność, weil wir Ausbeutung und Unterdrückung nicht als innere Angelegenheit einer herrrschenden Klasse betrachten, sondern die Unterstützung des Kampfes dagegen als international.

Durch die Bindung an die Supermachtsinteressen der Sowjetunion ist die SEW unfähig, sich mit dem Berlin-Programm der Alternativen Liste überhaupt sachlich auseinanderzusetzen. Die ganze Polemik endet in der zerknirschten Feststellung, ,,*daß bis zum heutigen Tage seitens der AL kein Wort der Unterstützung für die jüngsten Friedensinitiativen der Sowjetunion gefunden wurde... Wir fragen, warum schweigt die AL dazu?*'' (Wahrheit) Weil die Sowjetunion eine imperialistische Supermacht ist, deren Friedensgesäusel nur eine Taktik, um ihre hegemonialen Ansprüche zu vernebeln. Und weil die AL, mag sie's auch anders formulieren, von der Souveränität der Völker ausgeht, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen. Nachzulesen im AL Programm. Und *darin* hat sie unsere volle Unterstützung.

Unterhaltungsliteratur der DDR

Harry Thürk, ,,Der Gaukler" (1979)

bag. **,,In Moskau und Leningrad spielt die Handlung dieses Buches, in New York und Miami Beach, in Westberliner Nobelhotels und in den verschneiten Bergen Bayerns: Eine Geschichte von Intrige und Manipulation, Irreführung und grandiosem Bluff. Aber auch die Geschichte einer liebenswerten Frau, deren Leben in den Händen eiskalter Geheimdienst-Agenten liegt." Das hört sich an wie eine Werbung für einen Roman von Johannes Mario Simmel, steht aber auf dem Umschlag eines Buches von einem Autor namens Harry Thürk. Er ist, neben dem im Westen ebenso unbekannten Kriminal-Autor Wolfgang Schreyer,der meistgelesenste Autor der DDR. Sein Genre ist die Unterhaltungsliteratur.**

In den Kulturstatistiken der DDR, die beachtliche Produktionsziffern und Leseaktivitäten aufzuweisen haben, ist bisher verschwiegen worden, daß ein großer Teil der schönen Literatur auf Autoren wie Thürk und Schreyer entfällt. Lange Zeit ist ihre Existenz sogar mehr oder weniger geleugnet worden, da Unterhaltung und das Bedürfnis danach als typische Erscheinung des Kapitalismus betrachtet wurde. Der Kriminalliteratur wurde ein ,,baldiges Ende vorausgesagt, da es in der sozialistischen Welt in absehbarer Zeit keine Verbrechen mehr geben und es ihr also an Stoff mangeln werde" (nach Haase, S. 611). Seit Anfang der 70er Jahre findet eine Revision dieser Auffassung statt, mit Ansätzen interessanter theoretischer Überlegungen. 1980 heißt es in einem Aufsatz in der Literaturzeitschrift ,,Weimarer Beiträge": ,,In den siebziger Jahren sind die Bedürfnisse der Werktätigen nach Unterhaltung rasch gestiegen. Die Ursachen dafür sind verschiedenartig. Dazu tragen die erhöhten Anforderungen, die sich aus der Intensivierung der Produktion und den gewachsenenen staatsbürgerlichen Aktivitäten ergeben, vor allem das ständig steigende Bildungs- und Qualifikationsniveau der Werktätigen bei, das vielfältigere und differenziertere Ansprüche und Bedürfnisse nach Unterhaltung entstehen läßt." (Spahn, S. 132). Inzwischen wird Unterhaltungsliteratur in der DDR nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch praktisch gefördert, so z.B. mit dem Verlag ,,Das neue Berlin", der sich auf diese Genre spezialisiert hat und der auch den *Gaukler* publizierte.

Harry Thürk

Der Gaukler

Roman

Erstes Buch

S. 611). Seit Anfang der 70er Jahre findet eine Revision dieser Auffassung statt, mit Ansätzen interessanter theoretischer Überlegungen. 1980 heißt es in einem Aufsatz in der Literaturzeitschrift ,,Weimarer Beiträge": ,,In den siebziger Jahren sind die Bedürfnisse der Werktätigen nach Unterhaltung rasch gestiegen. Die Ursachen dafür sind verschiedenartig. Dazu tragen die erhöhten Anforderungen, die sich aus der Intensivierung der Produktion und den gewachsenenen staatsbürgerlichen Aktivitäten ergeben, vor allem das ständig steigende Bildungs- und Qualifikationsniveau der Werktätigen bei, das vielfältigere und differenziertere Ansprüche und Bedürfnisse nach Unterhaltung entstehen läßt." (Spahn, S. 132). Inzwischen wird Unterhaltungsliteratur in der DDR nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch praktisch gefördert, so z.B. mit dem Verlag ,,Das neue Berlin", der sich auf diese Genre spezialisiert hat und der auch den *Gaukler* publizierte.

Harry Thürk

Der Gaukler

Roman

Erstes Buch



Verlag Das Neue Berlin

Thürk hat bisher 17 Romane, Erzählsammlungen und Tatsachenberichte verfaßt darunter *Der Tod und der Regen* (1968), die erste kritische Auseinandersetzung der DDR-Literatur mit dem Krieg des US-Imperialismus in Vietnam; und *Amok* (1974), ein ebenfalls kritischer Roman über den Militärputsch in Indonesien (1965). Der Erzählband *Treffpunkt Große Freiheit* (1954) behandelt die Wühltätigkeit westlicher Agenten gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR; diese spielt auch in *Die Herren des Salzes* (1956), einem Roman aus dem Kalibergbau, eine wichtige Rolle.

Über *Der Tod und der Regen* schreibt die DDR-Literaturgeschichte: Dieser Roman war ,,für die Entwicklung der sozialistischen Abenteuerliteratur äußerst anregend, weil er demonstrierte, daß sich spannende Unterhaltung und die Vermittlung eines sozialistischen Geschichtesbildes nicht ausschließen" (Haase, S. 610). Das hört sich interessant an. Sehen wir uns Thürks letzten Roman, *Der Gaukler*, näher an. Er ist mit 600 Seiten in zwei Bänden das bisher umfangreichste Werk des Autors.

In *Der Gaukler* spielt sich folgendes ab: Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA beschließt 1964, aus dem systemkritischen russischen Schriftsteller Wetrow ein lebendes Beweismaterial für die Unterdrückung in der Sowjetunion und damit für die Unmenschlichkeit des Kommunismus insgesamt zu machen. Zusammen mit einem Professor für Literaturwissenschaft, Kartstein, entwirft er einen genauen Plan für diese Kampagne. Kartstein ist selbst als ,,Dissident" in die USA gekommen, ist glühender Antikommunist, dabei aber intelligent. Er schickt seine Schülerin Catherine Laborde nach Moskau, mit dem Auftrag, Leben und Werk Wetrows zu erforschen, ohne daß sie die Auftraggeber und den Zweck des Unternehmens kennt. Catherine steht der Sowjetunion durch ihr Interesse für russische Literatur, ihre Sprachkenntnisse und den Einsatz ihres Vaters an der Seite der Roten Armee gegen die faschistischen Truppen positiv gegenüber. Diese Haltung verstärkt sich während ihres mehrjährigen Einsatzes in Moskau, bedingt durch die Liebe zu einem amerikanischen Journalisten, der sie über die Rolle der USA im Vietnamkrieg aufklärt und durch die Freundschaft zu einem Schriftsteller namens Shagin, der ähnlich wie Wetrow während der Stalin-Zeit in einem Gefangenenlager war, der dadurch im Gegensatz zu Wetrow jedoch nicht zum Antikommunisten wurde. Auf der anderen Seite wird ihr Wetrow, den sie laut Kartsteins Anweisungen auch bei der Herausgabe scharfer Angriffe gegen die Sowjetunion im Ausland unterstützt, zunehmend widerlicher. Der amerikanische Journalist wird wegen seiner Kritik an den USA vom CIA nach Vietnam versetzt und dort liquidiert. Als Catherine

schaft, Kartstein, entwirft er einen genauen Plan für diese Kampagne. Kartstein ist selbst als ,,Dissident" in die USA gekommen, ist glühender Antikommunist, dabei aber intelligent. Er schickt seine Schülerin Catherine Laborde nach Moskau, mit dem Auftrag, Leben und Werk Wetrows zu erforschen, ohne daß sie die Auftraggeber und den Zweck des Unternehmens kennt. Catherine steht der Sowjetunion durch ihr Interesse für russische Literatur, ihre Sprachkenntnisse und den Einsatz ihres Vaters an der Seite der Roten Armee gegen die faschistischen Truppen positiv gegenüber. Diese Haltung verstärkt sich während ihres mehrjährigen Einsatzes in Moskau, bedingt durch die Liebe zu einem amerikanischen Journalisten, der sie über die Rolle der USA im Vietnamkrieg aufklärt und durch die Freundschaft zu einem Schriftsteller namens Shagin, der ähnlich wie Wetrow während der Stalin-Zeit in einem Gefangenenlager war, der dadurch im Gegensatz zu Wetrow jedoch nicht zum Antikommunisten wurde. Auf der anderen Seite wird ihr Wetrow, den sie laut Kartsteins Anweisungen auch bei der Herausgabe scharfer Angriffe gegen die Sowjetunion im Ausland unterstützt, zunehmend widerlicher. Der amerikanische Journalist wird wegen seiner Kritik an den USA vom CIA nach Vietnam versetzt und dort liquidiert. Als Catherine
jetzt den CIA als Drahtzieher des ganzen Unternehmens und ihre eigene Rolle darin erkennt, versucht sie auszusteigen, aber sie kann sich ihren russischen Freunden nicht anvertrauen, ihre Schuld erscheint ihr zu groß. So führt sie auftragsgemäß die Kampagne für Wetrow zu Ende, indem sie die Verleihung des Nobelpreises für ihn einfädelt, die Herausgabe seines Hauptwerkes (Enthüllungen über die Gefangenenlager während der Stalin-Zeit) managt und schließlich Wetrows Ausreise in den Westen als großes Schauspiel organisiert. Dann nimmt sie sich das Leben, indem sie im Drogenrausch vom Dachgarten eines Westberliner Hotels springt. Kartstein geht ebenfalls an der Aufgabe zugrunde; er verfällt Aufputschmitteln und endet in einem Irrenhaus in den USA.

Zusammen mit ausführlichen Schilderungen aus dem Leben Wetrows, besonders auch seiner zahlreichen Liebesaffären, ist das handlungsreich, aber man kann nicht sagen, daß es spannend ist. Woran liegt das? Spannung ist bedingt durch Widersprüche, ihre richtige Darstellung und ihre Lösung. Das macht auch einen Teil des Lesevergnügens aus: daß Konflikte klug konstruiert werden, gerne verwickelt, aber logisch dabei, daß man selbst an der Lösung teilnehmen kann und diese Lösung am Ende befreiend wirkt. Das aber ist im *Gaukler* nicht der Fall.

Das zentrale Thema des Romans ist die Kritik von Schriftstellern am sowjetischen Staatsapparat in der Stalin-Zeit und heute, aber das wird nicht behandelt als Widerspruch innerhalb dieses politischen Systems, sondern als ein von außen, von den USA und ihren Geheimdiensten erzeugter und hineingetragener Widerspruch. Immer wieder wird im Text hervorgehoben, wie der CIA jede Handlung, jedes Wort Wetrows lenkt und wie er auch aus anderen, vor allem jungen Schriftstellern der Sowjetunion Systemkritiker macht. Zweifellos haben die USA in zahlreichen Fällen von Dissidenten ihre Finger im Spiel und zweifellos nutzen westliche Medien diese Fälle weidlich aus, aber sie können doch nur vorhandene Kritik, vorhandene innere Widersprüche für ihre Interessen zu nutzen suchen.



Innere Widersprüche aber werden von Thürk grundsätzlich geleugnet. Zwar wird an mehreren Stellen des Romans eingeräumt, daß es ,,Gesetzesbeugungen in der Phase des Personenkultes" (I, 180), ,,schreckliche Fehler" (I, 182) gegeben hat, aber erstens werden diese Fehler nirgendwo analysiert und zweitens wird mit diesem Zugeständnis suggeriert, daß das politische System der Sowjetunion heute in Ordnung sei. So wird auch über Wetrows Enthüllungen aus dem Gefangenenlager gesagt: ,,Die Details mögen wahr sein" (I, 182), an anderer Stelle heißt es dann aber: ,,War das, was Wetrow



Innere Widersprüche aber werden von Thürk grundsätzlich geleugnet. Zwar wird an mehreren Stellen des Romans eingeräumt, daß es ,,Gesetzesbeugungen in der Phase des Personenkultes" (I, 180), ,,schreckliche Fehler" (I, 182) gegeben hat, aber erstens werden diese Fehler nirgendwo analysiert und zweitens wird mit diesem Zugeständnis suggeriert, daß das politische System der Sowjetunion heute in Ordnung sei. So wird auch über Wetrows Enthüllungen aus dem Gefangenenlager gesagt: ,,Die Details mögen wahr sein" (I, 182), an anderer Stelle heißt es dann aber: ,,War das, was Wetrow
repräsentierte, wirklich die Sowjetunion? Es war wohl eher wie ein Stück aus einer Obsttorte, auf dem sich unglücklicherweise kaum Früchte befanden" (I, 165).

Die mechanistische Auffassung der Geschichte, als von außen erzeugte Bewegung, zeigt sich auch in der Erzähltechnik und in der Personenschilderung. Die Konflikte werden nicht so sehr mit Tatsachen und Ereignissen sichtbar gemacht, entwickeln sich nicht aus der Handlung, sie werden vielmehr in Gesprächen der Personen und in Kommentaren des Autors präsentiert. Das wirkt wie auf die Handlung aufgesetzt, schematisch und spannungslos. Entsprechend schematisch ist die Schilderung der meisten Personen, besonders Wetrows selbst. Das bemängelt selbst der Rezensent des Buches in der Literaturzeitschrift ,,Weimarer Beiträge": ,,Die Figur ist von Anfang an so eindeutig und starr antikommunistisch, sie ist in ihren Verhaltensweisen so negativ geprägt durch Selbstzufriedenheit und Eitelkeit, durch an Größenwahn grenzendes Selbstbewußtsein ..., daß sie als deutlich pathologischer Fall schnell das Interesse beim Leser verliert" (Theml, S. 139 f.).

Wetrow ist der reine Bösewicht, der Schurke durch und durch, schablonenhaft, wie wir das aus gewisser Unterhaltungsliteratur im Kapitalismus kennen. Eine seiner negativen Eigenschaften ist, daß er Frauen skrupellos für seine Karriere ausnutzt, und um diese Verkommenheit zu illustrieren, schnüffelt der Autor unermüdlich in Wetrows Schlafzimmer herum. Das soll der ,,Unterhaltung" wohl gleichzeitig Elemente von ,,sex" liefern, die uns ebenfalls aus gewissen westlichen Literaturprodukten bekannt sind. Autoren wie Simmel machen das jedoch weit besser, jedenfalls nicht verklemmt.

Modell für Wetrow ist, leicht erkennbar, Alexander Solschenizyn. 1970 bekam er für dokumentarische Romane wie *Der erste Kreis der Hölle* und *Krebsstation* den Nobelpreis für Literatur. Nach weiteren Berichten über Gefangenenlager während der Stalin-Zeit, zusammengefaßt im *Archipel Gulag*, wurde er 1974 in den Westen ausgewiesen. Seine Darstellung im *Gaukler* ist ästhetisch und moralisch gleich gehässig, historisch und politisch gleich verlogen. Man mag manches dagegen einzuwenden haben, wie dieser Fall in den westlichen Medien, z.B. im ,,Spiegel" vermarktet wurde, aber Solschenizyn hat den Mut aufgebracht, die Zustände in der Sowjetunion der Stalin-Zeit aufzudecken und auch gegen die Zustände unter den Neuen Zaren zu schreiben. Und er *kann* schreiben, ganz im Gegensatz zu einem Autor wie Thürk.

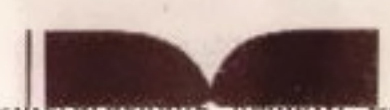
Stalin-Zeit, zusammengefaßt im *Archipel Gulag*, wurde er 1974 in den Westen ausgewiesen. Seine Darstellung im *Gaukler* ist ästhetisch und moralisch gleich gehässig, historisch und politisch gleich verlogen. Man mag manches dagegen einzuwenden haben, wie dieser Fall in den westlichen Medien, z.B. im ,,Spiegel" vermarktet wurde, aber Solschenizyn hat den Mut aufgebracht, die Zustände in der Sowjetunion der Stalin-Zeit aufzudecken und auch gegen die Zustände unter den Neuen Zaren zu schreiben. Und er *kann* schreiben, ganz im Gegensatz zu einem Autor wie Thürk.

Leicht erkennbar, unter dem Namen Bortinger, wird auch Heinrich Böll in *Der Gaukler* abgehandelt. Nach Thürks Darstellung stand auch er bei seinen schriftlichen und mündlichen Sympathieerklärungen und bei seiner kurzfristigen Beherbergung des ausgewiesenen Schriftstellers (siehe Bild aus dem Jahre 1974) direkt unter der Anleitung des CIA. So schlicht ist das Weltbild von Harry Thürk. Wer gegen den sowjetischen Sozialimperialismus ist, ist Handlanger des US-Imperialismus. Ebenso einfältig ist die an mehreren Stellen im *Gaukler* eingestreute Behauptung, daß die Ende der 60er Jahre entstandene neue demokratische und revolutionäre Bewegung in den USA und Westeuropa ein Werk des CIA sei. Zum Beweis malt Thürk eine Hippie-Szene aus, die an Plumpheit ihresgleichen sucht.

Der Gaukler knüpft mit seinem Thema an das zweifellos große Interesse der Volksmassen in der DDR für politische Widersprüche in der Sowjetunion wie in der DDR selbst an. Der Fall Solschenizyn wurde in der DDR nicht öffentlich verhandelt, er ist aber natürlich lebhaft diskutiert worden. Und je offener die Sowjetunion ihren imperialistischen Kurs zeigte (Kampuchea, Afghanistan), desto mehr war zu erwarten, daß die Kritiker glaubwürdig wurden. Thürk versucht mit diesem Roman, das zunehmend gestörte Verhältnis der Bevölkerung der DDR zur Sowjetunion wiederherzustellen, aber das ist ihm, scheint mir, gründlich danebengegangen. Vielleicht sollte der Angriff auf Solschenizyn im *Gaukler* gleichzeitig auch die Dissidenten in der DDR selbst treffen, mit denen die SED-Führung in den 70er Jahren schwere Probleme bekam, mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 als vorläufigem Höhepunkt.

Wie sieht es, abschließend betrachtet, in diesem Roman mit der ,,Spannung und Unterhaltung" aus, die Thürk für eines seiner früheren Werke bescheinigt wurden ? Ich meine: nichts von beidem. Es ist wohl auch unmöglich, mit einem mechanistischen Geschichtsbild (entsprechend der Behauptung vom ,,entwickelten Sozialismus" in der DDR und der Parole ,,mit der Sowjetunion für immer fest verbunden") Spannung zu erzeugen. Die Unterhaltung geht ebenfalls daneben, denn da wird der falsche als Feind aufgebaut, und man soll sich über jemanden amüsieren, der gegen politische Unterdrückung kämpft. Ein anderer Rezensent hat den *Gaukler* als ,,politischen Abenteuerroman" gelobt (Predel). Richtiger ist meiner Meinung nach: politisch abenteuerliche Auffassungen in Romanform. An einer Stelle im *Gaukler* läßt Thürk seine weibliche Hauptfigur Catherine Laborde über die Literatur der Sowjetunion lobend feststellen: ,,Und jene den Staaten des Westens eigene Gattung von Massenschriften, die letztlich das Lesebedürfnis auf ein niedriges Niveau hält, fehlte völlig." (I, 149). Das glaubt man nach den vielen Lügen des Romans nicht recht. Nach der Lektüre des *Gaukler* weiß man allerdings ganz sicher, daß es solche Literatur in der DDR heute sehr wohl gibt.

Anmerkungen:
Horst Haase u.a., Geschichte der deutschen Literatur. Bd. 11. Berlin (DDR) 1976.
Peter Spahn, Unterhaltung. Versuch einer kulturtheoretischen Bestimmung. In: Weimarer Beiträge 26 (1980), S. 121 – 134.
Wolfgang Theml, Harry Thürk: Der Gaukler. In: Weimarer Beiträge 25 (1979), S. 135 – 141.
Wolfgang Predel, Sie schnappen zu wie Pawlowsche Hunde. In: Neue deutsche Literatur 1979, S. 139 – 144.



Rezensent hat den *Gaukler* als ,,politischen Abenteuerroman" gelobt (Predel). Richtiger ist meiner Meinung nach: politisch abenteuerliche Auffassungen in Romanform. An einer Stelle im *Gaukler* läßt Thürk seine weibliche Hauptfigur Catherine Laborde über die Literatur der Sowjetunion lobend feststellen: ,,Und jene den Staaten des Westens eigene Gattung von Massenschriften, die letztlich das Lesebedürfnis auf ein niedriges Niveau hält, fehlte völlig." (I, 149). Das glaubt man nach den vielen Lügen des Romans nicht recht. Nach der Lektüre des *Gaukler* weiß man allerdings ganz sicher, daß es solche Literatur in der DDR heute sehr wohl gibt.

Anmerkungen:
Horst Haase u.a., Geschichte der deutschen Literatur. Bd. 11. Berlin (DDR) 1976.
Peter Spahn, Unterhaltung. Versuch einer kulturtheoretischen Bestimmung. In: Weimarer Beiträge 26 (1980), S. 121 – 134.
Wolfgang Theml, Harry Thürk: Der Gaukler. In: Weimarer Beiträge 25 (1979), S. 135 – 141.
Wolfgang Predel, Sie schnappen zu wie Pawlowsche Hunde. In: Neue deutsche Literatur 1979, S. 139 – 144.



Am meisten gekauft

Die im Februar am meisten gekauften Bücher wurden bei einer Umfrage in den Bezirken Cottbus, Erfurt, Fankfurt (Oder), Gera, Halle, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg und Schwerin ermittelt.

Belletristik

Harry Thürk: **Der Gaukler. Verlag Das Neue Berlin. 14,80 Mark.**
Jules Verne: **Hektor Servadacs Weltraumreise. Verlag Neues Leben Berlin. 5,90 Mark.**
E. T. A. Hoffmann: **Die Serapionsbrüder. Aufbau-Verlag Berlin und Weimar. 31 Mark.**
Zsigmond Moricz: **Schatten der Sonne. Verlag der Nation Berlin. 11,90 Mark.**
Willi Meinck: **Delibab oder Spiel mit bunten Steinen. Der Kinderbuchverlag Berlin. 8,60 Mark.**